

## 16

Bonn, Montag 4. Dezember 1967

*Sprecher: Amrehn, Barzel, Dufhues, Erhard, Fay, Fricke, Gerstenmaier, von Hassel, Heck, Kiesinger, Klepsch, Kohl, Kraske, Lemmer, Lücke, Meyers, Scheufelen, Schmücker; [Schröder], Schwarzhaupt, Stingl, Stoltenberg, von Weizsäcker.*

*Bericht zur Lage. Nachfolge im Amt des Bundesschatzmeisters. Bundesparteitag 1968. Verfahren bei der Berufung der Bundesfachausschüsse. Etat der Bundespartei für 1967. Verschiedenes.*

*Beginn: 10.30 Uhr*

*Ende: 16.50 Uhr*

*Kiesinger:* Meine Damen und Herren! Ich begrüßte Sie alle recht herzlich. Auf der Tagesordnung steht zunächst unter Punkt 1:

### BERICHT ZUR LAGE

Ich muß versuchen, einige Schwerpunkte zu setzen. Wir haben am 1. Dezember die Darstellungen in der Presse und die Äußerungen führender Persönlichkeiten in der Politik zum 1. Jahrestag der Großen Koalition gelesen. Die Lage innerhalb der Koalition ist natürlich nach wie vor nicht leicht – man kann da nie hoffen, zu einer Ruhe zu kommen –, weil immer wieder aus den Parteien selbst Unruhe kommt, die ausgelöst wird durch den Vorausblick auf den möglichen Ausgang der Bundestagswahl im Jahre 1969; Unruhe über erfolgte Wahlen und jetzt schon wieder in der Voraussicht auf die Wahlen in Baden-Württemberg<sup>1</sup>, die vielfach als ein Testfall betrachtet werden, wo sich vor allem auch die NPD stark macht; Unruhe, die z. T. aus programmatischen Schwierigkeiten herrührt, die natürlicherweise kommen mußten; Unruhe, die sich auch aus dem Ehrgeiz oder der mehr oder minder starken Zustimmung oder Verdrossenheit an der Großen Koalition einzelner Leute ergibt.

Dabei ist die schwierigste Persönlichkeit auf der anderen Seite der Fraktionschef der SPD<sup>2</sup>, von dem immer wieder neuer Sand ins Getriebe geworfen wird, der offenbar für sich selber bestrebt ist, eine Position in seiner eigenen Partei aufzubauen. Ich habe vor kurzem im Fraktionskreis sehr deutlich meine Meinung dazu gesagt und hoffe, daß es wenigstens ein wenig fruchtet. Aber wir plagen uns eben weiter und kriegen es auch hin.

---

<sup>1</sup> Am 28. April 1968, vgl. Nr. 18 Anm. 1.

<sup>2</sup> Helmut Schmidt.

Zur Außenpolitik! Meine Reise nach Asien<sup>3</sup> war, glaube ich, erfolgreich. Sie hatte vor allem den Sinn, zunächst ein Versprechen einzulösen, das längst festgelegt war. Ich hatte nicht mehr Zeit als zehn Tage. Ich hatte also die Wahl, alle vier Länder, von denen Einladungen vorlagen, zu besuchen, und dann nur zwei Tage für jedes Land, oder nur zwei und dann vier Tage. Ich habe mich für das erste entschieden, wie sich zeigte, richtigerweise. Sinn dieser Reise war es, überhaupt einmal Verbindung aufzunehmen. Es war der erste Besuch eines Regierungschefs der Bundesrepublik Deutschland. Der Besuch des Bundespräsidenten trägt mehr oder weniger repräsentativen Charakter. Hier wurde sehr energisch und sehr eingehend verhandelt, ein Gedankenaustausch gepflegt, wobei es eine ganze Reihe heikler Situationen gab.

Ich brauche nur Indien und Pakistan zu nennen. In Pakistan sagte man uns: Wenn wir euer Recht, was wir bisher immer getan haben, verteidigen sollen, dann müßt ihr in Kaschmir die Sache anerkennen. Das ist eine Sache, die ist unteilbar. – Aber wir sind über die Klippe hinweggekommen.

In Indien aber hörte man umgekehrt im Zusammenhang mit Kaschmir das Wort „Selbstbestimmungsrecht“ höchst ungern. Wir sind also in den Kommuniqués<sup>4</sup> jeweils ganz schön weggekommen, in Pakistan dadurch, daß wir die Kaschmir-Frage an einer Stelle – an einer ganz anderen – im Zusammenhang mit allgemeinen Prinzipien im Hinblick auf das Selbstbestimmungsrecht behandelt haben. Der Gedankenaustausch war sehr intensiv und lebhaft. Überall, wohin wir gekommen sind, hat man für unsere Politik viel Verständnis gezeigt. Ich ließ es mir mit angelegen sein, sehr klar zu machen, worauf es uns ankommt. Ich habe in Indien – und das habe ich nachher immer wiederholt – gesagt: Wir werden für die Wiedervereinigung so kämpfen, wie es Mahatma Gandhi<sup>5</sup> für die Unabhängigkeit Indiens getan hat, mit derselben unermüdlichen Energie und auf eine ähnliche Weise wie er, nämlich unter Verzicht auf Gewalt. – Dieser Hinweis ist dort sehr gut verstanden worden; denn auf meinen Hinweis, daß man das nicht mißverstehen solle, man täte unserer Politik, die man doch begrüße, den schlimmsten Dienst, wenn man nun etwa daraus für sich die Folgerung zöge, das Regime in der Zone aufwerten zu wollen, ist mir überall gesagt worden, das habe man nicht im Sinn.

Die Entwicklungshilfe spielte selbstverständlich eine Rolle. Ich habe nichts versprochen über das hinaus, was in der Mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen ist; auch gegen einige Zeitungsmeldungen in Ceylon. In Ceylon konnte ich nur darauf hinweisen, daß auf dem Gebiet der technischen Hilfe noch Möglichkeiten vorliegen, die Ceylon aber selbst noch nicht ausgenutzt hat, weil es einfach nicht die Initiative ergriffen hat. Dort hatte man die utopischsten Vorstellungen, aber das liegt z. T. an der Schwäche der

---

3 Kiesinger besuchte vom 19. bis 28. November 1967 Indien, Burma, Ceylon und Pakistan. Vgl. AdG 1967 S. 13557–13561; AAPD 1967 Nr. 397, 399.

4 Vgl. BULLETTIN Nr. 135 vom 24. November 1967 S. 1143 und Nr. 140 vom 2. Dezember 1967 S. 1186.

5 Mohandas Karamchand „Mahatma“ Gandhi (1869–1948, ermordet), indischer Politiker und Anführer der Unabhängigkeitsbewegung; Jurastudium in England, 1893–1914 Aufenthalt in Südafrika, 1915 Rückkehr nach Indien, Kampf um die Unabhängigkeit des Landes von der britischen Kolonialmacht.

dortigen Regierung. Ich fürchte, daß man ernsthaft damit rechnen muß, daß Frau Bandaranaike<sup>6</sup> bei den nächsten Wahlen eine Chance hat, wiederzukommen. Das ist jedenfalls die weitverbreitete Meinung gewesen. Sie war selbst nicht da. Sie war in Moskau bei der 50-Jahr-Feier der Oktoberrevolution.

Der gegenwärtige Ministerpräsident ist ein sehr aktiver Mann.<sup>7</sup> In Indien gibt es die alten Probleme für dieses Volk von 500 Mio. Menschen mit all den ungelösten Fragen. Sehr merkwürdig ist es in Burma, wo dieser Diktator Ne Win<sup>8</sup> ein verrücktes staatssozialistisches System eingeführt hat, das sein Land ruiniert. Gegen gut gemeinte Ratschläge wendet er ein, sein Volk taue eben nicht für ein anderes Wirtschaftssystem. Er habe die Inder und Chinesen hinausgeworfen, um seine Burmesen zuzulassen, aber diese hätten nichts Eiligeres zu tun gehabt, als die ihnen gegebenen Lizenzen an die Chinesen weiterzuverkaufen.

Er ist persönlich ein sehr sympathischer Mann. Wenn ich sagte, er ruiniert sein Land wirtschaftlich, so muß ich hinzufügen, der Zustand der Bevölkerung dort ist sehr viel besser als der in Indien. Wir sind aufs Land hinausgefahren und haben uns das angesehen. Die Bauern sind wohlgekleidet und wohlgenährt. Es ist so eine Art landwirtschaftliche Autarkie; aber alles andere liegt danieder.

Nun zu Pakistan! Ayub Khan<sup>9</sup> ist ein bedeutender Mann. Er ist zweifellos die bedeutendste Figur unter denen, denen man dort begegnen kann. Er ist sehr enttäuscht über Amerika. Er sagt, er sei der Loyalste gewesen von allen, aber wie hätten ihn die Amerikaner behandelt! Im Konflikt mit Indien hätten sie nicht einmal ein Wort der Sympathie für ihn ausgesprochen. Er möchte auch von uns Hilfe, die wir nicht gewähren können, nämlich Waffen; also die alte Forderung. Das ist eine schwierige Angelegenheit.

Im übrigen gehört er zu denen, die sagen: Um Gottes willen, macht mit dieser europäischen Sache weiter, laßt Euch nicht durch Schwierigkeiten hemmen. Europa muß eine handlungsfähige Kraft werden im Spiel der Großen in dieser Welt. Das wird auch uns zugute kommen. Im übrigen aber bemerkte ich noch, wie sehr man doch auf uns sieht und wieviel man, abgesehen von dem Beitrag für Entwicklungshilfe, eigentlich von uns erwartet. Man erwartet von uns, daß wir da sind. Die beiden Vereinbarungen, die wir mit Indien und Pakistan getroffen haben<sup>10</sup>, sind jährlich einmal eine Konsultation zwischen den Außenministern, was ich für wichtig halte in diesem Zusammenhang.

Ich will jetzt nicht auf das Chinaproblem eingehen, das natürlich in allen Besprechungen eine beherrschende Rolle gespielt hat. Nur soviel will ich sagen, die Interpre-

---

6 Sirimavo Ratwatta Dias Bandaranaike (1916–2000), ceylonische Politikerin; 1960–1965, 1970–1977 und 1994–2000 Ministerpräsidentin.

7 Dudley Senanayake (1911–1973), ceylonischer Politiker; 1947–1952 Landwirtschaftsminister, 1952/53, 1960 und 1965–1970 Ministerpräsident.

8 Ne Win (1911–2002), burmesischer Politiker und General; 1962–1988 Militärmachthaber. Vgl. auch AAPD 1967 Nr. 397.

9 Mohammed Ayub Khan (1907–1974), pakistanischer General und Politiker; 1958–1969 Präsident.

10 Vgl. AdG 1967 S. 13557–13561.

tationen gingen völlig auseinander, nicht nur bei den einzelnen Ländern, sondern auch innerhalb der einzelnen Länder, z. B. wenn etwa der höchste Beamte im Außenministerium in einem Lande eine sehr gute Analyse gegeben hat, beliebte es der Außenminister, eine ergänzende, d. h. weithin ableugnende Dokumentation zu geben. Das ist eine sehr merkwürdige Sache, über die es sich nachzudenken lohnt. Das gehört mit dazu, um unsere Deutschlandpolitik zu stärken, wenn wir die moralische Unterstützung anderer Völker fortsetzen wollen.

Zur Deutschlandpolitik! In diesen Tagen wird ja auf dem Vorschlag des Geschäftsführers des Kuratoriums Unteilbares Deutschland<sup>11</sup> nicht mehr insistiert, sondern er hat jetzt einen Rückzug angetreten und erklärt, das sei gar nicht bestimmt gewesen für die Öffentlichkeit. Der Mann ist Mitglied unserer Partei. (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.* – *Zurufe:* Nein! – *Klepsch:* Es wird immer wieder behauptet, aber es bestehen Zweifel daran!) Ich bitte dann, dies feststellen zu lassen. Ich bekomme die Mitteilung, er sei es nach wie vor. (*Anhaltende Unruhe.*) Jedenfalls müssen wir uns um diese Frage kümmern. Unser Freund Gradl ... (*Stingl:* Ist heute nicht hier, er muß eine Rede halten. – *Lemmer:* Er ist heute ins Präsidium nach Berlin, Herr Bundeskanzler. Ich gehöre leider dazu. Ich habe aber die Bundesvorstandssitzung für wichtiger gehalten, weil wir uns öffentlich davon distanzieren.) Wir sollten die Sache mit Ruhe angehen, aber wir müssen sie klären, weil er vor allem Parteimitglied ist und zweitens nach der Überlegung, soll da nicht eine personelle Änderung eintreten? Ich überschätze das nicht, aber es ist wiederum ein Beitrag für die Anerkennungspartei. Gerade heute habe ich wieder gelesen, wie Herr Ulbricht auf diese Partei rechnet.<sup>12</sup> (*Stingl:* Die Anerkennungspartei wird immer größer.) Ja, er zitiert sie ausdrücklich. Wir müssen also da ganz energisch sein.

Ich habe versucht, das Parlament im Bundestag zu einer klaren Aussage zu bringen oder zur Zustimmung zu einer solchen Aussage. Das ist geschehen in der außenpolitischen Debatte.<sup>13</sup> Es mögen natürlich noch Nuancen da und dort vorliegen. Es ist eine sehr schwierige Sache, und es besteht kein Zweifel, daß wir sehr schwer kämpfen müs-

---

11 Dr. Wilhelm Wolfgang Schütz (1911–2002), Publizist; 1941–1951 Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ in London, 1951–1957 politischer Berater Jakob Kaisers, 1957–1972 Geschäftsführer des Kuratoriums Unteilbares Deutschland, 1972 SPD, 1974/75 Chefredakteur des „St. Galler Tageblatts“, danach freier Schriftsteller. Vgl. Leo KREUZ: Das Kuratorium Unteilbares Deutschland. Aufbau – Programmatik – Wirkung. Opladen 1980 S. 42–47. – Im September 1963 legte das KUD seine „Elf Vorschläge für die Wiedervereinigung“ vor (vgl. MEYER S. 375–377). Im Herbst 1965 veröffentlichte Schütz sein Buch „Reform der Deutschlandpolitik“, 1966 „Modelle der Deutschlandpolitik“, 1967 „Der uneigentliche Punkt“ (EBD. S. 384–390) und im November 1967 die Denkschrift „Was ist Deutschland?“, die für große Aufregung sorgte. Er erklärte darin u. a., die Deutschlandfrage sei ein Teil der europäischen Sicherheitspolitik (EBD. S. 397–408; AdG 1967 S. 13640; vgl. Anm. 95).

12 Erklärung Ulbrichts vor der Volkskammer am 2. Dezember 1967 zur Ausarbeitung der sozialistischen Verfassung der DDR: „Es wird zur Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik durch die westdeutsche Bundesrepublik kommen, weil die friedliebenden und demokratischen Kräfte in Westdeutschland wachsen und die ‚Anerkennungspartei‘ an Einfluß gewinnt.“ Vgl. „Neues Deutschland“ vom 2. Dezember 1967.

13 Vgl. Sten.Ber. 5. WP 126. Sitzung vom 13. Oktober 1967 S. 6357–6362.

sen, und zwar zusammen mit dem Koalitionspartner. Ich wage mir heute nicht vorzustellen, was passiert wäre, wenn es zu einer Mini-Koalition gekommen wäre.

Es wurde mir vorgestern von einem ausländischen Politiker und Staatsmann<sup>14</sup> ein Gespräch mitgeteilt mit einem hohen sowjetischen Diplomaten bei den damaligen Verhandlungen, daß nämlich dieser Diplomat es einfach nicht glauben wollte, daß es zu einer Koalition zwischen uns und der SPD kam, weil er felsenfest überzeugt und davon ausgegangen war, daß es zu einer Koalition zwischen SPD und FDP kommen werde und daß dann die Schleusen geöffnet würden im Sinne eines Trends zur Anerkennung auf der ganzen Linie, zur Anerkennung des Status quo. Das wird von uns auf allen Gebieten sehr sorgfältiger Überlegungen bedürfen.

In diesem Zusammenhang bedarf natürlich auch die Frage „Aufnahme oder Nichtaufnahme von diplomatischen Beziehungen mit Jugoslawien“<sup>15</sup> genauester Überlegungen; denn wir müssen natürlich damit rechnen, daß diejenigen, die uns zur Anerkennung des Status quo zwingen wollen, dies als einen Vorwand nehmen, um zu sagen: Wir haben unsere Positionen aufgegeben.

Auf der anderen Seite dürfen wir die Schwierigkeiten nicht einfach von vornherein und Überlegungen dieser Art von uns weisen. Vorläufig habe ich die Weisung gegeben, daß hier nicht weitergegangen und vor allen Dingen in der Öffentlichkeit durch Aussagen nicht der Eindruck erweckt wird, als stünde die Aufnahme diplomatischer Beziehungen bevor.

Nun zu Europa! Sie kennen die Situation. Trotz aller Klagen über die Haltung oder die angebliche Haltung der deutschen Regierung und aller Kritik daran, bleibt uns gar nichts anderes übrig, als diesen Weg, den wir eingeschlagen haben, weiterzugehen. Es ist der einzige erfolgreiche Weg. Am Ende wird sich zeigen, daß wir mir unserer Politik allein imstande sein werden, eine Brücke zu bauen. Wir können nicht, wie es die Holländer tun, mit dem Kopf durch die Wand rennen. Man kann General de Gaulle nicht mit Boxermanieren<sup>16</sup> angehen. Wir werden also versuchen müssen, sowohl in der Prozedur als auch in den Vorschlägen weiterzukommen, wobei auch ich der Meinung bin, daß man verlangen soll die Aufnahme von Verhandlungen mit Großbritannien – wogegen sich Frankreich noch sperrt –, um dann in der endgültigen Form oder in einer Zwischenlösung Gespräche der Kommission mit Großbritannien über ungeklärte Punkte zu führen und eine Übergangslösung zu finden, die auch General de Gaulle angedeutet hat. De Gaulle hat ausdrücklich gesagt, er habe nicht von Assoziierung gesprochen, er habe das Wort bewußt nicht gesagt, um den kränkenden und prestigeverletzenden Charakter einer solchen Äußerung zu vermeiden.

---

14 Kiesinger empfing am 2. Dezember 1967 in Bebenhausen den österreichischen Staatssekretär Carl Bobleter, vgl. ACDP 01–226–320.

15 Am 31. Januar 1968 erfolgte die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Jugoslawien, vgl. AAPD 1968 Nr. 27–31.

16 Die Niederlande und Italien unterstützten den Wunsch Großbritanniens auf den Beitritt zur EWG und verlangten von der Bundesregierung, entschieden Position gegen de Gaulle zu beziehen, der dagegen sein Veto eingelegt hatte. Vgl. AAPD 1967 Nr. 449.

Wie ich heute gelesen habe, hat der „Observer“ einen Gedanken aufgegriffen, indem er sagte, man solle eine Phase beginnen, die genannt werden könnte eine Phase eines Aspiranten, der Anspruch auf Mitgliedschaft habe. Das ist letzten Endes eine Übergangsregelung spezieller Art, die man finden muß. Findet man sie nicht, dann kommt es zu einer schweren Krise. Wir werden die Zustimmung Frankreichs nicht bekommen, wie die Dinge liegen. Damit wäre das Schlimmste geschehen, was überhaupt geschehen kann.

Wir müssen es halt vorübergehend hinnehmen, daß Böswillige oder Ungeduldige uns vorwerfen, daß wir hier im Kielwasser Frankreichs schwimmen. Der Tatbestand ist furchtbar einfach. Wenn sechs zustimmen müssen, dann muß man alle sechs für die Zustimmung bekommen. Man muß die Methode wählen, die eben dazu führt. Wir brauchen also Geduld und müssen zäh am Mann bleiben.

Zu Amerika! Für uns ist das schwierigste der Nichtverbreitungsvertrag. Die Amerikaner drängen sehr. Eine Reihe von Problemen ist keineswegs so gelöst im Entwurf, wie wir es wünschen müssen, und zwar erstens das Problem der Kontrolle, EURATOM, zweitens würde der europäische atomare Energiemarkt durch die Annahme der russischen Vorstellungen zerschlagen. Übrig bleibt nach wie vor das Problem der Sicherung der nichtnuklearen Mächte gegenüber politischen Erpressungsversuchen von nuklearen Mächten. Das ist auf der ganzen Welt so.

Die Gespräche in Indien waren hier sehr klar. Indien scheint entschlossen zu sein, einen Atomsperrvertrag, wie er jetzt vorliegt, nicht zu unterzeichnen. Die Amerikaner sind sich darüber klar, daß sich ihre Beziehungen zur Sowjetunion nicht verbessert haben, im Gegenteil, denn sie führen in Wahrheit Krieg mit der Sowjetunion in Vietnam, es ist so, daß auf der einen Seite soundso viel amerikanische Soldaten im Felde stehen, auf der anderen Seite der Nordvietnamesen russisches Material vorhanden ist; 80 % etwa – so hörte ich – des dort eingesetzten Materials stammt aus der Sowjetunion. Außerdem sind soundso viel tausende russischer Instrukteure da. Das ist also ein klarer Krieg zwischen diesen beiden Ländern, wie er sich heute entwickelt. China ist dabei viel mehr im Hintergrund. Nun kommt eben immer wieder das Paradoxe, nämlich das Interesse der Amerikaner, mit den Russen ins Gespräch zu kommen. Aber die Russen zeigen ihnen immer wieder die kalte Schulter. Der Kossygin-Brief vor kurzem, über den allerlei Gerüchte in die Welt gesetzt wurden, empfiehlt nichts anderes an Präsident Johnson, in der UNO die russische Position mitzubeziehen, nämlich Rückzug der Israelis auf die Ausgangsstellungen.<sup>17</sup> Das war alles, was drin war.

Ich habe eine Menge Nachrichten, deren Wahrheitswert schwankt, die aber ganz klar zeigen, daß die Amerikaner immer wieder Vorstöße und Angebote gemacht haben, mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit auch auf dem Gebiete der Truppenreduzierung. Aber sie sind alle von der Sowjetunion nicht beantwortet, nicht aufgenommen worden. Das ist eine sehr schwierige Lage. Für uns bleibt kein anderer Ausweg als der, die ame-

---

<sup>17</sup> Vermutlich gemeint ist der sowjetische Resolutionsantrag an den UN-Sicherheitsrat vom 8. Juni 1967, wonach Israel als Aggressor zu verdammen sei und sich auf seine Ausgangsstellungen zurückziehen solle, vgl. AdG 1967 S. 13258 f.

rikanische Freundschaft zu erhalten, ohne daß wir diese Freundschaft durch eine Nachgiebigkeit erkaufen, die unsere Interessen vernachlässigen würde. Das ist auch ein mühseliges und schwieriges Geschäft.

Wir müssen zum Atomsperrvertrag unsere Bedenken einfach anmelden. Wir müssen kämpfen für unsere Interessen, aber das kann man in einer Weise tun, bei der die Vereinigten Staaten das Gefühl bekommen, daß sie in uns doch einen verlässlichen Partner und Freund in Europa haben. Das ist natürlich nicht leicht angesichts unserer Beziehungen zu Frankreich, der Schwierigkeiten innerhalb der EWG und anderer Probleme. Aber auch hier heißt es eben, mit Geduld durchzuhalten. Spektakuläre Erfolge irgendwelcher Art sind nicht zu erwarten.

Was die Präsenz amerikanischer Truppen anlangt, so bleibt es dabei. Präsident Johnson hat mir gesagt: Solange ihr selber bei euch nicht reduziert, solange kann ich den Kräften im Kongreß widerstehen, die ihrerseits eine Reduzierung der amerikanischen Streitkräfte in Europa und vor allem in Deutschland verlangen. Das ist eine klare Feststellung gewesen, die ich mit nach Hause gebracht habe. Wir werden deshalb in unserer Verteidigungsdebatte diese Woche auch nichts über Reduktionen der Personalstreitkräfte der Bundeswehr aussagen; d. h. also, das heikle Problem so behandeln, daß auf amerikanischer Seite nicht angenommen werden kann, daß wir eben doch solche Kürzungen vornähmen.

Ich kann Ihnen noch nicht sehr viel sagen über die Konsequenzen des Rücktritts oder der Entlassung – wie Sie wollen – von McNamara.<sup>18</sup> Es scheint natürlich so zu sein, als ob einerseits der Präsident die Entlassung McNamaras als eine politische Entlastung praktisch im Wahljahr ansieht, auf der anderen Seite scheinen dort aber auch Kräfte die Oberhand zu gewinnen, die der Grundansicht McNamaras gegenüber dem Vietnamkrieg feindlich gegenüberstanden, wobei er als der gemäßigtere und vorsichtigere erscheint gegenüber denen, die ihn möglicherweise ablösen werden. Sicher ist allerdings auch, daß er sich durch allzu oft wiederholte voreilige Prognosen über die Entwicklung des Krieges in Vietnam ein wenig ungläubwürdig und unbeliebt in Amerika gemacht hat.

Es ist gar kein Zweifel, daß mit ihm ein außerordentlich fähiger und hochbegabter Mann aus der politischen Führungsgruppe in Washington ausscheidet. Wir wissen noch nicht, wer von den als Nachfolger Genannten kommen wird. Auch das muß uns mit einer gewissen Sorge erfüllen; der Vietnamkrieg beherrscht das amerikanische Denken über allem anderen. Es scheint mir nicht zweifelhaft zu sein, daß der Präsident, dessen Chancen für eine Wiederwahl durchaus gefährdet sind, irgendetwas tun muß, bevor der Wahlkampf endgültig einsetzt. Das könnte entweder nach der einen oder anderen Seite gehen. Die Entlassung McNamaras spricht eher dafür, daß es zu einer Verhärtung führen könnte. Aber ich will nichts antizipieren. Wir müssen eben abwarten.

---

<sup>18</sup> Am 29. November 1967 gab die Weltbank die einstimmige Nominierung Robert McNamaras zum neuen Präsidenten bekannt, am 29. Februar 1968 wurde er aus seinem Amt als Verteidigungsminister entlassen, vgl. AdG 1967 S. 13562 und AdG 1968 S. 13676.

Das ist ein kurzer Überblick. In der Deutschlandsituation brauche ich nichts hinzuzufügen zu dem, was Herr Ulbricht gesagt hat. Hier müssen wir im Inneren aufpassen auf die – ich will es in diesem Kreise wiederholen, aber nicht in der Öffentlichkeit – Anerkennungspartei, die uns auch in Zukunft viel Kummer und Schwierigkeiten bereiten wird.

Für die Große Koalition, die zunächst einmal im vergangenen Jahr viel Aufräumungs- und Flickschneiderarbeiten zu tun hatte, stehen einige große Entscheidungen bevor. Die zwei wichtigsten sind die Wahlrechtsreform und die Finanzverfassungsreform. Bei der Finanzverfassungsreform stehen die Dinge nicht so, wie ich sie gerne hätte. Die Länder – das war zu erwarten – sind außerordentlich zurückhaltend. Im Grunde genommen möchten sie von allem nur die Finanzierung der Hochschulen durch den Bund akzeptieren, aber auch nichts mehr als die Finanzierung. Wir müssen aber die Gemeinschaftsaufgaben zweifellos dabei sehen. Wir müssen auch ein verlässlicheres System der Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Ländern dabei bekommen. Zur Zeit ist dieser Ausschub zwischen den Länderministern und Staatssekretären am Werk. Ich werde demnächst noch einmal die Ministerpräsidenten treffen und versuchen, das Beste herauszuholen.<sup>19</sup> Dabei müssen beide Parteien ihre Ministerpräsidenten hart am Portepée fassen. Es geht hier nicht um den Ehrgeiz des Bundes, größere Zuständigkeiten an sich zu reißen, sondern es geht einfach um eine schiere Notwendigkeit für unser bundesstaatliches Denken.

Die Wahlrechtsreform halte ich für das wichtigste von allem. Wenn während der Zeit dieser Großen Koalition die Wahlrechtsreform, also ein mehrheitsbildendes Wahlrecht – ich nenne es mal so, ob nun das relative Mehrheitswahlrecht oder ein anderes, aber ein Mehrheitswahlrecht, das jedenfalls bei den Wahlen einer Partei mit einer gewissen Verlässlichkeit die Chance gibt, die absolute Mehrheit zu gewinnen – durchgeführt wird, dann haben wir für die deutsche parlamentarische Demokratie eine säkulare Entscheidung getroffen, eine Entscheidung, die aus vielen Gründen von höchster Bedeutung sein kann. Man braucht nur einmal – das weiß mein verehrter Vorgänger, und auch ich weiß ein Lied davon zu singen – von den Erfahrungen auszugehen, die ein Regierungschef bei irgendeiner Koalition macht. Wir haben gesehen, welche Schwierigkeiten der kleine Koalitionspartner in den vergangenen Koalitionen – ich meine nicht nur die letzte Koalition – bei Krisen, die vorangegangen waren, gemacht hat. Wenn nun gar die Koalition aus zwei großen, in ihrer Programmatik viel voneinander distanzieren Parteien besteht, dann ist das eine ständige ungeheure Plage, die eine riesige Substanz an Energie nur dafür verbraucht, daß man das Gespann beisammenhält, um alles einigermäßen aufrechtzuerhalten.

Natürlich mache ich mir und alle diejenigen, die für eine Wahlrechtsreform sind, keine Illusionen. Auch eine große Partei ist in sich eine Art Koalition, auch wenn es dort etwas anderes ist, und sie kann vor allem ganz anders in Ordnung gehalten werden

---

<sup>19</sup> Sitzung der Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler am 8. Februar 1968, vgl. ACDP 01–226–320 und BULLETIN Nr. 18 vom 13. Februar 1968.



als in einem Gespann wie dem jetzt vorliegenden. (Kohl: „Kann“!) Ja, sicher! Da wäre ich verhältnismäßig optimistisch, Herr Kohl. Aber dort hat man ja nichts zu sagen auf der anderen Seite. Da kann man nur reden, da kann man nur kleben, verkleistern. Man kann nur moralische Appelle halten, um zu überzeugen. Aber es kommt natürlich etwas anderes hinzu, nämlich die Frage, sollen wir tatenlos zusehen, wie nun in unserem Bundestag wieder radikale Parteien von extremen Rechten und von extremen Linken einziehen? Diese „Demokratische Linke“, die da gegründet wird und Premiere bei den Wahlen in Baden-Württemberg haben soll<sup>20</sup>, könnte die CDU als Partei mit einer gewissen Gelassenheit, ja vielleicht sogar mit einer gewissen Schadenfreude beobachten; denn wir wissen ja, daß so etwas auf Kosten der SPD geht. Aber wir müssen an das Ganze denken. Wenn wir das tun, dann können wir eine solche Haltung nicht verantworten. Umgekehrt, die NPD hat durchaus Chancen, in den Bundestag zu kommen mit einer nicht unbeträchtlichen Zahl von Abgeordneten. Ich glaube deswegen, daß es richtig wäre, wenn es sich irgendwie machen ließe und wenn beide Koalitionspartner zusammenkommen, eine solche Wahlrechtsreform nicht erst für das Jahr 1973 in Aussicht zu nehmen, sondern schon für das Jahr 1969, also nicht erst ein Übergangswahlrecht für 1969, zu schaffen. Für ein Übergangswahlrecht ist die SPD sowieso kaum zu haben. Hier reagiert die SPD sauer. Die haben es ja vor kurzem miterlebt, wie Wehner sich beklagte, wir wollten die SPD – wie er sich ausdrückte – damit aufs Kreuz legen, d. h. wir wüßten, die SPD sei nicht so weit, schon für 1969 ein solches Wahlrecht zu akzeptieren.<sup>21</sup> Wir würden dabei vor der Öffentlichkeit moralischen Gewinn einheimen.

Wir sind dazu bereit. Das muß ich so hören, aber es tut mir leid, wir können deswegen nicht aufhören, für eine solche Lösung einzutreten. Wenn es uns gelingt, die Wahlrechtsreform durchzuführen, wäre dies nach meiner Meinung – es ist schwer, eine Prognose zu stellen für die Zukunft – ein institutionelles Mittel, um gewissen Gefahren, die uns allen große Sorgen machen, vorzubeugen. Wenn es also ein institutionelles Mittel dafür gibt, dann ist es diese Wahlrechtsreform.

Deswegen halte ich sie für die bedeutendste Aufgabe, die vor uns liegt, und für die eigentliche Bewährungsprobe dieser Regierung und dieser Koalition. Da werden wir noch schwer zu kämpfen haben. Ich weiß natürlich, daß die Chancen für 1969 geringer sind. Es geht um den einzelnen Abgeordneten und um seinen Wahlkreis. Es geht um seine Zukunft. Er wird sich fragen, wie schneide ich dabei ab? Für das Jahr 1973 ist es viel einfacher. Im Jahre 1973 werden viele – ich habe mir mal einen Überblick geben lassen – von denen, die heute noch im Bundestag sitzen, nicht mehr kandidieren. Und denen ist es persönlich gleich; sie können das objektiv entscheiden. Diejenigen dage-

---

20 Die Wählergemeinschaft „Demokratische Linke“ konstituierte sich im November 1967 in Stuttgart, Gründer war der Stuttgarter Stadtrat Eugen Eberle, der bis zu ihrem Verbot Mitglied der KPD war. Bei der Landtagswahl am 28. April 1968 erzielte sie 88.181 Stimmen (=2,3%). Vgl. UiD Nr. 8/67 vom 23. November 1967 S. 5; „Saarbrücker Zeitung“ vom 28. November 1967 „Demokratische Linke“ beteiligt sich an der Stuttgarter Landtagswahl“.

21 Interview Wehners mit der „Welt“ vom 18. November 1967.

gen, die fürchten müssen, daß sie nicht mehr gewählt werden würden, werden – das ist nur menschlich – verständlicherweise zögern.

Eine andere Frage dabei ist, welche Partei macht dabei das Rennen? Nun kann ich aber diese große Frage nicht ausschließlich unter diesem Gesichtspunkt sehen. Wenn man nur diesen Gesichtspunkt gelten lassen wollte, dann käme man nie zu einem Ziel. Hier kommt es darauf an, daß man für das Ganze eine Entscheidung herbeiführt, die vielleicht für das Schicksal unserer ganzen Nation in den kommenden Jahrzehnten eine Wende bedeuten kann.

Ob wir auf dem Gebiete der Reform der Sozialrenten in dieser Legislaturperiode weiterkommen, weiß ich nicht. Es steht fest, daß hier das Regierungsprogramm noch nicht erfüllt ist. Ich habe das vor kurzem im Kabinett sehr klar gesagt. Wir haben im Regierungsprogramm erklärt: Wir wollen am Prinzip der dynamischen Rente festhalten. Wir wollen auch nicht einfach den sozialen Besitzstand einfrieren lassen, aber die Zuwachsraten bedürfen der Überprüfung. – Das ist noch nicht geschehen. Nach meiner persönlichen Meinung ist das eine Aufgabe, die man *sine ira et studio* machen muß; d. h. man muß diese Arbeit anpacken. Ob es politischen Sinn hat, es jetzt zu tun in dieser Legislaturperiode, weiß ich nicht; denn nur dann, wenn man hofft, zu einem Ergebnis zu kommen, geht es vorwärts. Die Sozialenquete liegt vor, gut ausgebeutet. Ich muß offen sagen, ich fühle mich nicht sehr wohl in meiner Haut, daß das liegenbleibt. Das, was wir in der Mittelfristigen Finanzplanung gemacht haben, ist doch ein Zusammenscharren von Zufallslösungen gewesen. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Das wissen wir doch. Das hat nicht Hand und Fuß und kein Gesicht! Das mußten wir halt so machen, um irgendeine Ordnung hineinzubringen. Aber wie nun immer die Sache ausgeht – ich weiß, daß in unseren Reihen die Ansichten darüber auseinandergehen –, eine klare und endgültige Lösung muß gefunden werden.

Für das Mitbestimmungsrecht haben wir jetzt die Kommission in etwa beisammen.<sup>22</sup> Es hat einige Schwierigkeiten gemacht. Sie wird also so, wie es im Regierungsprogramm angekündigt ist, die bisherigen Erfahrungen mit dem Mitbestimmungsrecht prüfen und darstellen. Dies soll dann die Grundlage für weitere Überlegungen sein. Lassen Sie es mich klipp und klar sagen in diesem Kreise: Das ist das, was in dieser Legislaturperiode geschehen wird. Hier wollen wir eine sehr klare programmatische Aussage machen. Es hat keinen Zweck, wenn man das im trüben und dunkeln läßt.

Nun zu dem, was an sonstigen großen Dingen noch angepackt werden kann! Ich bin mir noch nicht ganz klar über das endgültige Schicksal des Leber-Planes im Parlament. Er ist geschickt, er ist propagandistisch klug gestaffelt worden. Die Leute stellen sich vor, das ist nun ein Plan, der uns Luft bringt auf der Autobahn. (*Kohl*: Man behauptet das!) Wenn die Leute das glauben, dann ist das natürlich sehr schön. Es ist die ge-

---

<sup>22</sup> Vgl. BULLETIN Nr. 142 vom 6. Dezember 1967 S. 1202. Den Vorsitz der Kommission übernahm Kurt Biedenkopf. Um Mitarbeit wurden die Professoren Kurt Ballerstedt, Erich Gutenberg, Harald Jürgensen, Wilhelm Krelle, Ernst-Joachim Mestmäcker, Rudolf Reinhardt, Fritz Voigt und Hans Willgerodt gebeten. Die konstituierende Sitzung fand am 24. Januar 1968 statt, vgl. ACDP 01–226–320.

schickte Lancierung eines politischen Vorschlags. Was endgültig dabei herauskommen wird, weiß ich noch nicht. Wir müssen die Beratungen abwarten. Aber jedenfalls muß das Ziel erreicht werden. Und das ist verhältnismäßig bescheiden. Das Ziel ist ja nicht so sehr, die Straßen frei zu bekommen, als vielmehr, den dauernden Zuwachs an Bundeszuschüssen für die Bundesbahn zu stoppen; denn dieser Zuwachs wäre, Herr Kollege Schmücker, im Jahre 1970 mindestens 5 Mrd. DM, wenn nicht sogar 6 Mrd. DM, wie es das Finanzministerium berechnet hat. Das Ziel ist, diese Zuschüsse einzufrieren auf 3 Mrd. DM, also den Zuwachs zu stoppen. Das muß auf alle Fälle mit großer Energie zu erreichen versucht werden.

Von der Landwirtschaft wollte ich jetzt nicht sprechen. Sie ist ein großes Sorgenkind schon seit langem. Sie kennen den Streit, der jetzt entbrannt ist mit Mansholt<sup>23</sup> aufgrund seiner Ideen und Vorschläge. Unser ständiges Bemühen – das ist eine Sache der CDU – geht dahin, den bäuerlichen Familienbetrieb zu retten; bloß ist dieser bäuerliche Familienbetrieb ein sehr merkwürdiges Gebilde. Ich habe mir lange Jahre als Ministerpräsident darüber ganz andere Vorstellungen gemacht. Jetzt sagte mir Herr Rehwinkel: Ach Gott, der bäuerliche Familienbetrieb! Ich kenne Fälle von bäuerlichen Unternehmen mit mehreren 100 Morgen, wo der Mann noch in die Fabrik geht. Dieser große Bauernhof läßt sich eben mit den modernen Maschinen von den Familienmitgliedern sehr wohl bewirtschaften, und der Mann ist dann noch in der Lage, etwas dazuzuverdienen. Das ist also ein richtiger Wechselbalg geworden, dieser bäuerliche Familienbetrieb.

Eines Tages werden wir uns sehr klar entscheiden müssen, was wir tun, wobei es immer schmerzlich sein wird, insbesondere wenn ich an die baden-württembergischen Verhältnisse denke. Dort gibt es diesen Typus, den prächtigen Rucksackbauer, der seinen kleinen Hof hat und in die Fabrik geht oder nebenher in den Waldungen arbeitet, dem es ausgezeichnet geht und der nebenbei ein treuer CDU-Wähler ist. Hier sieht man also, daß das keine leichte Aufgabe sein wird. Ich glaube nicht, daß wir noch in dieser Legislaturperiode sehr viel tun können. Dazu bedürfte es einer Aktionsfähigkeit, wie sie nach einer solchen Reform des Wahlrechts zu erhoffen wäre.

Ich sollte es dabei, damit wir noch zu den anderen Punkten der Tagesordnung kommen, bewenden lassen. Zusammenfassend kann ich sagen: Es ist ein höchst mühseliges Geschäft in jeder Weise. Die Dinge laufen, wenn auch manchmal ächzend und knarrend, aber sie laufen wenigstens.

---

23 Sicco Leendert Mansholt (1908–1995), niederländischer Politiker (Sozialistische Partei); 1945–1958 Landwirtschaftsminister, 1958–1972 Vizepräsident der EWG-Kommission (Resortleiter Landwirtschaft), 1972/73 Präsident der Kommission. – Mansholt entwickelte in seinen Vorschlägen für das Memorandum der EWG, das am 16. Januar 1968 in Groningen vorgestellt wurde, Vorschläge einer industriellen Veredelungswirtschaft auf Grundlage eines „Einmannbetriebes“. Die Bundesregierung widersprach vor allem Mansholts Einschätzung, „der bäuerliche Familienbetrieb“ sei „als Organisationsform sowohl unter wirtschaftlichen als unter sozialen Aspekten der modernen arbeitsteiligen Wirtschaft strukturell“ unterlegen, zit. nach KLUGE S. 73.

Ich würde gern noch ein Wort zur Wissenschaftsförderung und zum Erziehungswesen gesagt haben. (*Zurufe: Jawohl!*) Nun, dann sage ich es, weil wir Freunde aus den Ländern hier haben. Ich kann auch hier nur noch einmal sagen, ich halte unser Erziehungs- und Bildungswesen von Grund auf – nehmen Sie es so ernst, wie ich es meine – für reformbedürftig. Das ist nicht mehr eine Sache, wo mit einigen Korrekturen etwas getan werden kann. Wer vergleichbare Verhältnisse im Ausland kennt, der weiß, daß wir mit dem bisherigen System – von der Volksschule an bis hin zu den Universitäten – auf die Dauer nicht mehr weiterkommen. Das wäre eine Aufgabe vor allem für die CDU. Wenn wir glauben, uns den Luxus leisten zu können, noch einmal zehn Jahre lang mit einem veralteten Erziehungswesen weiterknarren zu können, dann werden wir eines Tages böse aufwachen.

Ich appelliere deshalb an den Bundesvorstand der CDU, hier in seinen programmatischen Bemühungen besonders energisch zu sein. Mehr will ich im Augenblick nicht dazu sagen.

Es sind überall Riesenaufgaben, die immer wieder mit ganzen oder halben Kompromissen enden müssen. Das liegt in der Natur der Sache einer Großen Koalition. Deshalb drängt es mich, dazu zu sagen, wenn es uns irgendwie möglich ist, dann sollten wir schon für die nächste Bundestagswahl für die Einführung eines solchen mehrheitsbildenden Wahlrechts kämpfen. Aber ich betone, wenn es möglich ist. Wir wollen nicht mit Windmühlen kämpfen. Wenn sich zeigt, daß die Widerstände zu groß sind, dann konzentrieren wir uns auf eine Lösung, die für das Jahr 1973 gilt, aber wobei ich warnen möchte: Wenn die NPD und die Demokratische Linke im Parlament sind, dann wird eine Wahlrechtsänderung für 1973 den Effekt nicht mehr haben können, den wir uns von ihr versprechen. (*Meyers: Die würden wieder genauso manipulieren.*) Ja, es würde schwieriger werden. Damit möchte ich es mit meiner Übersicht zunächst einmal bewenden lassen. (*Lebhafter Beifall.*)

Meine Damen und Herren! Ich darf doch noch etwas zu den gestrigen Tarifverhandlungen sagen. Ich war in Bebenhausen und habe Verbindung mit meinem Kollegen Lücke gehalten und habe im entscheidenden Moment mit allen drei Herren gesprochen, als die Sache festgefahren schien. Es war so, daß am Widerstand der anderen Seite eine Einigung zu scheitern schien. Ich habe dann den Herren mitgeteilt, daß ich für heute früh eine Kabinettsitzung einberufe, um diese Fragen zu behandeln, und vor allen Dingen auch einzugreifen gegenüber einem undisziplinierten Verhalten der Herren aus dem einen oder anderen Ressort – auch von der CDU-Seite –, welches die Verhandlungsführung außerordentlich erschwert hat. Zu meiner Freude hat das offenbar ein wenig dazu mitgeholfen, daß es doch zu einer Einigung kam und man bei 3,5 % blieb, die nicht überschritten wurden.<sup>24</sup> Die Entscheidung über die strittigen Sozialfragen will man zukünftigen Verhandlungen überlassen.

---

<sup>24</sup> Bei den Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst einigten sich die Tarifparteien am 3. Dezember 1967 u. a. auf eine Tarifierhöhung um 3,5%, vgl. BULLETIN Nr. 141 vom 5. Dezember 1967 S. 1196.

Nach allem, was ich gesehen habe, waren diese Verhandlungen – so schien es mir – von außerordentlicher Härte. Ich glaube, den Herren, die von seiten des Bundes, der Länder und der Gemeinden verhandelt haben, insbesondere unserem Kollegen Lücke, Dank sagen zu sollen für das große Durchstehvermögen, das sie in einer sehr schwierigen Situation gezeigt haben. (*Lebhafter Beifall.*) Meine Damen und Herren! Mir wäre es nun am liebsten, das sagt auch Herr Kollege Dr. Heck, wenn wir uns möglichst heute konzentrieren könnten auf die Frage der Wahlrechtsreform. Hier müssen wir schon in naher Zukunft Entscheidungen treffen. Dazu muß ich wissen, wie meine eigenen Freunde denken. (*Schmücker: Wir sollten etwas zu der Sache mit Schütz sagen!*)

*Heck:* Ich darf dazu sagen, Herr Schütz ist nicht Mitglied der CDU. Das ist inzwischen festgestellt worden. Weder in der Zentralen Kartei wird er geführt, noch in der Ortsgruppe, wo er wohnt.

*Kiesinger:* Wir kommen darauf zurück. Darf ich nun Ihr Einverständnis voraussetzen, daß wir uns über die Frage der Wahlrechtsreform unterhalten wollen?

*Fay:* Ich möchte zur Geschäftsordnung etwas sagen. Sie haben eine ganze Menge von Themen angesprochen, die schon seit Jahren vor uns hergeschoben werden. Wir haben im Bundesvorstand niemals die Zeit gehabt, uns ausführlich darüber zu unterhalten. Irgendwann müssen wir uns unsere Meinung dazu sagen, z. B. über das Erziehungswesen, über die Mitbestimmung oder über den bäuerlichen Familienbetrieb, den Leber-Plan usw. Das sollten wir ausführlich in einer Bundesvorstandssitzung tun, damit wir eine Meinung hier bilden, die wir dann auch draußen vertreten können.

Der Leber-Plan ist mit großem „Trara“ verkündet worden. Wir haben dann gesagt: Wir machen einen Gegenplan. (*Kiesinger: Müller-Hermann hat gesagt, er mache es!*) Aber die Leute draußen im Lande haben geglaubt, die CDU hat jetzt einen Gegenplan. Dann hat man festgestellt, es war gar kein Gegenplan vorhanden, und wir waren die Blamierten.

Nun hat das Kabinett seit Monaten schon den Leber-Plan, aber die CDU hat offiziell dazu noch nichts gesagt. Wir können sagen, wir unterstützen den Leber-Plan, weil er vom Kabinett kommt. Das tue ich. Ich setze mich da aber wieder in einen Gegensatz zu anderen CDU-Leuten. Nun möchte ich wissen, was die CDU als solche dazu meint? Deswegen darf ich darum bitten, daß alle die Themen, die Sie, Herr Bundeskanzler, angesprochen haben, einmal speziell hier im Bundesvorstand behandelt werden.

*Kiesinger:* Wir haben schon das letzte Mal beschlossen, daß wir versuchen wollen, die Vorstandssitzungen möglichst auf jeweils ein Thema zu konzentrieren und dieses durch ein vorbereitetes Arbeitspapier zu erleichtern. Wir sollten es tatsächlich so machen, daß wir immer zu einem Punkt ein Arbeitspapier den Mitgliedern des Bundesvorstands rechtzeitig übergeben, so daß sie sich gut darauf vorbereiten können und die Diskussion auch von Erfolg wird.

*Heck:* Herr Vorsitzender, darf ich den Vorschlag machen, daß wir uns das sehr wichtige Thema „Erziehungs- und Bildungswesen“ für die nächste Bundesvorstandssitzung vorbehalten?

*Kiesinger:* Ja!

*Kohl:* Zur Geschäftsordnung! Wenn wir heute die Frage der Wahlrechtsreform besprechen, dann sollten wir nicht völlig in der heutigen Sitzung am Thema der Finanzverfassungsreform vorbeigehen. Das muß heute zumindest kurz mitbesprochen werden. Es ist im Bundesvorstand nicht immer ganz klar, was an den Ländern hängenbleibt. Deshalb muß man einmal beide Seiten hier zu Wort kommen lassen.

Dann gibt es einen dritten Punkt, von dem ich meine, daß er hier bald besprochen werden muß, nämlich die Mitbestimmungsfrage. Die Frage der Mitbestimmung wird bei uns auf der Ebene der Kreisverbände bereits ganz anders behandelt als etwa hier im Bundesvorstand und überhaupt in Bonn. Wir erleben eine Entwicklung aus dem DGB heraus, bei der der im Kabinett und auch sonst sehr wohlgeleitene Herr Leber eine für mich verderbliche Rolle spielt. Unsere Schwierigkeiten sind heute nicht bei Herrn Brenner<sup>25</sup> und solchen Leuten zu suchen, die sind immer noch bei unserem Parteivolk suspekt genug, aber was sich aus dem Bereich des Herrn Leber und seiner Freunde und damit auch der assoziierten Theologen beider Konfessionen ergibt ... (*Stingl:* Zentralkomitee der Deutschen Katholiken. – *Lebhafte Unruhe und Bewegung.*) Ich will jetzt nicht vom Zentralkomitee sprechen, aber was sich hier für die Partei ergibt, ist sehr beachtlich. Ich will das an einem kleinen Vorgang, den ich zufällig beobachten konnte, wiedergeben. In der vorvergangenen Woche fand bei uns im Lande die Bundestagung der dem DGB angehörigen und der CDU angehörigen Gewerkschaftler in der Industriegewerkschaft Chemie statt im Hinblick auf die im Frühjahr stattfindenden Betriebsrätewahlen, denen sich auch der Bundesvorstand der CDU einmal widmen sollte.<sup>26</sup> Das sind höchst wichtige Wahlen. Sie haben mindestens die gleiche Bedeutung wie die Kommunalwahlen für die gesamte Politik. Das will ich bei der Gelegenheit doch einmal sagen. Dabei wurde in einer einstimmig gefaßten Erklärung – es waren CDU-Mitglieder dabei einschließlich derjenigen aus dem Stegerwaldhaus (Sozialausschüsse) – beschlossen, nur solche Listen zu unterstützen, sowohl materiell als auch ideell, die die Billigung des DGB finden.

Ich bin nicht gewerkschaftsfeindlich eingestellt, aber bei der jetzigen inneren Situation des DGB halte ich eine solche Entwicklung, die tief in die CDU hineinreicht, für verderblich. Ich beobachte mit einiger Sorge, wie bei uns innerparteiliche Diskussionen laufen, wobei diejenigen Mitglieder, die in der Mitbestimmungsfrage nicht den totalen Machtanspruch bestimmter gewerkschaftlicher Kreise akzeptieren, sofort als antiquiert

---

25 Otto Brenner (1907–1972), Gewerkschaftsfunktionär; 1945 Mitgründer von SPD und den Gewerkschaften in Niedersachsen, 1951–1953 MdL Niedersachsen, 1952–1972 Vorsitzender der IG Metall. Vgl. Rainer KALBITZ: Die Ära Otto Brenner in der IG Metall (Schriftenreihe der Otto-Brenner-Stiftung 77). Frankfurt/Main 2001.

26 Zur Vorbereitung der im April/Mai 1968 stattfindenden Betriebsratswahlen veranstaltete die CDA am 13. Januar 1968 in Rüsselsheim eine Bundeskonferenz für Betriebs- und Personalräte (vgl. Nr. 21a Anm. 27). Ein vorläufiges Ergebnis der Betriebsratswahlen zeigte das starke parteipolitische Engagement der Christlich-Sozialen Arbeitnehmer: Von 314 dem DGB angehörenden Betriebsräten waren 177 Mitglieder der CDU, 7 der CSU; von 16 CGB-Betriebsräten gehörten acht und von 28 DAG-Betriebsräten gehörten 18 der CDU an, vgl. „Soziale Ordnung“ Nr. 7 vom Juli/August 1968 S. 14.

und reaktionär abgestempelt werden. Ich bin deswegen unbedingt dafür, Herr Bundeskanzler und Bundesparteivorsitzender, daß wir uns einmal in einem internen Kreis wie dieser Bundesvorstand frontal dieser Frage stellen. Für mich ist es ganz klar, wenn die Mitbestimmung in der jetzt forcierten Form kommt, ist dies das Ende – das will ich ganz klar sagen – dessen, was wir rechtsstaatliche und freiheitliche Demokratie nennen.

Wir haben dann auf einem anderen Wege ein Rätssystem. Das hat aber gar nichts mit Gewerkschaft und Arbeitnehmerfragen zu tun. Gerade wem es ernst ist um den Arbeitnehmer im Betrieb, kann für eine solche Sache nichts übrig haben. Die Erfahrungen im Montanbereich sollten uns hier sehr stark mahnen. Deswegen ist es mein dringender Wunsch, daß wir die Mitbestimmungsfrage bei uns einmal diskutieren, die nicht abschließend sein kann – das können wir nicht –, aber damit wir uns einmal klarwerden, was nun der einzelne zu dieser Frage sagt und denkt.

Es ist eine seltsame Geschichte. Es gehört in der Parteiführung der CDU auch zur Tabu-Kiste; denn man muß erst lange kratzen, um bei dem einzelnen herauszufinden, was er von dieser Sache hält. Man kann dann sehr große Überraschungen erleben. (*Unruhe und Bewegung.*) Ich wäre deshalb ganz froh – wenn ich schon hier im Bundesvorstand sitze –, einmal zu erfahren, wie nun der eine oder andere tatsächlich darüber denkt.

*Kiesinger:* Sie haben ein bißchen viel Heu heruntergeholt, Herr Kohl! (*Unruhe und Bewegung.*) Lassen wir einmal die Mitbestimmung beiseite. Sie sagen, der Herr Leber macht Ihnen viel mehr Kummer. Wieso denn? Abgesehen davon, daß er als Mitglied des Zentralkomitees ... (*Anhaltende starke Unruhe.*)

*Kohl:* Herr Bundeskanzler, ich möchte noch ausdrücklich sagen: Meine Meinung ist, daß wir uns in der CDU daran gewöhnen müssen, daß Sozialdemokraten – auch wenn sie noch so unsympathisch sind, aus parteitaktischen Gründen gesehen – im katholischen Bereich vorankommen. Wenn ich Ja sage zum Schema 13<sup>27</sup> als Katholik – das tue ich –, dann muß ich das in Rechnung setzen.

Wenn wir uns in der katholischen Kirche und im Bereich ihrer Vereinigungen zur Diskussion stellen, habe ich keine Angst. Wir stellen uns heute weitgehend nicht mehr zur Diskussion; nur noch in den Kolpingsfamilien usw. Das ist viel eher unser Problem, als daß der Herr Leber jetzt in das Zentralkomitee gekommen ist. Meine Befürchtung zu Herrn Leber ist die, daß er ein Wolf im Schafspelz ist, um das einmal ganz klar zu sagen aus meiner Sicht. Er findet natürlich aufgrund seiner Struktur bei bestimmten Kreisen einen Anklang. Das hat nichts mit der Funktion im Zentralkomitee zu tun. Es ist so, daß man ihm in der Mitbestimmungsfrage nicht zutraut, daß er den Kurs des DGB steuert. Ich bin aber dennoch der Meinung, daß er ihn steuert; sonst muß er sich zurückziehen von bestimmten Dingen, die zu beobachten sind. Ich bin gerne bereit, Ihnen das bei Gelegenheit einmal im Detail zu sagen. (*Unruhe und Bewegung.*)

---

<sup>27</sup> Schema 13 war Teil der Beratungen beim 2. Vatikanischen Konzil und wurde als Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute („Gaudium et spes“) veröffentlicht. Vgl. Wilhelm SANDFUCHS (Hg.): Die Kirche in der Welt von heute. Eine Einführung in die Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“. Würzburg 1966.

*Kiesinger:* Das möchte ich hören. Bis jetzt gehört Herr Leber zu den Leuten, die diese Frage völlig undogmatisch ansehen.

*Schmücker:* Herr Vorsitzender, ich wollte zum Verfahren etwas sagen. Es sind mehrere wichtige Punkte angeschnitten worden, die vorbereitet sind und nun diskutiert werden müssen. Nun wird es sehr wesentlich sein, wie wir die Ausschüsse zusammensetzen. Deswegen bitte ich darum, daß wir hier keine Vorentscheidung treffen, sondern daß wir beim Punkt 3 weitermachen.

*Kiesinger:* Wir sollten uns jetzt konzentrieren – das ist auch akzeptiert worden – auf den Punkt der Wahlrechtsreform.

*Stoltenberg:* Herr Bundeskanzler, ich wollte den gleichen Vorschlag zur Geschäftsordnung machen. Wir waren uns in der letzten Sitzung darüber einig, daß wir von den verschiedenen Punkten einen zum Hauptgegenstand machen wollten. Dabei ist heute die Wahlrechtsfrage in der Tat diejenige, die den Vorrang verdient und die auch von Ihnen vorgesehen ist. Bei den anderen Punkten muß man etwas unterschiedlicher vorgehen. Einige bedürfen einer gewissen Vorbereitung, wie Kollege Schmücker gesagt hat. Ich hielt es auch für gut, wenn wir ein Arbeitspapier hier hätten.

Man kann den Leber-Plan oder Fragen der Landwirtschaft nicht behandeln, ohne eine gründliche schriftliche Unterlage zu haben. Das würde ich also für die anderen Punkte vorschlagen. Die Fraktion wird sich ohnehin mit dem Leber-Plan beschäftigen und vielleicht auch einer der Ausschüsse der Partei.

Zum Thema Finanzverfassung wollte ich sagen, die Herren Ministerpräsidenten, die gewählte Mitglieder des Bundesvorstands sind, sind heute alle verhindert. Das setzt unserer Debatte gewisse Grenzen. Der Fortgang der Verhandlungen ist etwas enttäuschend, nachdem wir am 29. September unter Ihrem Vorsitz, Herr Bundeskanzler, mit den Ministerpräsidenten weitergekommen waren<sup>28</sup>, ist dann aber von bestimmten Beamten hier wieder Sand ins Getriebe geworfen worden.

Sie hatten dann den Monat Dezember genannt ... (*Kiesinger:* Vor Weihnachten!) Sie wollten einige Herren aus dem Bundesvorstand oder dem Präsidium hinzuziehen. Ich würde vorschlagen, Herr Bundeskanzler, vor der nächsten Sitzung mit den Ministerpräsidenten mit einigen Herren aus dem Bundesvorstand oder aus dem Präsidium eine vorbereitende Erörterung abzuhalten. Wir dürfen nicht in die Situation kommen, daß uns die Ministerpräsidenten nur mit dem Papier ihrer beamteten Beratern gegenüber treten. Wir müssen auf der Ebene der Partei ein Vorgespräch führen, das anknüpft an unsere Entschließung vom 29. September, um die Sache wirklich voranzubringen. Wenn es nicht gelingt, im Dezember oder Januar zu einem Ergebnis zu kommen, müssen wir nach den Beschlüssen des Kabinetts die Vorlage einbringen. Und das führt zu einer sehr großen Disharmonie und einer öffentlichen Auseinandersetzung, die niemandem nützt, am wenigsten aber den Ländern.

---

<sup>28</sup> Am 29. September 1967 trat die Arbeitsgruppe des Bundes und der Länder zu ihrer ersten Sitzung unter Leitung Kiesingers zusammen. Vgl. BULLETIN Nr. 106 vom 3. Oktober 1967. Vgl. auch „Welt“ vom 25. September 1967 „Die Länder geben ein wenig nach“.



*Kiesinger:* Bevor ich Herrn Lücke das Wort zum Wahlrecht gebe, muß ich noch etwas nachholen. Ich habe schon bei verschiedenen Gelegenheiten Herrn Bundesverteidigungsminister Schröder begrüßen können. (*Lebhafter Beifall.*) Mir ist er nun schon wieder ganz vertraut geworden. Aber eben fiel mir ein, daß er hier zum erstenmal wieder frisch und gesund unter uns weilt. Wir beglückwünschen ihn dazu und freuen uns, daß er wieder unter uns ist.<sup>29</sup>

Ich möchte noch ein Dankeswort an Herrn Kollegen Fay sagen. Herr Kollege Fay ist – wenn ich richtig im Bilde bin – mit Herrn Dr. Fricke der am längsten amtierende Landesvorsitzende der CDU, nämlich seit 1952. Er hat unter sehr schwierigen Umständen in einem für die CDU gewiß nicht leichten Lande dieses Amt sehr gewissenhaft all die Jahre hindurch geführt. Wir kennen ihn ja aus der Arbeit im Bundesvorstand. Ich brauche von ihm nicht Abschied zu nehmen; denn Sie bleiben ja Mitglied des Bundesvorstands der CDU. Wir werden also weiter zusammenarbeiten.<sup>30</sup> Es liegt mir nur daran, Ihnen für diese mühselige und treue Mitarbeit im Dienste der Christlich-Demokratischen Union unser aller herzlicher Dank zu sagen. (*Lebhafter Beifall.*) Ich möchte auch den Herrn Fraktionsvorsitzenden, der inzwischen eingetroffen ist, herzlich begrüßen. (*Beifall.*)

*Lücke:* Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich möchte den Ausführungen unseres Herrn Vorsitzenden zustimmen, daß die Wahlrechtsreform für diese Große Koalition und für den Bestand der Demokratie von entscheidender Bedeutung ist. Die Bedeutung dieser Frage kann nicht überschätzt werden.

Erlauben Sie mir, etwas zum Verfahren und zu der Vorbereitungsarbeit zu sagen. Ich habe auf Wunsch des Bundesvorstands zugesagt, daß wir die Wahlen in den Ländern nicht belasten wollen mit einer Kampagne für das Wahlrecht. Wir haben uns deshalb – soweit das möglich war – aus der öffentlichen Diskussion zurückgehalten. Wir haben lediglich die Grundsätze dieses Themas diskutiert. Ich glaube, das war gut. In der Zwischenzeit spüren wir, daß die Bereitschaft in der Bevölkerung, auch bei den Parteien, wächst, ein mehrheitsbildendes Wahlrecht durchzuführen. Sie wächst in einem erstaunlichen Tempo, weil spürbar wird, daß der Strukturwandel, dem auch die Parteien unterworfen sind – die Wahl Lebers ist ein Symptom –, so stark fortgeschritten ist, daß von diesem Wandel die rechten und die linken Splittergruppen profitieren, so daß unser Volk langsam dazu kommt, nun zu erkennen, daß hier über das Wahlrecht ein Stabilisator geschaffen werden soll.

Die Öffentlichkeitsarbeit, die wir von der Regierung und von der Partei betreiben wollen, setzt im Dezember bereits ein. Durch Aufklärungs- und Propagandamaterial, das vorbereitet ist, wollen wir hier einen möglichst großen Erfolg erzielen. Es soll geschehen durch eine Großauflage der Illustrierten, die jetzt zur Verteilung gelangt von

---

<sup>29</sup> Schröder hatte am 29. August 1967 in seinem Haus auf Sylt einen Kollaps erlitten, mußte längere Zeit rekonvaleszieren und nahm im November 1967 seine Amtsgeschäfte wieder auf. Vgl. OPPELLAND S. 696 f.

<sup>30</sup> Alfred Dregger (1920–2002) löste Wilhelm Fay am 2. Dezember 1967 auf dem Parteitag in Eltville als Landesvorsitzender der hessischen CDU ab.

der Bundeszentrale für politische Bildung, dann durch die Informationen „Schwarz auf Weiß“, die für anspruchsvolle Kreise gilt.<sup>31</sup> Damit soll die politische Arbeit bis hinunter in die Ortsparteien kontinuierlich unterstützt werden. Die Sprecher sollen zu diesem Thema Material bekommen.

Das wird verstärkt durch Zeitungsartikel. Die Bereitschaft hierfür ist recht groß, wobei man die moderne politische Linke sowie den „Kölner Stadtanzeiger“ aus dieser Betrachtung herausnehmen muß. Der „Kölner Stadtanzeiger“ entwickelt sich zu einem Problem, das für die Demokratie lebensgefährlich zu werden droht. Wir spüren, mit welcher zersetzenden Kritik gerade diese Zeitung arbeitet, der sich nun in Deutschland einige andere anschließen.

Ich habe vorgestern mit den Intendanten Wallenreiter<sup>32</sup> und Holzamer<sup>33</sup> ein zweistündiges Gespräch über die Ostpolitik gehabt und ihnen gesagt, daß das nicht geht. Zur Wahlrechtsfrage haben die Herren eine Unterstützung in den Fernsehprogrammen zugesagt.

Ich hatte bei Beginn dieser Arbeit einen wissenschaftlichen Beirat eingesetzt mit den Professoren Eschenburg<sup>34</sup>, Scheuner<sup>35</sup>, Dürig<sup>36</sup>, Hermens<sup>37</sup>, Ellwein<sup>38</sup> und Scheuch<sup>39</sup>,

---

31 Vgl. Zur Neugestaltung des Bundestagswahlrechts. – Eine Veröffentlichung der Bundeszentrale für politische Bildung zum Thema läßt sich erst für 1969 nachweisen: Bundestagswahl 1969. Informationen zur politischen Bildung, Folge 135 Juli/August 1969.

32 Christian Wallenreiter (1900–1980), Jurist; 1952–1960 Referent bzw. Ministerialdirigent im bayerischen Kultusministerium, 1960–1972 Intendant des Bayerischen Rundfunks, 1967–1969 Vorsitzender der ARD.

33 Prof. Dr. Karl Holzamer (geb. 1906), Philosoph und Pädagoge; 1931–1933 Engagement im Reichsjugendausschuß der Zentrumspartei, 1946–1962 Professor an der Universität Mainz, 1949–1960 Vorsitzender des Rundfunkrats des Südwestfunks, 1955–1962 Stadtrat in Mainz (CDU), 1962–1977 Intendant des ZDF.

34 Prof. Dr. Theodor Eschenburg (1904–1999), Politologe; 1928 Promotion, 1933–1945 Geschäftsführer in Industrieverbänden, 1947–1952 Ministerialrat (ab 1951 Staatsrat) und Stellvertreter des Innenminister des Landes Württemberg-Hohenzollern, 1949 Honorarprofessor, 1952–1973 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Tübingen.

35 Prof. Dr. Ulrich Scheuner (1903–1981), Jurist; 1925 Promotion, 1930 Habilitation, 1933–1940 Professor an der Universität Jena, 1941–1945 Kriegsteilnehmer, 1950–1969 Professor an der Universität Bonn.

36 Prof. Dr. Günther Dürig (geb. 1920), Jurist; 1949 Promotion, 1953 Habilitation, 1955–1982 Professor an der Universität Tübingen.

37 Prof. Dr. Ferdinand A. Hermens (1906–1998), Politologe; 1938–1959 Professor für Politikwissenschaft an der University of Notre Dame (USA), 1959–1972 an der Universität Köln.

38 Prof. Dr. Thomas Ellwein (1927–1998), Jurist; 1950 Promotion, 1961–1970 Professor an der Hochschule für Erziehung Frankfurt/Main, 1970–1974 Direktor des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr in München, 1976–1989 Professor an der Universität Konstanz.

39 In der Vorlage: Scholz. – Prof. Dr. Erwin K. Scheuch (1928–2003), Soziologe; 1956 Promotion und 1961 Habilitation an der Universität Köln, 1962–1964 Dozent an der Harvard University, 1965 Professor an der Universität Köln, 1965–1993 Gründer und Direktor des Instituts für Angewandte Sozialforschung, 1970 Mitgründer und 1980–1986 Vorsitzender des „Bundes Freiheit der Wissenschaft“.

der siebte Name<sup>40</sup> fällt mir im Moment nicht ein. Die Herren kamen gegen eine Stimme zu dem Ergebnis, ein relatives Mehrheitswahlrecht solle eingeführt werden. Ich habe den Herren die Frage gestellt, wie man die Stabilität und die Kontinuität der Demokratie besser sichern könne als mit dem jetzigen Wahlsystem. Die Antwort von Professor Eschenburg, der nicht CDU-Mitglied ist, lautete, das sei am besten durch die Einführung eines relativen Mehrheitswahlrechts zu erreichen. Eine Minderheit kommt zu dem Vorschlag, ein Mehrheitswahlrecht mit Bundesliste einzuführen. Die Herren sind in dieser Woche zusammen, um die abschließende Besprechung durchzuführen.

Ich habe mir überlegt, Herr Bundeskanzler, Ihnen die Herren einmal vorzustellen. Ich halte diese Arbeit, die sehr gründlich gemacht wurde, für außerordentlich bedeutsam. Die Zusammenfügung der einzelnen Berichte stieß auf technische Schwierigkeiten. Es ist eine Mammutarbeit gewesen; sie liegt Anfang Januar vor. In unserem Hause habe ich nun die Vorlagen und die Modelle eines möglichen Mehrheitswahlrechts prüfen lassen. Es gibt deren eine ganze Fülle. Vor allem habe ich sie daraufhin prüfen lassen, inwieweit die Verabschiedung einer derartigen Wahlrechtsreform verfassungsrechtlich hieb- und stichfest ist. Es liegen verfassungsrechtliche Urteile in mehreren Bänden vor. Wir haben Herren auf diesem Gebiete, die sehr gute Arbeit leisten. Sie haben ein Dreivierteljahr damit zugebracht, einmal zu prüfen, welche der möglichen Lösungen nach der geltenden Rechtsprechung in Karlsruhe hieb- und stichfest sind. Es kristallisieren sich praktisch nur zwei Modelle heraus.

1. Das relative Mehrheitswahlrecht; also ein Wahlrecht mit 500 Wahlkreisen. Gewählt ist derjenige, der die meisten Stimmen bekommen hat. Dieses Wahlrecht – das ist die einstimmige Auffassung des Beirats, aber auch der Verfassungsjuristen in meinem Hause – sei verfassungsrechtlich nicht angreifbar. Etwas problematischer wird das Wahlrecht, dem ich bis zur Stunde anhänge, nämlich 400 Wahlkreise zu schaffen mit direkter Wahl und 100 Mandate auf einer Bundesliste im Proporzsystem den direkt gewählten Kandidaten zuzuschlagen, d. h. für vier direkt gewählte Mandate über die Bundesliste ein Mandat.

Bei diesem Wahlrecht gehen die Meinungen auseinander. Ich will das jetzt nicht im einzelnen erörtern. Dennoch hält es die Mehrheit der Experten und eine Minderheit des Beirats für möglich, daß ein solches modifiziertes Mehrheitswahlrecht mit Bundesliste durchgehen könne. Die Junge Union und eine Reihe unserer Freunde diskutieren über das sogenannte harmonisierende Wahlrecht. Es handelt sich darum, daß die Wahlkreise bleiben, wie sie sind, und den direkt gewählten 248 Kandidaten wird ein Kandidat zugegeben auf der Liste, die die Parteien zur Verfügung stellen. Unter Harmonisieren versteht man, daß man damit die Flüchtlinge – Oasen der CDU, wie es heißt – mit Abgeordneten bedienen möchte. (*Unruhe und Bewegung*. – *Klepsch*: Nicht Oasen, sondern Wüsten! – *Heiterkeit*.) Wenn Sie eine Wahlrechtsreform durchführen müssen, dann gewöhnen Sie sich nur noch positive Ausdrücke an, sonst kommt man in Schwierigkeiten.

---

40 Prof. Dr. Wilhelm Hennis (geb. 1923), Politologe; 1951 Promotion Göttingen, 1960 Habilitation Frankfurt/Main, 1960–1962 Professor an der Pädagogischen Hochschule Hannover, 1962–1967 an der Universität Hamburg, 1967–1988 an der Universität Freiburg i. Br.

Dieses Wahlrecht wird aber strikt als mit der Verfassung nicht vereinbar erklärt. Ich bedaure das außerordentlich. Das wäre eine einfache und eine ganz klare Lösung gewesen. Darum habe ich die beiden Vorlagen erarbeitet, das relative Mehrheitswahlrecht mit 500 Wahlkreisen und die andere Vorlage mit 400 Mandaten aus den Direktwahlkreisen und 100 von der Bundesliste.

Zu diesen beiden Vorlagen bedurfte es einer umfangreichen Vorarbeit, nämlich der Zuschneidung neuer Wahlkreise. Diese Mammutarbeit hat das Bundesstatistische Amt mit den Statistischen Landesämtern fertiggestellt. Die Arbeit liegt als Studie seit letztem Freitag vor.<sup>41</sup> Wir haben also einmal 500 Wahlkreise neu zugeschnitten und daneben 400 Wahlkreise für die Alternativlösung, so daß wir jetzt nicht theoretisch diskutieren müssen; denn die Zuschneidung der Wahlkreise ist für die Sozialdemokraten – das haben sie unmißverständlich gesagt – die entscheidende Frage.

Ich sagte, das sei eine Studie. Ich habe keinerlei Einfluß auf die Zuschneidung der Wahlkreise genommen, weil das hätte gefährlich werden können. Die Studie liegt vor. Ich war nicht informiert, daß wir heute darüber sprechen. Ich bin aber dankbar, weil wir einen Beschluß dahingehend fassen müssen, daß wir unsererseits die Dufhues-Kommission<sup>42</sup> beauftragen, mit entsprechenden Vertretern der Sozialdemokratie diese Zuschneidung der Wahlkreise im Rahmen der beiden Parteien zu überprüfen. Diese Arbeit muß nun einsetzen, weil sie außerordentlich wichtig ist.

Ich möchte die beiden Vorlagen Anfang Januar dem Kabinett vorlegen, damit es entscheiden kann, welcher Vorlage es den Vorzug gibt. Ich habe während der ganzen Zeit Fühlung mit den Sozialdemokraten gehalten, um ihre Meinung zu kennen. Ich habe festgestellt, daß sich dort kein Sinneswandel vollzogen hat gegenüber dem Text, wie er in der Regierungsvorlage enthalten ist, also ein mehrheitsbildendes Wahlrecht zu schaffen, das im Grundgesetz verankert und in dieser Legislaturperiode verabschiedet wird mit der Wirkung, nach der Wahl im Jahre 1969 erstmalig wirksam zu werden. (*Kohl*: Normalerweise 1973!) Es kann früher sein, aber normalerweise 1973. Wir sollten nun prüfen, wie ein Übergangswahlrecht für die Wahl im Jahre 1969 geschaffen werden soll.

Ich darf aus der historischen Entwicklung in Erinnerung rufen, daß 1962 beim ersten Versuch, ein Mehrheitswahlrecht einzuführen, Herr Erler<sup>43</sup> es gewesen ist, der immer die These vertreten hat, die Abgeordneten dürften nicht das Wahlrecht ändern, bevor der Wähler noch einmal über die Zusammensetzung des Bundestags entschieden hätte. Diese These hat politisch keine Hintergründe, sie ist aber bei den Sozialdemokraten sehr hartnäckig aufgegriffen worden.

---

41 Studie in ACDP 01–077–108.

42 Protokoll der 1. Sitzung der Wahlrechtskommission von CDU/CSU vom 10. April 1967 in der Politischen Akademie Eichholz mit einer Liste der Mitglieder, der Sitzung vom 5. Juni 1967 in Bonn sowie der Sitzung vom 12. Januar 1968 in Eichholz in ACDP 01–157–076/2; vgl. auch DUD Nr. 68 vom 11. April 1967 S. 4. Vgl. auch Nr. 17 S. 791 f.

43 Fritz Erler (1913–1967), Verwaltungsbeamter; 1931 SPD, 1945–1949 Landrat, 1946/47 MdL Württemberg-Hohenzollern, 1949–1967 MdB, 1964–1967 stv. Vorsitzender des SPD. Vgl. Hartmut SOELL: Fritz Erler. Eine politische Biographie. 2 Bde. Berlin/Bonn 1976 S. 746.

Die Gespräche mit den Sozialdemokraten haben ergeben, daß die Schwierigkeiten in den eigenen Reihen dort größer sind als in der CDU, um ein Mehrheitswahlrecht einzuführen. Das hängt wesentlich zusammen – damit komme ich zu einem Politikum ersten Ranges – mit dem Ablauf der Notstandsverfassung.<sup>44</sup> Es hat sich gezeigt – das zeigt sich immer deutlicher bei den Anhörungsverfahren –, daß die Sozialdemokraten nicht in ihren Führungsgremien, aber innerhalb der Gewerkschaften die Notstandsverfassung unterschätzen. Die Sozialdemokraten stehen unter einem Druck, der ganz ungewöhnlich ist in dieser Richtung. Meine Meinung zur Notstandsverfassung ist die, wenn die Sache nicht praktikabel wird, werde ich keine weitere Vorlage vertreten. Die Anhörungsverfahren im Bundestag zeigen, daß einige Kreise der Sozialdemokraten die Kernstücke aus der Vorlage herausbrechen möchten. Wir haben vereinbart, daß wir nach den Anhörungsverfahren innerhalb der Koalition darüber noch einmal sprechen. Diese Frage hängt zusammen mit dem, was sich auf sozialdemokratischer Seite tut. Innerhalb der Gewerkschaften herrscht ein Gesinnungsterror, wie ich ihn selten erlebt habe. Argumente werden nicht getauscht, weder bei Herrn Brenner noch bei Herrn Rosenberg<sup>45</sup>. Es wird einfach die sachliche Diskussion abgewürgt; man ist dagegen.

So ist zu erklären, daß in Westfalen zum Wochenende rund 10.000 Mann und am letzten Sonntag diese Notstandsgegner vor meinem Hause demonstrierten mit den Ostermarschierern Arm in Arm. Es war mir möglich, die Herren Rosenberg und Brenner zu bitten, die Sache abzublasen. Das haben sie getan. Sie konnten aber nicht mehr verhindern, daß die wilden Demonstranten – das waren die Dutschke-Leute – vor meinem Haus dieses Manöver veranstalteten.<sup>46</sup> (*Lebhafte Bewegung und Unruhe. – Zuruf: Dutschke*<sup>47</sup> war gestern im Fernsehen! – *Kohl: Das ging doch zu unseren Gunsten aus!*) Man könnte Dutschke jeden Abend im Fernsehen zeigen. (*Anhaltende Unruhe.*) Die Haltung der Sozialdemokraten hinsichtlich der Wahlrechtsfrage kann man nur begreifen aufgrund ihres inneren Zwiespaltes bei dem Thema der Notstandsverfassung. In

---

44 Verabschiedet vom Bundestag am 30. Mai 1968. Vgl. Dieter STERZEL: Kritik der Notstandsgesetze. Frankfurt/Main 1968; Heinrich OBERREUTER: Notstand und Demokratie. Vom monarchischen Obrigkeitsstaat zum demokratischen Rechtsstaat. München 1978 S. 199f. Vgl. auch „Siebzehntes Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes (Notstandsgesetze)“ vom 24. Juni 1968, BGBl 1968 I S. 709.

45 Ludwig Rosenberg (1903–1977), Gewerkschaftsführer; 1924 SPD, 1931–1933 Geschäftsführer des Gewerkschaftsbunds der Angestellten, 1933 Exil in Großbritannien, 1945 Sekretär beim Zonensekretariat der Gewerkschaften für die britische Zone in Bielefeld, 1949 Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB, 1962–1969 Vorsitzender des DGB.

46 Am 26. November zogen demonstrierende Mitglieder der Gewerkschaftsjugend vom Benserger Rathaus zum Haus des Ministers, vgl. „Bonner Rundschau“ vom 27. November 1967 „Lücke läßt sein Haus nicht im Stich“; FAZ vom 27. November 1967 „Demonstranten vor Lückes Wohnung“.

47 Rudi Dutschke (1940–1979), Soziologe; 1961 Übersiedlung nach West-Berlin und Studium an der Freien Universität, 1964 Mitglied im SDS, 1968 schwere Verletzung nach Attentat, 1968–1970 Studienaufenthalt in England, 1971 Dozent in Aarhus (Dänemark), 1975–1979 Mitarbeit an einem DFG-Forschungsprojekt. Vgl. Gretchen DUTSCHKE (Hg.): Rudi Dutschke: Jeder hat sein Leben ganz zu leben. Die Tagebücher 1963–1979. Köln 2003.

Gesprächen mit führenden Sozialdemokraten – vor allem mit Herrn Wehner – ging es darum, daß die Regierungsvorlage erhalten bleiben soll, so daß die Sozialdemokraten hier durchstehen müßten. Das können wir abwarten.

Ich hatte deshalb den Herrn Bundeskanzler gebeten, für Anfang Dezember die Parteivorsitzenden, die Fraktionsvorsitzenden und den Innenminister zu einem Gespräch zu bitten mit den Stellvertretenden Vorsitzenden, um das Verfahren bei der weiteren Behandlung der Wahlrechtsreform abzustimmen. (*Barzel*: Das ist eine Kabinettsvorlage!) Ein solches Verfahren sollte im kleinsten Kreis besprochen werden, weil ich das für dringend notwendig halte. Die Kabinettsvorlage, die im Januar verabschiedet werden soll, können wir diesem Gespräch zugrunde legen. Das ist der Stand der Beratungen.

Ich komme nun zu der schwierigsten Frage, wenn die Sozialdemokraten nicht mitmachen – was ich begrüßen würde –, für 1969 bereits die Wahlrechtsreform zur Geltung zu bringen. Die Schwäche unserer Position liegt darin, daß die Regierungserklärung einen anderen Text hat, und daran halten sich die führenden Sozialdemokraten noch. Aber wenn man mit ihnen echt argumentiert, dann können sie nicht übersehen, daß auch für die Sozialdemokraten diese Haltung lebensgefährlich werden kann. Die Sozialdemokraten sind in ihrem Bestand, wenn die Entwicklung so weitergeht, mehr bedroht als die CDU/CSU. Die ganze Entwicklung – die ich jetzt nicht im einzelnen erörtere – ist auf der linken Seite sehr gefährlich. Es müßte also möglich sein, sie dafür zu gewinnen, entweder ein Übergangsrecht für 1969 zu finden, wozu unsere Verfassungsexperten sagen, daß es ohne weiteres möglich sei, nämlich das geltende Wahlrecht dahin zu ändern, daß bei Wahlkreisen nicht mehr 5 oder 6 %, sondern nur noch ein Direktmandat gefordert werden soll. Das wäre der Vorschlag, den ich zu machen hätte, nämlich die 5%-Klausel fallenzulassen und den Trend zum endgültigen Mehrheitswahlrecht zum Ausdruck zu bringen, indem wir nur ein Direktmandat fordern.

Das würde verhindern, daß die anderen in den Bundestag kämen, aber ich habe den Eindruck, daß hier manipuliert wird – das Wort ist von der FDP fleißig ausgestreut worden –, so daß das Übergangswahlrecht schwer durchzusetzen sein wird. Wenn wir also – und das ist unser Ziel – das relative Mehrheitswahlrecht oder die andere Variante im Grundgesetz verankern, dann bestünde die Gefahr nicht – so steht es in der Regierungserklärung –, daß 1969 ein Zwang zur Fortsetzung der Großen Koalition besteht. Wenn wir es im Grundgesetz verankern, ist es unwahrscheinlich, daß eine Koalition nach 1969 diese grundgesetzliche Absicherung wiederum beseitigt.

Der Beirat kommt aus anderen Gründen zu dem Vorschlag, die Sache nicht im Grundgesetz zu verankern. Man bezieht sich auf Weimar. Dort habe die Verankerung des Verhältniswahlrechts zu Schwierigkeiten geführt. Dennoch bin ich der Meinung, es muß in das Grundgesetz, und zwar in dieser Legislaturperiode. Wenn das nicht gelingt, dann wäre die Durchsetzung eines Mehrheitswahlrechts – wir brauchen dafür nur die einfache Mehrheit – in dieser Legislaturperiode möglich.

Aber dann ergibt sich für die Koalition nach 1969 – wie immer sie geartet ist – ein Zwang zur Fortsetzung, um zu verhindern, daß eine Anti-Koalition das Wahlrecht wie-

der beseitigt. Das ist die Gefahr, auf die der Herr Bundeskanzler hinweist, beim Einzug der NPD. Es ist gar kein Zweifel, daß sie in den Bundestag einziehen wird, und die Freien Demokraten gewinnen wieder – sie liegen zur Zeit bei 7 % –, so daß auch sie im Bundestag erscheinen werden. Die DFU mit ihren 4,8 % hat auch eine gewisse Chance. Die sogenannte Demokratische Linke beobachten wir. Wir glauben nicht, daß sie in Baden-Württemberg große Chancen hat. Sie trägt zur weiteren Zersplitterung der Linken bei, so daß hier eine Gefahr für die Sozialdemokraten besteht.

Die Frage ist also, wie können wir die Sozialdemokraten davon überzeugen, daß wir die Sache in dieser Legislaturperiode verfassungsrechtlich absichern müssen? Hier stellt sich sofort die weitere Frage – die ich mit einer gewissen Sorge beobachte – hinsichtlich der Mehrheitsbildung in den Ländern. Wir brauchen 28 Stimmen in den Ländern, um eine solche Wahlrechtsänderung zu verabschieden und sie im Grundgesetz zu verankern. Wir brauchen die Zweidrittelmehrheit der Länder. Wir würden eine solche Zweidrittelmehrheit bekommen, weil in Nordrhein-Westfalen die Möglichkeit besteht, daß Herr Kühn für eine solche Veränderung stimmt. In Bremen haben wir erlebt, daß die Politik der Freien Demokraten auf die Länder drückt, daß den Freien Demokraten in den Ländern die Bedingung gestellt wird: Ihr dürft im Bund solchen Dingen nicht zustimmen. – Die Wahl in Baden-Württemberg steht vor uns. Damit hat die Frage, was wird diese Koalition zum Wahlrecht entscheiden, eine große Bedeutung.

Diese Fragen hängen eng zusammen mit der Forderung nach einer Zweidrittelmehrheit. Wenn Sie mich zum Schluß fragen, was ich für realistisch halte, so komme ich zu der Überzeugung, daß wir das relative Mehrheitswahlrecht einführen sollen. Die Variante 400:100 sollte ernsthaft geprüft werden. Wir sollten mit allen Mitteln den Versuch unternehmen, es verfassungsrechtlich in dieser Legislaturperiode abzusichern, und zwar im nächsten Jahr. Dem stimmen die Sozialdemokraten zu. Hier besteht auch kein Widerspruch, daß der Parteitag erst im Spätherbst einberufen werden soll. Sie wollen ihn notfalls auch früher einberufen.<sup>48</sup> Wenn das nicht möglich ist, müssen wir das Wahlrecht ohne verfassungsändernde Mehrheit verabschieden. Das ist eine sehr schwierige Situation. Darum hat der Herr Bundeskanzler mit Recht gesagt, das ist die schwierigste Bewährungsprobe in dieser Großen Koalition. Es gibt keine Frage, die mit soviel Problemen belastet ist wie dieses Thema.

Nun zum Zeitplan! Die CDU/CSU hat ihre Linie klar gehalten. Die Forderung unserer Freunde, die sagen, wählt schon 1969 nach dem neuen Wahlrecht, ist richtig. Aber wir müssen, wenn wir es durchsetzen wollen, sagen: Wenn es möglich ist. Wir können es nicht ultimativ fordern, sondern wir müssen uns hier an die Regierungserklärung halten. Der Rheinische Parteitag hat sich mit der Frage befaßt.<sup>49</sup> Ich war überrascht über die Entwicklung und die Stimmung in der Rheinischen Partei; denn gegen vier Stimmen in einem großen Arbeitskreis, den ich leitete, wurde die Einführung des relativen

---

48 Der 13. ordentliche Parteitag der SPD vom 17.–21. März 1968 in Nürnberg beschloß, die Behandlung der Wahlrechtsänderung zu verschieben.

49 Parteitag der CDU Rheinland am 10./11. Februar 1967 in Oberhausen. Vgl. Nr. 11 Anm. 3 und 54.

Mehrheitswahlrechts beschlossen. Der Parteitag selber hat das noch einmal mit Nachdruck unterstrichen. Dabei mußte ich mich sehr hart einsetzen, um zu verhindern, daß ultimativ gefordert wurde, es schon für 1969 wirksam werden zu lassen. Hier ist dann das Wort „möglichst“ eingefügt worden. Dieser Rheinische Parteitag hat also gezeigt, daß die Entwicklung in Richtung dieser Lösung geht.

Herr Bundeskanzler, ich habe nicht so sehr die Sorge darüber, daß im Bundestag oder in den Gremien eine Mehrheit nicht zustande kommt. Sicherlich hat eine Reihe von Kollegen Sorgen, aber das ist nicht das entscheidende Problem. Es ist so, daß auch die Kollegen, die in Schwierigkeiten geraten, einen Wahlkreis zu bekommen, aus staatspolitischen Gründen für diese Lösung eintreten. Das beobachte ich also. Man spürt, um welch bedeutende Frage es hierbei geht.

*Klepsch:* Ich glaube, wir befinden uns hinsichtlich der Wahlrechtsreform gewissermaßen in einem *circulus vitiosus*. Herr Minister Lücke hat mit Recht darauf hingewiesen, wenn man in Erwägung zieht, dieses relative Mehrheitswahlrecht erst für 1973 zu verabschieden, (*Sehr starke Unruhe.*) es aber, damit auch wirklich 1973 dieses gilt, in der Verfassung zu verankern, so bedeutet das, daß dafür keine einfache Mehrheit notwendig ist, sondern eine Zweidrittelmehrheit. Da fängt mein erstes Bedenken an. Ich sehe das nicht so optimistisch hinsichtlich des Zustandekommens einer Zweidrittelmehrheit im Bundestag, wie es hier vielleicht verständlicherweise dargestellt worden ist.

Ich möchte deshalb auf vier Probleme in diesem Zusammenhang eingehen. Ich glaube eben an diese Notwendigkeit einer Koppelung. Würden wir es bei der Möglichkeit der einfachen Mehrheit für die Änderung des Wahlrechts lassen, so weiß ich nicht, wie der Bundestag sich bei vier oder fünf Parteien nach der Wahl im Jahre 1969 verhalten soll, um dieses Damoklesschwert über den anderen schweben zu lassen.

Zum Übergangswahlrecht möchte ich sagen, so bestechend der Gedanke mit dem einen Direktmandat ist, für so gefährlich halte ich ihn nach einer ganz bestimmten Richtung. Ich meine weniger, daß die NPD einen erobert, sondern es gibt noch die Freien Demokraten. Wir wissen nicht, wie der Bundesparteitag der FDP im Januar ausgehen wird, ob sich der linke Flügel durchsetzen wird<sup>50</sup>, aber sollte es zu einem kleinen Schwung zur SPD hin kommen, dann besteht natürlich die Möglichkeit der Freien Demokratischen Partei, den Einzug ins Parlament auf eine ähnliche Weise zu vollziehen, wie wir das früher mit der Zentrumsparterie selbst getan haben<sup>51</sup> und wie es die (*Sehr starke Unruhe.*) SPD vergeblich mit der Bayernpartei versucht hat.

---

50 Auf dem Bundesparteitag der FDP am 30. Januar 1968 in Freiburg löste Walter Scheel als Vorsitzender Erich Mende ab.

51 Bei der Bundestagswahl 1953 verzichtete die CDU zugunsten von Johannes Brockmann (1888–1975) auf einen Kandidaten im Wahlkreis 87 (Oberhausen), so daß durch seine Direktwahl der Deutschen Zentrumsparterie die Überwindung der Sperrklausel gelang. Martin Heix (1903–1977) wurde auf den zweiten Platz der nordrhein-westfälischen Zentrumsparterie gesetzt; nach seinem Eintritt in den Bundestag wechselte er sofort wieder zur CDU/CSU-Fraktion, vgl. DATENHANDBUCH I S. 141.



Wenn also nicht vorher eine Vereinbarung zwischen uns und unserem Koalitionspartner darüber besteht, daß ein solcher Handel nicht gemacht wird, dann weiß ich nicht, wie man dies verhindern soll. Dann wird natürlich die nächste Koalition auf dem Wege der Aushandlung über diese Direktmandate vollzogen. Ich möchte das einmal andeuten, (*Sehr starke Unruhe.*) um hier einen Ausweg zu suchen, für 1969 eine verfassungsrechtlich unbedenkliche Lösung zu finden. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Was die Durchsetzbarkeit im Bundestag angeht, so bin ich der Meinung, daß zwei Fragen zu prüfen sind. Die eine ist allgemeiner Art. Gibt es überhaupt die Möglichkeit, eine Zweidrittelmehrheit für ein mehrheitsbildendes Wahlrecht zu erhalten? Darin eingeschlossen ist die Sonderfrage, zu was ist die Zustimmung der SPD zu erlangen? Bei allen Überlegungen, die ich selber mit angestellt habe, war für mich immer eine Prämisse, daß die Zustimmung der SPD erreicht werden muß, um die Verankerung in der Verfassung zu ermöglichen, und daß man deshalb von der Position der SPD ausgehen muß.

Wenn die SPD überhaupt zu einer Lösung zu gewinnen ist, so kann sie nur auf der Grundlage der Verrechnung des relativen Mehrheitswahlrechts erfolgen. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Wenn ich mir nun die drei Faktoren, die in der öffentlichen Diskussion eine geringe Rolle spielen, obwohl sie für die Durchsetzung der Zweidrittelmehrheit ausschlaggebend sind, vor Augen führe, nämlich erstens das Interesse der einzelnen Abgeordneten, zweitens das Interesse der regionalen Strukturen – darüber wird überhaupt nicht diskutiert, obwohl man sehen muß, daß die regionalen Parteistrukturen von außerordentlicher Bedeutung sind, das gilt für die SPD wie für uns –, drittens wie soll man bei dem relativen Mehrheitswahlrecht ein Wahlkreisschema finden, das beiden Seiten deutlich macht ... (*Anhaltende Unruhe. – Amrehn: Daß nun wirklich der CDU etwas absichert!*) Das scheint nicht erreichbar zu sein. Man wird ein Ergebnis erhalten, das die entsprechenden Wahrscheinlichkeitschancen ermittelt. Das ist der Grund dafür, warum sich in der Jungen Union viele damit beschäftigt haben, einen Wahlrechtsvorschlag zu finden, der die Zustimmung der SPD erhalten könnte und um auch die Forderung im Sinne der staatspolitischen Notwendigkeiten zu erfüllen. Wir haben lange das funktionale System mit den Vier-Mann-Wahlkreisen erörtert, aber die Zustimmung der SPD ist dazu nicht zu erlangen. Das ist der Grund dafür, warum wir von dieser Vorstellung abgegangen sind. Ich glaube nicht, daß sich in der Haltung der SPD dazu etwas ändern wird.

So sind wir also auf dieses Huckepack-System verfallen, das einmal die Möglichkeit bietet, die regionalen Strukturen auszugleichen. Nun stoßen wir hier auf verfassungsrechtliche Bedenken. Ich halte es für sehr dubios, hier zu sagen, auf vier Kreismandate darf ein Huckepack-Sitz verteilt werden. Die Frage ist natürlich, ob man es riskieren will, in die Zone der Auseinandersetzung mit dem Bundesverfassungsgericht zu geraten. Wenn ich die Zweidrittelmehrheit haben will, so glaube ich unter Berücksichtigung aller Faktoren, daß in diesem Bundestag das relative Mehrheitswahlrecht für 1973 nicht zu erreichen ist. Ich mag etwas der allgemeinen Meinung Zuwiderlaufendes sagen, aber nach meiner Kenntnis der Auffassungen wird der eigentliche Widerstand auch in unserer Fraktion erst beginnen, wenn tatsächlich die Sache in ein kritisches Stadium rückt.

Bei den Sozialdemokraten – ich habe mich mit verschiedenen Kollegen im Verteidigungsausschuß unterhalten, wo sich ein gewisses Vertrauensverhältnis mittlerweile eingestellt hat – sehe ich gar keine Chancen.

Eine Mehrheit ist meines Erachtens nur dann zu erhalten, wenn eine für die SPD sehr günstige Wahlkreisumschneidung erfolgt. Man sollte sich hier keinen Illusionen hingeben. Das Parlament wird unter ganz rationalen und nicht unter emotionalen Gesichtspunkten in dieser Frage entscheiden. (*Kiesinger*: Wobei ich nicht recht weiß, was rational und was emotional ist. – *Heiterkeit. Anhaltende Unruhe.*) Aus allen diesen Gründen bin ich zu der Meinung gekommen, daß wir es mit einem *circulus vitiosus* zu tun haben. Verfassungskonform ist nur das relative Mehrheitswahlrecht. Das ist aber nur für 1973 zu bekommen. Für 1973 nützt es uns nur, wenn wir es jetzt mit einer Zweidrittelmehrheit verabschieden. Die Zweidrittelmehrheit bekommen wir jetzt aber nicht.

Ich möchte diese Bedenken ausgesprochen haben, weil wir überlegen sollten, wie man praktisch hier vorankommen kann. In dem Augenblick, wo sich die Regierung entschließt, eine Regierungsvorlage einzubringen, wächst der Widerstand bei allen Gruppen, die sich irgendwie bedroht fühlen, der dann eine ungeahnte Intensität erreichen wird. Das glaube ich mit Sicherheit voraussagen zu können. Ich bin in keiner Weise betroffen, Herr Bundeskanzler. Mein Wahlkreis kann zerschnitten werden, wie er will. (*Starke Unruhe und Bewegung.*)

*Dufhues*: Ich möchte Sie unterrichten über den Stand der Beratungen in der Kommission, die durch den Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion der CDU/CSU gebildet worden ist. Diese Kommission hat in mehreren Sitzungen die Möglichkeit einer Wahlrechtsreform erörtert und diskutiert. Dabei sind auch die Auswirkungen einiger anderer Wahlrechte erörtert worden. Naturgemäß gab es nicht wenige, die sich zu einem Wahlrecht hin orientierten, das alle Vorteile der CDU und alle Nachteile eines mehrheitsbildenden Wahlrechts der SPD anvertrauen möchte.

Aber die überwiegende Meinung hat sich schließlich doch von dem Gedenken leiten lassen, daß ein neues Wahlrecht einige klare Voraussetzungen haben muß. Die erste Voraussetzung scheint mir, neben dem überragenden Gesichtspunkt der Stabilisierung unserer parlamentarischen Regierungsverhältnisse, die zu sein, daß das Wahlrecht erstens einfach und klar und zweitens, daß es auf den Wechsel angelegt ist. Das Anstreben jeder anderen Lösung würde zu Irrealitäten führen, die in den parlamentarischen Entscheidungen keinen Niederschlag fänden.

Wir kommen am 6. Dezember erneut zusammen. In dieser Sitzung werden beraten die Probleme der Wahlkreiseinteilung, dann wird der Präsident des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden einen Vortrag halten. Ferner werden wir den Bericht des wissenschaftlichen Beirats entgegennehmen, den Herr Lücke für das Innenministerium gebildet hat. Erst dann sind wir in der Lage, eine Empfehlung zu erarbeiten.

Nun komme ich ein wenig in Zeitbedrängnis mit den Überlegungen, die Herr Lücke angestellt hat. Ich fürchte, daß ich diese Kommission im Dezember nicht noch einmal einberufen kann. Ich hoffe, daß die Kommission in der ersten Hälfte des Monats Janu-

ar zusammentreten wird, um eine Empfehlung zu erarbeiten. Welchen Inhalt diese Empfehlung haben wird, kann ich nicht sagen, ich möchte es auch nicht sagen. Ich bin verpflichtet, die Verhandlungen der Kommission so zu leiten, daß nicht der Eindruck entsteht, hier liegen bereits Vorentscheidungen vor.

Ich wäre dankbar, wenn bei der Behandlung des Problems der Wahlrechtsreform durch das Kabinett dieser Zeitplan berücksichtigt werden könnte, weil sonst die Beratungen der Kommission nicht von Erfolg sein würden.

Noch eine Bemerkung zu der Anregung von Herrn Lücke: Es möge ein Teil dieser Kommission sich auch mit der Wahlkreiseinteilung befassen. Ich weiß nicht, ob die Wahlkreiseinteilung zunächst zwischen der CDU und CSU und der SPD erörtert werden kann. Das scheint mir kein Vorschlag zu sein, der den Möglichkeiten eines solchen Arbeitskreises entspricht. Hier wird sich der Herr Bundesinnenminister persönlich maßgeblich einschalten müssen. Außerdem sind solche Probleme wirklich besser bei erfahrenen Persönlichkeiten wie dem Herrn Generalsekretär, dem Herrn Bundesgeschäftsführer und anderen in guten Händen. Ich wäre dankbar, wenn Sie diese Möglichkeiten ins Auge faßten. Die Wahlkommission als solche verfügt nicht über die guten Kenntnisse der Problematik bei der Wahlkreiseinteilung, daß sie sich mit Erfolg dieser Aufgabe stellen könnte. (*Unruhe und Bewegung.*)

*Kiesinger:* Bevor ich das Wort weitergebe, kurz folgendes: Natürlich haben Sie recht, Herr Klepsch, mit Ihren Bemerkungen. Die Schwierigkeiten unterschätze ich in keiner Weise. Ich wage auch gar keine Prognose. Doch wird innerhalb der SPD auch mit gutem Glauben – einige tun es sicher, andere sicher nicht – versichert, daß man dieses Wahlrecht vorlegt. Es ist heute schon so, daß die öffentliche Meinung Sprecher der SPD dazu zwingt, in dieser Frage zugunsten des Mehrheitswahlrechts Stellung zu nehmen, obwohl sie es gar nicht wollen.

Was die Frage anlangt, wenn wir die Grundgesetzänderung nicht durchbekommen, so kann ich mir vorstellen, daß sich die SPD darauf einlassen würde, nun zu sagen: Ein großer Teil unserer Leute wollen das Wahlrecht für 1973, aber soviel kriegen wir nicht zusammen, daß es mit Sicherheit eine Grundgesetzänderung gibt. In diesem Fall würde ich unbedingt dazu raten, nun zuzupacken. Wenn schon keine Grundgesetzänderung möglich ist, dann sollten wir es wenigstens durch ein einfaches Gesetz machen; denn wir müssen an die Zeit nach der Wahl denken. Für uns beide ist es unmöglich, eine Fortsetzung der Großen Koalition über das Jahr 1973 hinaus ins Auge zu fassen. Das ist auch im Interesse des parlamentarisch-demokratischen Lebens in der Bundesrepublik für meine Vorstellung und auch nach meiner Erfahrung in der Regierungsarbeit nicht denkbar.

Infolgedessen müssen beide Parteien – was immer jetzt auch beschlossen oder nicht beschlossen werden mag – mit der kommenden Bundestagswahl ein großes Interesse haben, irgendein Wahlrecht zu finden, das sie wirklich auseinanderzwingt. Das würde also bedeuten, daß mindestens nicht die Gefahr besteht, daß in der kommenden Legislaturperiode ein einfaches Wahlgesetz wieder aufgehoben oder geändert wird. Wir würden dann die Wahlen für das Jahr 1973 mit diesem geänderten Mehrheitswahlrecht auf-

grund eines einfachen Gesetzes durchführen können. Wenn man das Beste nicht haben kann, dann muß man halt das andere nehmen. Das setzt allerdings voraus, daß die SPD bereit wäre, sich einzulassen auf ein Auseinanderfallen der Koalition in dieser Frage. Ob sie das will oder nicht will, das kann ich heute noch nicht sagen.

Es ist ja nicht so – und damit komme ich zu der Bemerkung, es sei ein *circulus vitiosus* –, daß man sich an eine Aufgabe setzt, von der man von vornherein überzeugt ist, daß sie nicht gelingen kann. Hier handelt es sich um eine so wichtige Sache – und es gibt auch bei der SPD Leute, die hier stark engagiert sind –, daß man es trotzdem versuchen soll, auch wenn ich es nicht so optimistisch darstellen will, wie es der Kollege Lücke aus verständlichen Gründen getan hat. Ich kann immer wieder nur sagen, der Riesenzwang zum Auseinandergehen besteht. Man sollte nicht leichtfertig glauben, daß das Jahr 1969 uns ohne weiteres aus dieser Zwangslage befreien wird. Es kann sein, daß eine der beiden Parteien die absolute Mehrheit bekommt. Das ist durchaus drin. Wenn das aber nicht geschieht, dann erhebt sich wieder die Frage. Es gibt heute schon eine Ausarbeitung von einem Fraktionskollegen, wo apodiktisch drinsteht: Im Jahre 1969 muß die Große Koalition aufgegeben werden. Es muß also wieder eine Koalition mit der FDP hergestellt werden.<sup>52</sup> – Das sind dieselben Leute, die heute noch nicht kapierten, daß eine Koalition mit der FDP im vergangenen Winter nicht mehr möglich war, weil die FDP einfach nicht bereit war, eine Koalition mitzumachen. Sie hat jede Chance geboten bekommen, diese Koalition zu machen. Bis zum letzten Augenblick hat man es ihr auf silbernen oder goldenen Tellern hingereicht, aber sie hat es nicht getan.

Wie das im Jahre 1969 sein wird, wissen wir nicht. Haben wir dann die Wahl zwischen dem einen oder anderen, dann wird sich zeigen, was zu tun ist. Es ist auch möglich, daß wir diese Wahl nicht haben. Und was es bedeutet, dann noch einmal vier Jahre lang eine Große Koalition zu machen, das brauche ich hier nicht zu betonen. Das weiß jeder besser als ich selber. Und wenn diese Situation eintritt, dann kommt mit tödlicher Sicherheit dieses neue Wahlrecht. Das überlegt sich weiter dann eine ganze Reihe der SPD-Leute. Deswegen schätze ich die Chancen für einen Erfolg schon in dieser Legislaturperiode doch nicht ganz so pessimistisch ein, wie Sie es taten.

*Von Hassel:* Der Herr Kollege Lücke hat gesagt, daß die Zeit gegenwärtig für uns arbeite, und die Stimmen draußen neigen sich einer solchen Wahlrechtsänderung zu. Ich glaube schon, daß dies zutrifft. Aber dieses Sich-uns-zuneigen ist überhaupt nur mit einem ganz feinen Maß meßbar. Es ist sehr labil. Wir dürfen nicht vergessen, daß in der Zwischenzeit im Bundestag – das gilt für uns wie für die Sozialdemokraten – die Zahl derer zunimmt, die über die Reserveliste hineinkommen. Ein findiger Mann hat einmal ausgerechnet, daß sich das frühere Verhältnis im Deutschen Bundestag von 50 direkten Abgeordneten und 15 Reserveabgeordneten in der Zwischenzeit durch den natürlichen Abgang auf rund 63 % der Restkandidaten und 37 % der direkt gewählten Kandidaten verschoben hat. Man muß davon ausgehen, daß bei der endgültigen Abstimmung im

---

<sup>52</sup> Nicht zu ermitteln.

Deutschen Bundestag über ein Wahlrecht, die über die Reserveliste hineinkommenden Abgeordneten sich heftig gegen eine Änderung dieses Wahlrechts wehren werden.

Es ist deswegen notwendig, zu einer schnellen Entscheidung zu kommen, weil dauernd neue Denkmodelle erfunden werden. Die einzige Kontroverse, die ich mit meinem schleswig-holsteinischen Landesvorsitzenden, Herrn Lemke, habe, ist die, daß er auf dem Parteitag am Freitag wieder zurückgriff auf ein schleswig-holsteinisches Wahlrecht aus dem Jahre 1947, mit dem damals die Sozialdemokraten die Zweidrittelmehrheit errungen haben.<sup>53</sup> Nun ist nicht gesagt, daß diese Zweidrittelmehrheit, wenn wir dieses Wahlrecht einführen, zu unseren Gunsten geht. (*Lebhafte Heiterkeit und Bewegung.*) Alle neuen Denkmodelle müssen sorgfältig geprüft werden. Und das dauert Wochen und Monate. Wir müssen klären, wo sind bei uns noch Argumente, die gegen die Auffassung von Lücke sprechen? Wir müssen versuchen, diese Freunde für die Auffassung von Lücke zu gewinnen.

Herr Bundeskanzler, es ist leider so, daß jeder bei uns, der sich gegen den Vorschlag von Lücke wendet, nachher gebraucht wird als Kronzeuge für die kleineren Parteien, die sagen: Die Leute aus der CDU haben das und das erklärt. – Oder es ist ein Hoffnungsanker für die Sozialdemokraten, die sagen: Auch in der CDU ist ja keine einheitliche Auffassung. – Ich will mich jetzt zu den einzelnen Wahlgesetzmodellen nicht äußern. Ich bin der Meinung, daß eine ganze Reihe von Modellen überholt sind und nicht mehr in Betracht kommen. Dazu gehört z. B. die Möglichkeit des Vier-Mann-Wahlkreises. Das ist kein Mehrheitswahlrecht mehr. Es gehört dazu nach meinem Dafürhalten auch der interessante Vorschlag der Jungen Union: 242 Direktmandate und die anderen als Huckepack. Das hat vieles für sich, aber in einem Punkt hat diese Konzeption einen entscheidenden Fehler; denn das Mehrheitswahlrecht setzt voraus, daß es überschaubar ist. Das heißt, daß kleinere Wahlkreise geschaffen werden. Wenn es z. B. in der Großstadt Hamburg kleinere Wahlkreise gibt bei einem relativen Mehrheitswahlrecht, dann hat die CDU – so scheint es mir – eine Chance, bei der zu erwartenden Strukturänderung im Wählerverhalten sich durchzusetzen, weil es andere Alternativen nicht mehr gibt. Alles, was in die Richtung großer Wahlkreis geht, ist für unser Grundanliegen eines Mehrheitswahlrechts nach meinem Dafürhalten abträglich. (*Starke Unruhe.*) Ich bin ein Gegner einer Bundesliste, weil die Bundesliste eine Ausweichmöglichkeit ist vor klaren Entscheidungen der Landesparteien, die sich selber über das klar sein müßten, was sie an Abgeordneten in den Deutschen Bundestag entsenden wollen. Wir wollen uns doch das Theater, das entsteht, wenn die Bundesliste in der CDU aufgestellt wird, ersparen. (*Starke Unruhe.*) Wir sollten uns überlegen, was die Aufstellung einer solchen Bundesliste parteiintern bedeuten wird.

Ich habe noch eine Bitte an den Kollegen Dufhues. Ich war davon ausgegangen, daß wir am Mittwoch, dem 6. Dezember, zu zwei Alternativen, wie sie Herr Kollege Lücke

---

53 Der 19. Landesparteitag der CDU Schleswig-Holstein fand am 1./2. Dezember 1967 in Rendsburg statt. Die Rede Lemkes ist abgedruckt in CDU-Landesdienst Schleswig-Holstein Nr. 41/67. – Bei den Landtagswahlen 1947 erreichte die SPD 43,8% (CDU 34,1%, FDP 5%) und bildete mit Ministerpräsident Hermann Lüdemann eine Alleinregierung.

vorgetragen hat, kämen. Wir können es uns nicht leisten, die Dinge parteiintern weiter in der Diskussion zu lassen. Mir scheint es notwendig zu sein, daß wir uns in der Kommission, Herr Dufhues, höchstens auf zwei Modelle – vielleicht nur auf ein Modell – verständigen. Wenn wir am Mittwoch darüber nicht entscheiden, müssen wir unbedingt in der ersten Hälfte des Monats Januar darüber entscheiden. Deshalb meine Bitte an die Mitglieder der Kommission, sich so zu konzentrieren, daß wir mindestens in zwei Sitzungen, und zwar vor dem 15. Januar 1968, ehe das Parlament wieder zusammentritt, darüber entscheiden können.

*Schmücker:* Herr Bundeskanzler, ich wollte noch zu zwei Fragen Stellung nehmen. Bloße Wiederholungen haben ja keinen Sinn. Aber das mit dem einen Wahlkreis, das wird nicht hinhalten. Ich entsinne mich, daß die Sozialdemokraten verlangt haben, daß dann die Parteien gezwungen werden sollen, in allen Wahlkreisen zu kandidieren. Das ist eine Sache, die kaum haltbar ist. (*Lebhafte Unruhe.*) Wann man also schon so etwas will, dann müßte beides da sein, nämlich die 5%-Klausel und ein Wahlkreis. Herr Bundeskanzler, wenn es sein muß, machen wir ein Übergangswahlrecht und auch eine Grundgesetzesicherung, aber ein Mehrheitswahlrecht sichert eigentlich selbst am besten das ab durch seine beiden Partner.

Nun zum Zeitplan! Wir gehen davon aus, daß SPD und CDU gemeinsam ein Interesse daran haben, nicht auf einen Dritten angewiesen zu sein. (*Unruhe und Bewegung.*) Wir sollten das nicht als allzu feste Grundlage nehmen, denn es kann uns sehr wohl passieren, wenn diese Beratungen zu weit in das nächste Jahr hineinkommen, daß wir dann stolpern und die FDP und die SPD zu einer Zusammenarbeit zwingen. Das sollte eigentlich mein Anliegen sein, Herr Bundeskanzler. Wir dürfen den Zeitplan nicht so machen, daß wir in braver demokratischer Absicht den Staat in Ordnung bringen wollen, aber die anderen machen das Geschäft. Wir sind dann die Dummen bei der ganzen Geschichte. (*Unruhe.*) Daß wir die FDP völlig ausschalten aus unseren Überlegungen, das geht einfach nicht. Wir müssen doch feststellen, daß innerhalb der FDP zumindest 20 oder 25 % sind, die innerlich zu uns neigen, wenn es hart auf hart ginge, und die Leute mit Linkskurs würden öffentlich bloßgestellt. Dann kann es sehr wohl sein, Herr Bundeskanzler, daß wir einen Zuwachs von zehn bis zwölf Leuten plötzlich haben und schon in dieser Legislaturperiode über die absolute Mehrheit verfügen. (*Unruhe.*) Ich sage das nur mit dem Hinweis darauf, daß wir die FDP nicht ganz aus dem Spielfeld lassen dürfen. Wir müssen doch den konservativen Teil, der mehr an uns denkt, weiterhin so betreuen, daß wir uns nicht zwischen zwei Stühle setzen.

Herr Kollege Lücke, wir müssen den Zeitplan bis zur ersten Hälfte des nächsten Jahres fassen, oder es wird nichts daraus.

*Kiesinger:* Der Gedanke, eine Chance für dieses Wahlrecht aus dem Zwang zum Auseinandergehen herzuleiten, ist nicht so gemeint, daß wir jede Koalition mit der FDP zurückschlagen wollen; ganz und gar nicht. Wir müssen uns selbstverständlich diese Freiheit behalten. Wir müssen als Politiker denken und in Rechnung stellen, daß nicht nur wir Überlegungen anstellen, ob wir mit der einen oder anderen Partei gehen wollen, sondern daß das auch die anderen tun.

*Schwarzhaupt:* Ich bin wahrscheinlich eine sehr vereinzelte Stimme, wenn ich jetzt dazu etwas sagen werde. Aber ich bitte davon abzusehen, heute in einem Beschluß in irgendeiner Weise eine Festlegung zugunsten der Wahlrechtsreform zu fassen. Ich habe zwei Gründe. Erstens hat der Bundesvorstand eine Kommission eingesetzt, die sich noch nicht entschieden hat. Sie hat noch nicht eine Abstimmung dafür oder dagegen vorgenommen. Sie hat jetzt eine Sitzung mit der Tagesordnung „Wahlkreiseinteilung“ anberaumt. Auch bei dieser Sitzung kann eigentlich loyalerweise nicht über die Sache selbst eine Entscheidung getroffen werden. (*Lücke:* Ich habe keinen Beschlußvorschlag verlangt.) Zweitens: Ich habe auch aus grundsätzlichen Gründen ganz schwere Bedenken gegen den Plan einer Wahlrechtsreform zur Zeit. Ich habe nur ein Argument, das ich noch einmal zu erörtern bitte. Wir sprechen immer von den Erfahrungen der Weimarer Zeit und denken dabei an die Vielheit der Parteien, die es damals gab. Eine Koalition mit vielen Parteien wollen wir verhindern. Aber was dahintersteckte, war gar nicht allein die große Zahl der Parteien, sondern daß die Demokratie, das Parlament und alle Parteien an Autorität verloren hatten. Ich fürchte, wenn wir in diesem Augenblick, in dem sich außerparlamentarische Oppositionen bilden, die mit grundsätzlichen Angriffen gegen das Funktionieren der Demokratie angehen, Beschlüsse fassen, dann wird das dem Ansehen des Parlamentes als einer legitimen Vertretung der Meinung der Bevölkerung nicht dienen, sondern im Gegenteil diesen Oppositionen populäre Argumente hinzufügen. Deshalb habe ich ganz große Bedenken dagegen.

Wenn wir 1949 ein Mehrheitswahlrecht geschaffen hätten, wäre es sicher besser geworden als mit dem jetzigen Wahlrecht. Wenn wir es aber jetzt tun, dann führen wir Wasser auf die Mühlen derjenigen Opposition, die sich hier so regt. Das kann in einigen Jahren anders sein, aber im Augenblick warne ich davor.

*Kohl:* Prinzipiell bin ich immer für das relative Mehrheitswahlrecht gewesen. Ich muß aber sagen, die Debatten, die ich in Bonn von außen beobachte, und auch das, was ich heute z. T. hier gehört habe, mutet mich ein bißchen unwirklich an. Ich habe den Eindruck, daß die Stimmung in unserer eigenen Bundestagsfraktion anders ist als die, die hier zum Ausdruck gekommen ist.

Ich habe den gleichen Eindruck auch für die Rheinische Partei, weil ich verfolgt habe, was die Rheinische Partei dazu offenbart hat. Ich habe den Eindruck, daß Kollegen aus bestimmten Bereichen der Rheinischen Partei, die unmittelbar betroffen sind, im Bundestag eine etwas andere Sprache führen. Das gilt aber nicht nur für die Kollegen aus der Rheinischen Partei, sondern das gilt ganz allgemein für die Gesamtpartei. Hier muß man ganz nüchtern sehen – es hat gar keinen Zweck, das leugnen zu wollen –, daß die persönlichen Interessen in diesem Zusammenhang ganz groß geschrieben werden.

Ich bin mit Ihnen, Herr Bundeskanzler, der Auffassung, wir sollten uns in der Sache ziemlich genau vergewissern, wie die Mehrheitsverhältnisse ungefähr liegen, bevor die Regierung mit einer Regierungsvorlage über das Eis geritten kommt; denn der Prestigeverlust der Bundesregierung – auch Ihr persönliches, Herr Bundeskanzler –, wenn die Sache liegenbleibt, kann gar nicht negativ genug veranschlagt werden. Wir müssen daran denken, wie sich das in der Praxis auswirken wird.

Ich wäre sofort dafür, den Kraftakt zu wagen, wenn wir stark genug sind, um die Gelegenheit für 1969 hinzukriegen. Ich verstehe eigentlich die Sozialdemokraten nicht, die diesen Schritt jetzt nicht erzwingen wollen; denn die Chancen der SPD liegen in der 1969er Lösung genauso wie unsere. Wenn wir jetzt auf das Jahr 1973 gehen, dann steht drin – das muß man nüchtern aussprechen –, wenn es eine Verfassungsänderung ist, daß dies auch eine Aussage für die Koalition nach 1969 bedeutet. Es hat gar keinen Sinn, dann zu sagen, es ist noch eine große Wahlmöglichkeit; denn eine FDP, die 1969 bei einem verfassungsmäßig abgesicherten relativen Mehrheitswahlrecht gerade noch in den Bundestag hineinkommt, hat noch eine Gnadenfrist von vier Jahren. Sie wird alles tun bei den Koalitionsverhandlungen im Jahre 1969, diese Sache irgendwie aus den Angeln zu heben. Ob sie dazu noch in der Lage sein wird, ist eine völlig andere Frage. Ich bin durchaus aus taktischen Gründen dafür, wenn es verfassungsmäßig nicht geht, dies mit einem einfachen Gesetz zu machen; bloß ist das wiederum der „Schuhlöffel“ jeglicher Koalitionsverhandlungen. Auch das muß man bei der Gelegenheit hinzufügen.

Es kommt noch etwas anderes hinzu. Wir sollten dabei auch über unsere Wahlchance für 1969 meditieren. Unterstellen wir einmal, Herr Lücke bringt den Entwurf ein. Er wird diskutiert, und dann wird es ein einfaches Gesetz. Das ist die einzige Möglichkeit, die ich im Augenblick sehe. Wir müssen davon ausgehen, daß Sie damit automatisch in den Bundesländern den Zwang zur großen Koalition erzwungen haben. Ich habe mich beim Abschluß der Koalition im Mai dieses Jahres in Rheinland-Pfalz geweigert, eine solche Klausel aufzunehmen. Ich bin in einer relativ glücklichen Lage gewesen, weil wir 49 von insgesamt 100 Abgeordneten haben und durch den Eintritt der NPD niemand gegen uns regieren kann; es sei denn, es müßte eine Koalition SPD/FDP/NPD sein, die bei uns aber nicht zustande kommt.

Ich glaube, ich wäre auch in der Lage, von 49 Mandaten in einer bestimmten Nacht auf 51 zu kommen. Ich habe eine Menge dafür getan, um das jedenfalls nicht gänzlich auszuschließen. Wir sind in einer relativ glücklichen Lage. Wir könnten sogar unter Umständen in einer Minderheitsregierung eine Weile die Sache machen. Bei Herrn Röder sieht es so aus, daß er gezwungen ist, zu einer großen Koalition zu kommen. Nun gibt es an der Saar eine Menge Leute, die das gerne sehen möchten. Ich will das hier nicht verbreitern, aber diese Tendenz ist an der Saar gelegentlich spürbar.

Für unseren Freund Filbinger bedeutet das, daß die Fortsetzung der großen Koalition in Baden-Württemberg sicher ist, und zwar in einem Augenblick, bevor er überhaupt in den heißen Wahlkampf eintritt. Dies bedeutet – wenn ich die Demoskopie für Baden-Württemberg richtig lesen kann<sup>54</sup> – für die CDU eine Verschlechterung, aber eine Chance zur Aufbesserung der SPD und der FDP. In Nordrhein-Westfalen wird sich das etwas zum Zwang zur großen Koalition auswachsen. Es gibt bei unseren Freunden dort Leute, die vielleicht sagen, na endlich. Aber es ist eine Frage, ob das so sein wird – in Niedersachsen haben wir es schon –, wenn unsere Freunde in Schleswig-Holstein dies regeln werden bei dem grundsätzlichen Einverständnis zwischen Herrn Lemke und

<sup>54</sup> Vgl. Nr. 17 Anm. 31.



Herrn Steffen<sup>55</sup>; ein unglaubliches Paar für eine Regierungsgemeinschaft! (*Heiterkeit und Bewegung.*) Ich habe Grund zu der Annahme, daß die FDP in einem solchen Falle die Notbremse zieht.

Wir haben dann in Bund und Ländern die große Koalition bzw. gelegentlich noch eine SPD/FDP-Koalition wie in Berlin, wo diese Fragen aus anderen Gründen nicht eine solche Rolle spielen. Einen solchen Zustand würde ich für die Wahlchancen der CDU im Jahre 1969 für außerordentlich negativ halten. Ich sage Ihnen das ganz offen; denn wir werden noch große Probleme unter diesen Gesichtspunkten für die CDU/CSU bekommen.

Deswegen meine ich, wenn man diese Operation macht, dann kann sie nicht durch zwei Schnitte erfolgen, sondern muß mit einem Schnitt durchgeführt werden, und zwar aus wohlverstandenen Gründen der CDU und CSU. Die Frage des Wahlrechts der Länder ist bei dieser ganzen Debatte völlig totgeschwiegen worden. Ich halte es auf die Dauer für ausgeschlossen, daß wir zwischen dem Bund und den Ländern ein diametral entgegengesetztes Wahlrecht haben. Diese Überlegungen werden die Kreisverbände sofort anstellen; denn dort wird gerechnet, was geschieht mit meinem Posten. Diese Sache wird ganz nüchtern in den Vordergrund der Überlegungen gestellt. Davon erwarte ich eine ganz erhebliche Erschwernis.

Man sollte den Versuch unternehmen, mit den Sozialdemokraten in dieser Frage ein klares Wort zu sprechen, wobei ich aber ganz offen sagen muß, ich bin mir nicht darüber im klaren, wer im Augenblick die deutsche Sozialdemokratie in dieser Frage vertritt. (*Amrehn: Der Parteitag!*) Dann kommt es aber auf den Zeitpunkt des Parteitags an. Wenn die CDU gut abschneidet, vor allen Dingen in Baden-Württemberg – im Augenblick haben wir ja Grund zu der Annahme –, würde das bedeuten, daß ein Parteitag nach diesem Wahltermin sehr schlecht wäre für das Wahlrechtsproblem. (*Amrehn: Zumindest auch keine einfache Mehrheit, von der immer gesprochen wird. – Unruhe und Bewegung.*) Noch eine Frage zur Parteiführung! In der Parteiführung habe ich den Eindruck gewonnen, daß es eine Reihe von Leuten gibt, die zwar vom Wahlrecht reden, es aber ganz sicher nicht wollen. Ich habe diesen Eindruck auch bei einer Reihe maßgeblicher CDU-Leute. Nehmen Sie es mir nicht übel, daß ich es so hart formuliert sage. Ich habe bei drei maßgeblichen CDU-Leuten den Eindruck, daß bei ihnen „Pflichtübungen“ in Sachen Wahlrecht stattfinden, daß man sagt, wir probieren es mal in der Fraktion, ob es aber ... (*Lebhafte Unruhe und Bewegung. – Gerstenmaier: Wieso?*) Verehrter Freund Gerstenmaier, ich habe diesen Eindruck. Sie mögen einen anderen haben. Ich meine jedenfalls, wenn Sie diesen „Ritt“ wagen, dann versuchen Sie, ihn für 1969 zu tun, selbst auf die Gefahr eines einfachen Gesetzes hin. Jetzt ein Gesetz, ob mit oder ohne Verfassungsänderung, für das Jahr 1973 zu machen, dagegen habe ich erhebliche Bedenken.

In unseren Kreisparteien ist die Stimmung so, daß man sich für 1969 noch eine Chance ausrechnen kann, um trotz Wahlkreisarithmetik usw. zum Zuge zu kommen.

---

<sup>55</sup> Jochen Steffen (1922–1987), Publizist; 1956–1975 Vorsitzender der SPD Schleswig-Holstein, 1958–1977 MdL Schleswig-Holstein (1966–1973 Fraktionsvorsitzender).

Auf das Jahr 1973 bezogen ist dies eine lange Frist. Die Wahl in Baden-Württemberg wird ein weiteres zeigen, Herr Scheufelen. Wir reden immer davon, das sei gefährdet von der neuen Demokratischen Linken. Das stimmt ja gar nicht. (*Klepsch*: Das stimmt genau!) Aber nach den Prozenten nicht! Wenn eine Partei in Deutschland eine Gefährdung hat, dann ist es die SPD von der NPD. Ich habe manchmal den Eindruck, daß die Analysen, die unsere eigenen fachkundigen Leute erstellt haben, von den Instituten gar nicht gelesen werden. Die Wahlen in Hessen, in Bayern und in Rheinland-Pfalz bieten eklatante Beispiele.

Wir haben z. T. Verschiebungen von 6 bis 7 % in Stadtwahlkreisen gehabt. Ich denke an den Kreis Pirmasens. Dort hat bei der diesjährigen Landtagswahl die SPD einen Verlust von 10 % gehabt. Davon sind 7 % als Protestwähler zur NPD marschiert. Insofern wird also das Aufkommen der Demokratischen Linken in Baden-Württemberg die Wahl weniger beschäftigen als die Wahlchance der NPD.

Deshalb sollten wir versuchen, den Sozialdemokraten klarzumachen, daß ihre Stunde weit mehr im Jahre 1969 liegt als im Jahre 1973. Und wenn es uns nicht gelingt, für das Jahr 1969 einen grundsätzlichen Wandel im Wahlrecht durchzuführen, dann habe ich erhebliche Bedenken, ob wir es noch für 1973 schaffen. Aus meiner Beobachtung habe ich diesen Einwand, und zwar aus der Sicht unserer Leute in der Partei, in der Bundestagsfraktion und in den Ländern, weil ich weiß, was dort diskutiert wird, und zwar mit dem Hintergrund einer möglichen zwangsweisen Gleichschaltung. Ich habe ihn auch aus der Sicht der nicht hundertprozentigen Loyalität der Führung in diesem Zusammenhang. Wenn man heute so einen großen Artikel mit vielen Zitaten bestückt in einem Magazin liest, findet man das Material in jeder Fußnote. Der „Spiegel“-Artikel über Helmut Schmidt bringt ja eine Fülle von Material.<sup>56</sup> (*Unruhe und Bewegung*.)

*Kiesinger*: Das sind zweifellos sehr wichtige Argumente, die wir beachten müssen.

*Erhard*: Ich habe den Eindruck, daß die SPD das relative Mehrheitswahlrecht will, aber sie möchte uns vorschicken in den Kampf. Wir sind dann die Ochsen, damit es wenigstens mit einfacher Mehrheit durchgeht, aber nach außen erscheinen sie als die Partei, die willens war, all die kleinen Wählergruppen und Wählerschichten abzuwürgen. Die SPD erhofft sich damit eine gewisse Sympathie und einen gewissen Zulauf. Das ist meine Überzeugung, daß sie dieses taktische Spiel ausnutzen will.

*Kiesinger*: Dagegen läßt sich natürlich sagen, daß das nicht soviel Sympathie einbringt, um das andere auszugleichen, Herr Bundeskanzler! Aber das, was Herr Kohl eben gesagt hat, ist insbesondere für den Zeitpunkt des Jahres 1973 außerordentlich gewichtig. Deswegen muß unsere ganze Aufmerksamkeit darauf gerichtet werden.

Wenn es für das Jahr 1969 nicht gelingt, dann müssen wir genau überlegen, welche Konsequenzen es haben würde, wenn wir – und gar noch mit einfacher Mehrheit – es für 1973 machen. Sonst besteht nur noch die Chance, wenn die Wahl 1969 eine Situation des erneuten Zwanges zum Zusammengehen zwischen CDU und SPD herbeiführt, daß dann unter allen Umständen dieses neue Wahlrecht kommen muß.

---

<sup>56</sup> Vgl. „Spiegel“ vom 4. Dezember 1967. Dort wurde berichtet, daß Schmidt die Große Koalition für die SPD als schädlich erachtete.

*Kraske:* Ich möchte ein paar taktische Bemerkungen machen. Ich würde sagen, daß die Bedenken, die die Herren Klepsch und Kohl vorgetragen haben, sehr ernstzunehmen sind, aber ich stimme nicht mit ihnen überein in der Beurteilung der taktischen Ausgangslage. Ich würde sagen – und das hat Herr Lücke vorhin schon angedeutet –, daß die Entwicklung zur Zeit nach meinen Beobachtungen in eine Richtung geht, wo es sich die CDU sogar leisten könnte, für das Wahlrecht einzutreten, wenn es nicht durchgeht und wenn es an der SPD scheitert, allerdings unter der Voraussetzung, daß es uns gelingt nachzuweisen, daß die SPD aus parteiegoistischen Gründen und aus Angst vor einer Niederlage dagegen votiert hat.

Ich glaube also, wenn es viele politische Fragen gibt, die man nur anpacken soll, wenn man weiß, daß man sie durchzieht, dann gehört das Wahlrecht in der augenblicklichen Lage zu einer Frage, wo man sogar mit fliegender Fahne untergehen könnte ... (*Kohl:* Herr Kraske, das ist ein Mißverständnis. Herr Bundeskanzler, ich bin mit dieser These von Herrn Kraske einverstanden, aber nicht im Feuer der eigenen Partei. Das habe ich gemeint.) Ich darf zum zweiten folgendes sagen: Es gibt in der Öffentlichkeit bisweilen in unsere eigene Partei hinein eine ganz gefährliche Tendenz, die uns die ganze Sache kaputt machen kann, nämlich in diesem Zusammenhang nach draußen hin mit dem Hinweis auf die NPD und die Linksradikalen zu operieren. Das gibt eine Katastrophe. Wir bringen die Sache nie durch, wenn wir den Eindruck erwecken, wir machten dieses Wahlrecht gegen irgend jemanden.

Man muß immer wieder erleben, daß man in öffentlichen Diskussionen konfrontiert wird mit Äußerungen aus der CDU heraus, diese Wahlrechtsreform sei nötig, weil die NPD gewonnen habe, weil die Gefahr einer radikalen linken Partei usw. bestünde. Dabei ist das interessant, daß selbst Leute, die nie auf die Idee kämen, ihrerseits NPD zu wählen, bei diesem Argument gegen uns auftreten, weil sie sagen, dies ist eine politische Frage, die nicht mit Wahlrechtsänderungen gelöst werden darf.

Ich würde in dieser Sache geradezu eine durchgehende Sprachregelung dringend empfehlen. Wir können diese Wahlrechtsfrage nur vertreten, wenn wir sie für etwas, nämlich für eine Stabilisierung der Demokratie, für die Sicherung klarer Mehrheiten durchsetzen und wenn wir bestenfalls – das ist sicher etwas, was Resonanz findet – sie gegen den Zwang zu Koalitionen vertreten; denn Koalitionen sind in der Öffentlichkeit nicht sehr beliebt, vor allem dann nicht, wenn sie nicht vom Wähler gemacht werden, sondern von den Fraktionsvorständen. Das kann man durchaus machen ... (*Kohl:* Das würde die Partei machen!) Hierzu gibt es in der letzten Zeit immer ein ganz interessantes Argument: Herr Mischnick<sup>57</sup> hat in einer Broschüre, die demnächst das Innenministerium herausgeben wird, seine ganze Argumentation auf prinzipiellen Fragen aufge-

---

57 Wolfgang Mischnick (1921–2002), Angestellter; 1945 LDP und 1948 FDP, 1954–1957 MdL Hessen, 1957–1994 MdB, 1961–1963 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 1967–1977 Vorsitzender der FDP Hessen, 1968–1991 Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, 1987–1995 Vorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung. Vgl. KEMPF/MERZ S. 485–489. – Bei der Broschüre handelt es sich um: Zur Neugestaltung des Bundestagswahlrechts (vgl. Anm. 31).

baut und erklärt, die Frage der Mandate sei für die FDP gar kein Problem. In den Bundestag kämen sie natürlich auch beim Mehrheitswahlrecht. Hier ist ein ganz interessanter taktischer Wechsel auch bei der FDP zu erkennen.

Die FDP hat offenbar eingesehen, daß es nicht sehr attraktiv ist für eine Partei, von vornherein zuzugeben, daß sie bei einem bestimmten Wahlrecht völlig unterginge. Die FDP wird in Zukunft – wenn Mischnick hier beispielhaft ist – argumentieren: Uns trifft das zwar nicht, aber wir sind aus prinzipiellen Gründen gegen diese Wahlrechtsänderung. – Deswegen sollte man das durchaus aufgreifen und sollte auch nicht zuviel von dem Zwei-Parteien-System sprechen, sondern das ganze Gewicht auf die Frage des Koalitionszwanges und auf die Verstärkung der Mehrheit durch das Mehrheitswahlrecht legen.

Letzter Punkt! Die SPD hat sicher die bestehende Koalitionsabsprache für sich, wenn sie sagt, für 1969 nein. – Deswegen wäre es sicher nicht sehr fair im Rahmen dieser Koalition, wenn man ihr hier öffentlich Vorwürfe machen würde. Aber es empfiehlt sich doch, in der Öffentlichkeit bei Diskussionen immer wieder die Frage zu stellen, was das eigentlich bedeutet in der Praxis, ein Wahlrecht dem Wähler nochmals zur Entscheidung zu stellen. Selbst SPD-Leute sind im allgemeinen etwas verlegen, wenn man sie fragt, wie sie sich das eigentlich vorstellen, daß sie nämlich einerseits dieses Wahlrecht noch in dieser Legislaturperiode verankern wollen und andererseits erklären, man müsse erst eine Wahl darüber stattfinden lassen; ob sie denn wirklich der Meinung seien, daß die FDP auch in einem theoretisch denkbaren Falle dann eine Zweidrittelmehrheit bekäme von den Wählern, um die Verfassung zu ändern.

Ich meine also, daß man hier auch auf diesem Wege zu dem taktischen Ziel kommen kann und kommen müßte, klarzumachen oder zumindest zu unterstellen, daß es der SPD nicht um irgendwelche prinzipiellen Fragen geht, sondern daß die SPD hier allein an ihre eigenen Vorteile denkt. Das scheint mir für die künftige Diskussion ganz nützlich zu sein. Das würde sicher auch die Meinungsbildung in der Koalition eher erleichtern.

*Scheufelen:* Welche taktischen Positionen hat sich die SPD aufgebaut? Sie hat gesagt, der Parteitag entscheidet darüber im Herbst. Das heißt also, über alles, was jetzt passiert, so oder so, wird der Parteitag entscheiden.

Nun wird immer wieder gesagt, es würden irgendwelche Absprachen in Baden-Württemberg mit der SPD bestehen. (*Kohl:* Die Gerüchte sind so!) Es besteht ein einstimmiger Beschluß des Landes Baden-Württemberg – ein Gremium, dem auch der Ministerpräsident und der Kultusminister angehören –, daß keinerlei Vereinbarungen vor der Wahl mit irgendeiner Partei getroffen werden. (*Kohl:* Und die Fraktion?) Die Fraktion auch nicht!

Das Zweite ist, daß aufgrund des Weihnachtsgeldes für die Beamten eine erhebliche Abkühlung zwischen den Koalitionspartnern eingetreten ist. Ich glaube, wenn irgendwelche Leute Absprachen getroffen hätten, dann hätten sie das auf ihren eigenen Kopf hin unternommen. Das zur Situation im Lande.

Die SPD sagt, wir haben Zeit bis zum Herbst. Wir können zur Zeit nichts tun. Ich weiß nicht, ob es dann sinnvoll ist, daß wir von der CDU oder die Regierung einen Zeitpunkt vorsehen, an dem es noch gar nicht zu einer Entscheidung kommen kann, so daß wir unsere Koalitionsbildung damit belasten. Ganz egal, was geschieht, die SPD wird sich erst auf dem Parteitag ausreden. Ich möchte ausdrücklich sagen, ich halte es für möglich, daß man in der SPD zu dem Ergebnis kommt in dieser Legislaturperiode. Aber im Zusammenhang mit der baden-württembergischen Situation muß man sich überlegen – der SPD-Parteitag ist meines Wissens im Oktober – wann wir aktiv werden, damit wir die SPD auf ihrem Parteitag zu einer Entscheidung zwingen.

*Lücke:* Das ist die Schwierigkeit zwischen CDU, CSU und SPD, daß sich in der SPD-Führung die Mehrheit mit diesem imaginären Termin durchgesetzt hat. Die führenden Sozialdemokraten erklären, das sei kein fester Termin. Darum stimme ich dem zu, was die Herren Kohl und Schmücker gesagt haben, wir müssen jetzt bei dem Gespräch, das der Bundeskanzler mit den Parteivorsitzenden und den Fraktionsvorsitzenden führen wird, wissen, was die Sozialdemokraten wollen.

Ich lege keinen Gesetzentwurf vor, wenn ich erkennen sollte nach diesem Gespräch, daß die Sozialdemokraten ein Dreivierteljahr lang unentschlossen im Parlament herumreden, ohne zu wissen, was sie eigentlich wollen. In dem Gespräch, das Anfang Dezember stattfinden soll, müssen wir feststellen, wie weit werden die Sozialdemokraten ihren Parteitag vorverlegen. Von dieser Entscheidung möchte ich abhängig machen, ob die CDU/CSU mit den sozialdemokratischen Ministern einsam und verlassen die Vorlage machen, und dahinter steht ein Parteitag, der sagt, ihr habt das zwar hinggebracht, aber die Sache scheitert.

Hier geht es nicht um Parteitaktik. Hier geht es darum, ob man das nun wirklich will oder nicht. Darum muß diese Frage mitbetrachtet werden. Die Frage, ob wir die Vorlage der Regierung weiterleiten, muß abhängig gemacht werden von der Zusage der Sozialdemokraten, daß sie auch zustimmen werden.

*Kohl:* Ich darf als Anregung sagen, bevor die Sache ins Kabinett kommt, sollten wir im Bundesvorstand auf alle Fälle noch einmal darüber sprechen. Kann man das sicherstellen?

*Lücke:* Wir wollen darüber mit dem Bundeskanzler und dem Parteivorsitzenden sprechen, und dann werden wir zusammen mit Ihnen darüber beraten. (*Kohl:* Und zwar hier in diesem Kreis!)

*Kiesinger:* Die Frage muß im Koalitionskreis behandelt werden, der sich regelmäßig einmal in der Woche trifft. Dann bringen wir es noch einmal hier in den Bundesvorstand und überlegen uns, wie wir es machen werden.

*Stoltenberg:* Ich wollte noch etwas zu den Interessen der Partei sagen, weil das hier mit Recht betont worden ist. Was unsere Kollegen in der Fraktion und viele unserer Parteifreunde draußen im Lande noch nicht erkannt haben, ist die fundamentale Änderung, die mit einem Mehrheitswahlrecht eintritt. Ein Mehrheitswahlrecht setzt ganz andere Prozeduren und Verhaltensweisen in der Frage der Kandidatenaufstellung voraus. Wir haben in Schleswig-Holstein zehn Wahlkreise, die wir als sicher für die CDU anse-

hen. Die haben wir das letzte Mal gewonnen. Bei einem Mehrheitswahlrecht hätten wir 20 gewonnen. (*Klepsch*: Vielleicht 14!) Das kann man nicht sagen, vielleicht wären es auch 22. Das ist nach oben und nach unten variabel. (*Unruhe und Bewegung*.) Nehmen wir einmal das statistische Mittel. Wenn wir die Wahlkreise nach korrekten Gesichtspunkten geschnitten hätten, dann hätten wir statt zehn nunmehr 20. (*Anhaltende Unruhe*.) Daran kann gar kein Zweifel bestehen. Man kann natürlich sagen, 22 oder 17. Aber das ist ja eine sinnlose Debatte. (*Kohl*: Es geht um das Wort „korrekt“!) Nun kann man sich nicht auf den Standpunkt stellen, daß in den Gebieten, in denen die CDU dominiert – das gilt für uns, das gilt auch für andere Landesverbände –, man wie bisher im Wahlkreis aufgewachsene und angesehene Kommunalpolitiker oder Verbandspolitiker automatisch aus der Basis des Wahlkreises herausnimmt, sondern man muß das machen, was die Länder, die ein Mehrheitswahlrecht seit langem haben, selbstverständlich tun, daß man nämlich über Bezirke und Länder hinweg eine Personenauswahl trifft.

Das würde konkret bedeuten, daß wir, wenn wir eine doppelt so große Zahl von Wahlkreisen hätten, bereit sein müßten, etwa drei oder vier unserer Parteifreunde aus Hamburg aufzustellen. Das gleiche würde für Niedersachsen und Bremen, für Hessen und Rheinland-Pfalz gelten, ebenfalls auch für Nordrhein-Westfalen. (*Kohl*: Blumenfeld und Prüm!<sup>58</sup> – *Heiterkeit. Unruhe und Bewegung*.) Ach ja, man kann das alles so behandeln, aber Herr Kohl, ich würde es jetzt doch einmal ernst nehmen!

Wenn man diese Konsequenzen nicht bejaht, dann ist das Ganze von vornherein gescheitert. Natürlich rechnet sich jeder aus, was kommt für mich heraus, wie ist es mit der Hausmacht, die man sich aufgebaut hat usw.? Das kennen wir ja alles. Das müssen wir einbeziehen und ernst nehmen, genauso wie man die grundsätzlichen Bedenken ernst nehmen muß. (*Unruhe und Bewegung*.) Wenn wir aber stehenbleiben bei dieser Art der Betrachtung – das hat niemand getan –, dann sollten wir es aufgeben, daran zu glauben, daß hier eine führende politische Kraft in Deutschland reformfähig ist.

Nun muß ich sagen, Herr Kohl, daß ich im Frühsommer, als in der Fraktion und in der Partei die Chancen für das Mehrheitswahlrecht sehr stark abgesunken waren, sehr deutlich festgestellt habe, daß bei den über die Listen und die Bezirke gewählten Kollegen doch eine wachsende Zustimmung für das Mehrheitswahlrecht vorhanden ist, so daß die Ausgangssituation wesentlich günstiger beurteilt werden kann als vor ein paar Monaten. Ich bejahe, daß man alle Gesichtspunkte parteiinterner Art, aber vor allem im Hinblick auf das Zusammengehen mit der SPD, auch mit den Konsequenzen für die Landespolitik, einbeziehen muß. Wir sollten diese Sache wirklich ernsthaft nach den verschiedenen Varianten untersuchen. Wir können jetzt nicht mit Sicherheit sagen, welches Ziel wir erreichen. Natürlich ist das beste, unser Ziel schon im Jahre 1969 zu erreichen. Dann ist allerdings die Situation für die SPD schwierig. Ich glaube, daß von den führenden Sozialdemokraten nur einer – ich habe ihn jedenfalls so verstanden – ernsthaft geneigt ist, für das Jahr 1969 das Ziel anzustreben. Das ist der Fraktionsvorsitzen-

---

<sup>58</sup> Blumenfeld war MdB aus Hamburg, Prüm ist eine Stadt in der Eifel (Rheinland-Pfalz).

de. Was immer man sonst von ihm hält und von seiner Zuverlässigkeit, in diesem Fall habe ich den Eindruck, daß er ernsthaft diesen Weg zumindest erwägt.

*Kiesinger:* Ich muß Sie leider enttäuschen. Er hat klipp und klar erklärt in der Koalitionsrunde, er habe das nur geäußert, um dieses Manöver der CDU abzufangen, daß die CDU einen moralischen Vorsprung gewinne, weil sie die Reform für 1969 verfolgte. (*Anhaltende Unruhe und Bewegung.*)

*Stoltenberg:* Das ist natürlich eine Folge des inneren Kampfes. Wenn es für 1969 nicht erreichbar ist, Herr Bundeskanzler, dann bin ich allerdings etwas abweichend von einigen Äußerungen, die wir hier gehört haben, der Auffassung, daß der Versuch einer verfassungsrechtlichen Festlegung für 1973 dennoch die zweitbeste Lösung ist. Jedenfalls ist es eine Lösung, die wir mit aller Kraft anstrengen müssen, bei der das Problem ist – und das setzt sehr genaue Gespräche in den Fraktionen voraus –, ob wir eine entsprechende Mehrheit dafür bekommen. Ich halte es, vorausgesetzt, daß die SPD-Führung sich hinter dieses Ziel stellt, nicht für ausgeschlossen.

Ich bin der Meinung, daß wir, bevor wir ein Gesetz einbringen, oder offizielle Beschlüsse fassen, die uns endgültig binden, die Führung der SPD in die volle Haftung einbeziehen müssen. Das ist eine klare Voraussetzung. Es darf nicht so sein wie bei den Notstandsvorlagen, daß das Kabinett zustimmt und nachher sich der Koalitionspartner die Freiheit vorbehält, es muß so sein, daß die Führung der Partei und der Fraktion mit ihrem ganzen Prestige auf diese Sache festgelegt ist. Dann müssen Termine, Parteitage usw. entsprechend redigiert werden.

Wenn diese Voraussetzungen in den nächsten Monaten erreichbar sind, dann sollten wir im Frühjahr mit aller Kraft diese Sache anstreben, weil wir im Herbst keine Chance mehr haben; denn dann beginnen taktische Erwägungen; es beginnt die Auswahl der Kandidaten usw. Es taucht auch die Frage der Bundespräsidentenwahl auf, die natürlich bei der Rolle der FDP die ganzen Dinge beeinflussen kann.

*Kiesinger:* Meine Damen und Herren! Ich darf zunächst zum weiteren Ablauf etwas sagen. Wir sollten möglicherweise nach diesem Punkt eine Kleinigkeit essen und dann die Beratungen fortsetzen. Ich möchte ein paar Worte zu der Frage sagen: Stimmung und Haltung in der Fraktion. Es ist ganz klar, daß hier nur ein Erfolg erreicht werden kann, wenn von der politischen Führung der Partei her ein ganz entscheidender Wille, zum Erfolg zu kommen, herrscht. Wenn nämlich das in den Führungsgremien nicht möglich wäre, dann müßten wir natürlich die Geschichte aufgeben. Das ist klar.

Bei einem entschiedenen Durchsetzungswillen räume ich der Chance, nun diejenigen, die es beim alten belassen wollen, herüberzuziehen, doch eine gewisse Realität ein.

*Amrehn:* Aus diesem Grunde würde ich es bedauern, wenn wir auseinandergingen, ohne uns dazu zu erklären. Wenn wir von der SPD eine solche Klärung verlangen, dann müssen wir auch bei uns diese Klärung schon erreicht haben. Alle Bedenken, die heute morgen, und zwar alle zu Recht, vorgetragen worden sind, verdunkeln doch im Grunde das Motiv einer säkularen Entscheidung, wie es heute der Herr Bundeskanzler gesagt hat. Wenn es wahr ist, daß bei der Fortsetzung der Koalition über die nächste Wahl hin-

aus die Wählerkräfte nach links und nach rechts streben und vier oder noch mehr Parteien wieder in den Bundestag einziehen – womit im ganzen unser bisheriges System gefährdet würde –, dann müssen wir auch in den Fraktionen und in den Landesverbänden, aus solchen übergeordneten Gesichtspunkten alle anderen Bedenken zurückstellen.

So ganz aussichtslos ist das bei uns auch nicht, Herr Klepsch, mit den Kandidaten in den südlichen Bezirken Berlins. (*Klepsch*: Wenn feststeht, daß die Leute über das Abgeordnetenhaus ...) Nein, das wollen wir ja gerne ändern. Die Frage, ob die Abgeordneten durch das Abgeordnetenhaus bestellt werden, ist ja nicht von essentieller Bedeutung für die Stellung der Alliierten in Berlin. Eine einfache Mehrheit im Bundestag scheint mir aus dem Grunde dann ausgeschlossen zu sein, weil die Sozialdemokraten eine so wichtige Entscheidung von ihrem Parteitag treffen lassen und die Fraktion einfach daran gebunden ist. Mit einer solchen gebundenen SPD ... (*Kohl*: Das war einmal!) Ich glaube doch, daß in einer Existenzfrage auch für die SPD soviel Disziplin vorhanden ist, daß sie sich hier nicht auf einen schwankenden Weg begeben wird.

Was mir, Herr Bundeskanzler, bei der heutigen Debatte unter dem Gesichtspunkt Ihres Motivs schwer für die eigene Beurteilung geworden ist, ist folgendes: Sie haben in Ihrem Lagebericht gesagt, was wäre wohl in der Deutschlandfrage geworden, wenn sich die SPD mit der FDP im vergangenen Jahr verbündet hätte? Diese Frage stelle ich jetzt auch für das Jahr 1969. Wenn wir doch einen Wechsel für möglich halten und eine Institutionalisierung der Mehrheit der SPD begründet werden könnte, müßte dann nicht die Frage, die Sie gestellt haben, ebenso offen beantwortet werden mit allen ihren Bedenken? (*Kiesinger*: Das ist klar!) Ist diese Antwort vielleicht nicht schon schwererwiegend als das Motiv, das wir für die Einführung des relativen Mehrheitswahlrechts als ausschlaggebend ansehen? Das ist ein Stück der Diskussion, mit dem ich im Innern noch gar nicht fertig bin.

Ich würde nach alledem sagen, wir sollten uns mit den vielen Bedenken, die heute wieder auf den Tisch gelegt worden sind, nicht das Motiv verstellen, das uns überhaupt darüber nachdenken läßt. Und in der Gefahr stehen wir in diesem Augenblick. Aus diesem Grunde würde ich meinen, wenn die Gefahr so groß ist, dann sollten wir die Sache nicht einfach liegenlassen, sondern wir könnten vielleicht den Auftrag schon etwas präzisieren oder eine Meinung des Bundesvorstands heute äußern, die ja nicht allzu bestimmt sein muß, die aber in die Richtung gehen muß.

Als ich neulich gelesen habe, das Präsidium hätte sich dafür entschieden, hatte ich den Eindruck, damit wäre nun für die öffentliche Diskussion bereits eine Bresche geschlagen: Die CDU will das. – Dann kommen alle die taktischen Vorteile dazu, die Herr Kraske vorhin genannt hat; selbst wenn man nicht durchkommt.

*Meyers*: Die taktischen Einwände und Begründungen von Herrn Kraske und Herrn Stoltenberg teile ich völlig. Ich bin nur erstaunt, daß wir immer bei der CDU wieder beim Nullpunkt anfangen. Diese Frage des Wahlrechts ist doch nicht in die Regierungserklärung gekommen durch die Sozialdemokraten oder die Freien Demokraten, sondern durch uns.



Wenn ich nun das nehme, was der Herr Bundeskanzler heute morgen aufgezählt hat, so ist die Mittelfristige Finanzplanung ein mixtum compositum, mit dem nicht viel los ist. Das haben Sie selbst gesagt. Die Sozialrenten sind noch nicht reif zur Entscheidung. Und an der Mitbestimmung wird die CDU voraussichtlich zerbrechen, wenn wir das nicht ganz behutsam machen. Also das muß die Zeit machen. Das Erziehungs- und Bildungswesen ist so kompliziert, insbesondere weil es mit den Ländern abgesprochen werden muß, daß wir bis zum Ende der Legislaturperiode keine großen Erfolge mehr werden erringen können. Der Leber-Plan geht nicht auf unsere, sondern auf die andere Seite als Positivum. Mit dem bäuerlichen Familienbetrieb wollen wir uns demnächst befassen. (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*) Das einzige, was überhaupt hier noch bleibt, ist das Wahlrecht. Das Wahlrecht ist eine Frage, die wir angefaßt haben. Wir hätten sie ja nicht anzufassen brauchen. Wir haben sie aber angefaßt, weil wir der Überzeugung sind, es ist das richtige für unsere Demokratie. Ich stimme hier mit Professor Hermens<sup>59</sup> überein, der in seinem leider vergriffenen Buch geschrieben hat, daß hier die Frage der Demokratie oder Anarchie entschieden wird. Und wenn es so weitergeht, dann fällt die 5%-Klausel, dann kommt der Einerwahlkreis, dann haben wir nachher das muntere Durcheinander der Parteien wie in der Weimarer Republik, das jetzt schon richtig wuchert, wobei die Linke durch mehrere Parteien dargestellt wird und die Rechte demnächst auch.

Ich bin also der Meinung, wir müssen das tun. Wir müssen die Frage anpacken, und zwar klar von oben. Wir dürfen nicht wieder von uns aus anfangen, die Zweifel der ersten Stunden aufzuraffen. Daß eine klare Meinung möglich ist, hat der Rheinische Parteitag gezeigt. Herr Lücke hat richtig berichtet von seinem Kreis. Das ist mir auch so berichtet worden. Ich war nicht dabei, weil ich selbst einen Arbeitskreis hatte. Aber im Plenum – ich habe damals präsiert – war es außerordentlich schwierig, das Wort „möglichst“ noch in den Beschluß hineinzubringen, weil die überwältigende Mehrheit sagte, wir wollen schon 1969 das Mehrheitswahlrecht haben. Wir wollen nicht in einen Konflikt treten zur politischen Führung der Bundespartei oder der Bundesregierung. Deswegen haben wir das „möglichst“ noch mit viel Mühe hineingebracht. Insofern ist es nicht so, daß unten keine Bereitschaft wäre. Wir müssen uns natürlich so teuer wie möglich verkaufen.

Wir sollten das nicht tun mit Antithesen oder mit der Verhinderung der NPD, der DFU usw. im Bundestag, sondern wir wollen es tun zur Stützung der Demokratie, die auch entscheidungsfähig ist.

Mein Bedenken setzt ein, ob nicht mit einem Übergangswahlrecht, Herr Bundeskanzler, die Geschichte so wird, daß man sagt: Aha, für 1973 haben sie die anderen doch, die NPD usw., hinausmanipuliert, die jetzt hereingekommen sind. – Nun ist die Frage, kann man das nicht der Führung der SPD klarmachen, daß das für beide ein großer propagandistischer Nachteil ist; denn sonst kommt die Reaktion, und die Leute sa-

---

<sup>59</sup> Vgl. Anm. 37. Gemeint ist das 1951 erschienene Buch „Demokratie oder Anarchie“.

gen: Jetzt wählen wir gerade die NPD. Das wollen wir doch denen mal zeigen, ob die an der Macht bleiben können mit solchen Tricks.

Danach würde das ganze Wahlrecht – das ich für eine entscheidende Frage in unserem Staate halte – zum Trick und zur Manipulation. Und das zeigt sich erst recht bei Wahlen, wenn geschickte Leute – die FDP und auch die SPD machen es – das auch noch demagogisch ausnutzen. Deshalb bin ich der Ansicht, wir sollten von hier aus eine klare Führung in dieser Frage nach unten ausstrahlen. Wir sollten auch die richtigen Argumente durch die Bundesgeschäftsstelle unseren Leuten an die Hand geben, indem wir die positiven Elemente zum Ausdruck bringen. Negative Aspekte sollten wir nicht bringen. Daß die Abgeordneten dabei natürlich ihre Vorteile oder ihre Nachteile sehen, ist ganz klar. (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*) Wenn die politische Führung dieser Ansicht ist, dann haben sich die Abgeordneten auch danach zu richten! Wenn jedenfalls in meiner Kreispartei ein Abgeordneter gegen eine solch lebenswichtige Frage der Demokratie abstimmen würde, dann ist es sicher, daß er nicht mehr aufgestellt wird, weil ich das für einen Schaden an unserem Staate halte. Ich brauche mich bloß auf die vielen Schriften von Herrn Hermens zu beziehen. Hier sehen Sie, wie wichtig diese Frage ist. Wir sollten hier zumindest in der Grundsatzfrage zu einer klaren Entscheidung kommen; denn sonst hängen alle unsere Arbeiten im luftleeren Raum, wenn nämlich der Herr Dufhues mit seiner Kommission und der Herr Lücke mit seinem Ministerium erwarten müßten, daß demnächst der Bundesvorstand sagt: Nein, wir wollen das gar nicht. – Ich bin der Ansicht, hier entscheiden wir über die Zukunft unseres Staates. (*Unruhe und Bewegung.*)

*Heck:* Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich bin froh, daß darauf hingewiesen worden ist, daß hier nicht neu zu entscheiden ist. Wenn wir hier eine Entscheidung fällen würden, müßten wir hier revidieren. Programmatisch hat sich die Christlich-Demokratische Union in ihrem Hamburger Programm für das Mehrheitswahlrecht ausgesprochen.<sup>60</sup> Vor der Regierungserklärung haben dieser Politik zugestimmt der Bundesvorstand und der Parteiausschuß, der Fraktionsvorstand und die Fraktion. Also, die Frage ist grundsätzlich entschieden.

Nun kommt eine sehr wichtige Sache. Wir sind in der Sache angetreten mit Argumenten, wo es wirklich um die Sicherung der Existenz der Demokratie in Deutschland geht. Es besteht eine Riesengefahr, denn wenn die Sache sich auflösen sollte, dann geschähe das für die Öffentlichkeit in der Weise, daß eben die Abgeordneten dieser Partei aus parteitaktischen Gründen sich zu kleinkariert verhalten hätten. Deswegen warne ich dringend davor.

Mir war es hochinteressant, wie sensibel die Herren Wehner und Schmidt reagiert haben, weil sie glaubten, sie könnten in der Öffentlichkeit sagen, sie hätten eigentlich nur taktiert. Ich gestehe offen, ich bin mir nicht ganz sicher, wer und in welchem Umfang hier wirklich taktiert hat; denn wenn ich mich an die Verhandlungen zurückerinnere, so war eigentlich bei den CDU-Mitgliedern der Verhandlungskommission nur eine

---

<sup>60</sup> Vgl. CDU, 4. BUNDESPARTEITAG S. 250.

einzigste Meinung: Diese Koalition kommt überhaupt nur in Frage, wenn das Wahlrecht vereinbart wird.

Die Sozialdemokraten mußten der Überzeugung sein, daß sie, wenn sie hier prinzipiell widersprechen, die Verhandlungen eventuell dann zerbrechen könnten. Sie haben deswegen hier mit einer Formulierung, die ihnen die Freiheit ihres Parteitags noch beläßt, ein Zugeständnis gemacht. Ich bin in der letzten Zeit ziemlich viel in der Bundespartei herumgekommen. Ich war im Rheinland, in Bremen, in Dortmund, in Berlin, in Baden-Württemberg. Ich kann Ihnen nur eines sagen, bei unseren Mitgliedern und bei denen, die die Partei draußen im Lande tragen, gibt es eigentlich mehr und mehr nur noch eine Meinung – mit der Einschränkung bei Bremen, aber auch in Bremen gibt es jetzt Stimmen, die für das Mehrheitswahlrecht votieren –, nämlich das Mehrheitswahlrecht, wenn möglich, schon für 1969 zu schaffen.

Wir müssen nun aufgrund der Terminplanung vorsehen, daß wir die nächste Bundesvorstandssitzung in der zweiten Hälfte des Monats Januar machen. Diese Sitzung müssen wir ausschließlich dem Thema „Wahlrechtsänderung“ aus folgendem Grund widmen: Wenn wir das Mehrheitswahlrecht einführen, müssen wir einige Bestimmungen unserer Verfassung neu überlegen, so z. B. ob es noch einen Sinn hat, das konstruktive Mißtrauensvotum aufrechtzuerhalten, wenn man das Mehrheitswahlrecht eingeführt hat.

Ich möchte bitten, daß sich darüber auch die Kommission Gedanken macht. Wir sollten also die Probleme, die sich für andere Verfassungsbestimmungen durch die Einführung des Mehrheitswahlrechts ergeben, in der Sitzung in der zweiten Hälfte des Monats Januar mitbedenken. Wir können dann das Thema „Erziehungs- und Bildungswesen“ in der übernächsten Sitzung behandeln.

*Kiesinger:* Die Rednerliste ist erschöpft. Wir gehen ja davon aus, daß die CDU die Einführung des relativen Mehrheitswahlrechts will. Das ist ja eine alte Sache. Herr Heck hat schon gesagt, wenn wir jetzt den Grundsatz anders gestalten, wäre das eine Revision. Trotzdem halte ich die Diskussion, die wir heute gehabt haben, für gut und fruchtbar; denn sie hat uns doch auf eine Menge von Gesichtspunkten hingewiesen. Sie hat vor allem gezeigt, wie wichtig es ist, daß wir alle Kräfte daransetzen, um eine Reform des Wahlrechts schon für das Jahr 1969 zu erreichen.

Ich bin nicht ganz Ihrer Meinung, Herr Kohl, in der Frage des Scheiterns. Es gibt Dinge in der Politik, für die man sich einsetzen kann, auch im Blick auf ein mögliches Scheitern, ohne daß man deswegen zu fürchten braucht, daß man dadurch an politischem Prestige verliert. (*Kohl:* Wenn man selber geschützt ist.) Man muß es nur richtig tun. Darauf kommt es an.

Wir werden also jetzt so verfahren: Unsere Kommission wird ihre Arbeit abschließen. Wir werden innerhalb der Koalition einmal ausleuchten, wieweit man dort zu gehen bereit ist. Was die Fraktion angeht, so haben Sie sicher recht, die Fraktion hat nicht beschlossen, daß es eingeführt wird, sondern die Fraktion hat wie die SPD-Fraktion vorbehaltend zur Kenntnis genommen, daß diejenigen, die für die Bildung der Koalition verhandelt haben, sich das vorgenommen haben, immer aber im Hintergrund mit

der grundsätzlichen Haltung der Partei, die zum erstenmal formell auf dem Hamburger Parteitag sich zum Prinzip des relativen Mehrheitswahlrechts bekannt hat.

Wir werden also so vorgehen. Ich danke allen, die zur Diskussion beigetragen haben. Es sind dabei eine ganze Reihe von Gesichtspunkten deutlicher geworden, als es vorher der Fall war. Ich darf nunmehr vorschlagen, daß wir jetzt einen kleinen Imbiß zu uns nehmen.

*Unterbrechung der Sitzung von 13.30 bis 14.00 Uhr.*

*Kiesinger:* Meine Damen und Herren! Ich muß mich nachher entschuldigen, denn ich muß in den Bundesverteidigungsrat, der für heute nachmittag angesetzt ist. Wir haben übermorgen im Bundestag die Verteidigungsdebatte. Und wenn irgendetwas ein heikler Punkt ist, dann ist es dieser. Deshalb bitte ich Sie, mich zu entschuldigen. (*Unruhe und Bewegung.*)

#### NACHFOLGE IM AMT DES BUNDESSCHATZMEISTERS

Ich würde nun bitten, zum Punkt 2: Nachfolge im Amt des Bundesschatzmeisters heute nicht zu diskutieren, sondern das Präsidium soll sich mit der Frage befassen. Wenn wir heute mit einer Personaldebatte anfangen, dann kommen wir ins Endlose. Wir bereiten es im Präsidium vor, und dann kommt die Sache an den Bundesvorstand. Sind Sie einverstanden mit diesem Verfahren? (*Zustimmung.*) Dann würde ich bitten, jetzt den Punkt 5 der Tagesordnung: Bundesparteitag 1968 vorzuziehen.

#### BUNDESPARTEITAG 1968

Hier hat das Präsidium – ich war nicht dabei – Berlin in Aussicht genommen. Ich würde sagen, das müssen wir uns sehr genau überlegen. Das muß unter allen Gesichtspunkten geprüft werden. Daß ich Berlin ins Herz geschlossen habe, wissen Sie, Herr Amrehn. Nur daß wir den Parteitag nach Berlin legen, müssen wir uns genau überlegen. Ich bin nicht dagegen. Es hat mich so ein bißchen überrannt dieser Beschluß. Im Augenblick habe ich keine rechte Vorstellung davon, wie sich der Parteitag 1968 in Berlin in einer Situation, die wir nicht recht voraussehen können, für die Bundestagswahl auswirken wird. Ich bitte Sie also, darüber noch eingehend zu diskutieren. Ich frage noch, muß heute darüber ein Beschluß gefaßt werden?

*Heck:* Es ist insoweit wichtig, weil wir in Berlin einen Kongreß zeitlich weit voraus festlegen müssen. Wir sind eigentlich durch Ihre Rede in Berlin etwas inspiriert worden in dieser Richtung. Für Berlin selber – ich war lange nicht dort – habe ich doch den Eindruck, daß nicht nur die Stadt, sondern auch unsere Freunde die Partei wirklich eine große Unterstützung und alles, was die Moral der Stadt festigen und kräftigen kann, dringend gebrauchen.

Wir haben das nicht leichtfertig beschlossen, sondern wir haben auch bedacht, daß hier natürlich politische Sorgen, Bedenken und Überlegungen mit im Spiele sein können.

*Kiesinger:* Ich bin ja nicht dagegen, sondern das muß man sich sehr genau überlegen.

*Fay:* Herr Bundeskanzler, ich weiß nicht, ob das Schreiben des Kreisvorsitzenden von Wiesbaden vom 17. November im Präsidium vorgelegen hat, als es diese Entscheidung traf.<sup>61</sup> (*Heck:* Hat vorgelegen!)

*Kraske:* Ich möchte noch auf einen Gesichtspunkt aufmerksam machen, der hier ins Gewicht fällt. Im Landesverband Berlin ist seit etwa acht Jahren in Aussicht gestellt worden, daß ein Parteitag in Berlin stattfände. Diese Zusage ist mehrfach, auch in diesem Kreis, wiederholt worden. Nur hat der frühere Parteivorsitzende jeweils vor der Beschlußfassung doch dann sehr dringend davon abgeraten. Ich glaube also, daß unser Berliner Landesverband ein wenig im Wort ist.

Daß eine zweite Bewerbung des Landesverbandes Hessen, und zwar der Kreispartei Wiesbaden, vorliegt, ist klar, ich muß allerdings dazu sagen, daß wir in früheren Fällen dem Landesverband Hessen angeboten haben, dort einen Parteitag zu machen, daß er es aber nicht aufgegriffen hat. Es handelt sich hierbei also um eine relativ späte Kandidatur, die man aber zwischen heute und 1969 bei einer anderen Gelegenheit vor der Bundestagswahl mitberücksichtigen könnte. (*Fay:* Es handelt sich um eine Bewerbung des Kreisverbandes Wiesbaden.)

*Schmücker:* Herr Bundeskanzler, ich weiß nicht, ob der Vorschlag des Präsidiums unter den Journalisten schon besprochen worden ist. Wenn dieser Vorschlag nach draußen gekommen ist, werden wir wohl oder übel Stellung nehmen müssen. Wir können nach meiner Meinung nur dann vertagen, wenn wir die Sicherheit haben, daß darüber nicht berichtet wird. Wenn wir die Sache vertagen, weil der Parteitag in Berlin stattfinden soll, dann sieht das doch nach Zurückweisung aus. Ich bin deswegen dafür, wir beschließen, daß wir nach Berlin gehen. Wir müssen die Möglichkeiten der Demonstration, die wir noch haben, ausnutzen. Ich würde also für Berlin plädieren.

*Klepsch:* Herr Bundeskanzler, ich möchte nur sagen, es ist natürlich eines richtig, in Berlin findet auch noch etwas auf der Bundesebene statt, vor allen Dingen im politischen Raum, z. B. was der Herr Schütz sagt. Von daher gesehen, wäre es außerordentlich wirksam. Auf der anderen Seite hätte ich aber doch zwei Bedenken, die wir einbeziehen sollten. Es wird auf alle Fälle sehr viel teurer, wenn wir nach Berlin gehen. Das ist ein Punkt. Zweitens müßten wir auch die taktischen Gesichtspunkte berücksichtigen, auch hinsichtlich der Gruppen. (*Anhaltende starke Unruhe.*)

*Kiesinger:* Es könnte auch sein, daß diese Gruppen in Berlin die Gelegenheit benutzen würden, um mit aller Wucht gegen uns zu wirken. (*Heck:* Das muß man bestehen!) Ja, das muß man bestehen, ist gut, nur ist die Frage, ob man sich das unnötigerweise aufladen soll? Es könnte sein, daß das Schlagzeilen in der Presse macht: Krawalle ge-

---

61 Wilhelm Dyckerhoff, Vorsitzender des KV Wiesbaden, bat in einem Brief vom 15. November 1967 Bruno Heck, den Parteitag nach Wiesbaden zu legen. Wilhelm Fay teilte Dyckerhoff am 7. Dezember 1967 mit, daß die Entscheidung zugunsten von Berlin gefallen sei, vgl. ACDP 02-111 AO 020.

gen den CDU-Parteitag, daß also das gesagt wird und nicht das, was auf dem Parteitag geschieht. Ich stelle die Frage.

*Amrehn:* Zur Frage des Geldes! Vielleicht wird es etwas teurer. Ich weiß aber nicht, wieviel das ausmacht. Das wäre aber in keine Beziehung zu setzen mit der ungeheuren politischen Wirkung, die ich jetzt gar nicht so sehr für Berlin intern sehe, natürlich auch, aber ich sehe sie nach drüben und auch im Hinblick auf die Bundestagswahl im Jahre 1969.

Auch die Sozialdemokraten sind über ein Jahrzehnt und wir seit 15 Jahren nicht mehr mit dem Parteitag nach Berlin gegangen.<sup>62</sup> Daß Berlin in der gegenwärtigen Diskussion unbestreitbar eine weite Strahlung hätte auch auf den Wähler, das scheint mir unwiderleglich zu sein.

Etwas schwieriger wird es schon mit dem Zeitpunkt. Wir müssen den zuerst wissen, damit wir dann auch die Räume sicherstellen können. Das spielt auch eine wichtige Rolle, weil in bestimmten Perioden die Kongreßhalle nicht zur Verfügung steht.

Das Dritte ist – hier stimme ich dem Freund Kohl zu –, daß wir vor den randalierenden Gruppen überhaupt keine Sorge zu haben brauchen. Herr Stoltenberg kann bezeugen, daß wir in der letzten Woche allein mit der Jungen Union – 400 Mann – im Auditorium Maximum der Freien Universität Berlin eine Veranstaltung mit 1.300 Leuten zur Universitätsauswahl durchgeführt haben, die nahezu reibungslos, wenn auch mit etwas Lautstärke, zu Ende geführt worden ist, weil wir eben für Ordnung gesorgt haben.<sup>63</sup> Das gilt erst recht für den Parteitag.

Ich habe den Herrn Bundeskanzler so verstanden, als dächte er an die letzte Zusammenkunft des Bundestags in der Kongreßhalle, wo ein paar russische Düsenjäger und ein paar Hubschrauber gekommen sind.<sup>64</sup> Ich sage mir, Herr Bundeskanzler, wenn das der Fall sein sollte, dann hat die CDU damit eine ganze Menge Auftrieb im deutschen Volk, daß sie bei einer solchen Situation nach Berlin geht. Wir dürfen vor solchen Sorgen auch nicht zurückweichen, weil ja der Bundestag selbst immer dorthin geht. Deshalb braucht der Bundesparteitag der CDU diese Rücksichten nicht zu nehmen.

Ich glaube, es würde wenig geben, abgesehen von den unmittelbaren Fragen der Sozialversicherung, die im Wahlkampf eine Rolle spielen, was uns in der Deutschlandfrage im gesamten Bewußtsein einen solchen Auftrieb verschaffen könnte. Es soll ja praktisch der Wahlkampf damit eingeleitet werden.

*Kohl:* Ich würde einfach für Berlin plädieren schon aus der Solidarität heraus. Was Sie, Herr Kollege Amrehn, zum Schluß gesagt haben, scheint mir allerdings kein überzeugendes Argument zu sein; wir sollten diesen Parteitag auch nicht überbewerten, daß

---

62 Parteitag am 17.–19. Oktober 1952.

63 Die Veranstaltung des RCDS fand am 1. Dezember 1967 in der FU Berlin statt, vgl. UiD Nr. 10 vom 7. Dezember 1967 S. 4.

64 Am 7. April 1965 war nach 6½ Jahren der Bundestag erstmals wieder in Berlin zusammengetreten. Während der Sitzung rasten sowjetische Düsenjäger über die Kongreßhalle. Vgl. Sten.Ber. 5. WP 178. Sitzung S. 8945–8985. Vgl. auch „Welt“ vom 8. April 1965.

er in der Bundesrepublik eine solche Resonanz haben wird, weil wir nach Berlin gegangen sind.

Aber wir waren doch, wenn ich mich nicht täusche, Anfang der fünfziger Jahre in Berlin. (*Amrehn*: 1952.) Das scheint mir ein Argument zu sein, daß unsere Partei und auch die Bevölkerung der Stadt es bitter nötig haben, wieder einmal die Präsenz der Bundespartei zu erfahren. Ich habe noch etwas! Wenn wir einen anderen Saal bekommen könnten als die Kongreßhalle, dann würde ich das für besser halten. Für den Parteitag halte ich die Kongreßhalle, so wie sie gebaut ist und wie die Stühle dort sind, der CDU nicht gerade für sehr dynamisch. Diese Stühle oder Sitze in ihrem Kammerstil reizen zur Faulheit. Stellen Sie sich doch vor, da kommen die Delegierten Meyer und Müller aus der Bundesrepublik nach Berlin. Die gehen dann abends aus und machen einen drauf. Am anderen Tage sitzen sie dann in diesen weichen Stühlen. Das gibt doch keine richtige Stimmung. Das müssen Sie ganz nüchtern sehen. Es gibt jedenfalls keine Parteitagsstimmung im üblichen Sinne. Es mag etwas anderes sein bei Kirchengremien. (*Bewegung und Heiterkeit*.) Dann sind diese Stühle gefordert, aber nicht bei einem Parteitag. (*Von Hassel*: Sind Sie noch in der Jungen Union?) Nein, ich war als Gast dort.<sup>65</sup> Nach der schleswig-holsteinischen Satzung wäre ich noch drin, nach der rheinland-pfälzischen nicht.<sup>66</sup>

*Stingl*: Wir haben in Berlin nicht nur die Kongreßhalle, sondern es gibt noch andere Säle. Wir sind 15 Jahre nicht mehr in Berlin gewesen. Das ist eine viel zu lange Zeit. (*Anhaltende starke Unruhe*.) Ich bin davon überzeugt, ein Parteitag in Berlin ist ein Grund dafür, daß wir viele Leute allein schon durch dieses äußere Zeichen an uns heranziehen können.

*Von Weizsäcker*: Ich habe in der Zeitung gelesen, daß das im Präsidium erwogen worden wäre. (*Amrehn*: Es ist so gelaufen: Ich habe es auf dem Deutschlandtag der Jungen Union vorgeschlagen, und das sollte erörtert werden. So ist auch in etwa die Meldung zu lesen.) Es ist nur so, daß derjenige, der es nicht genau liest, in seinem Hinterkopf verankert, das ist bei der CDU erwogen worden. (*Lebhafte Bewegung und Heiterkeit*.) Und dann ist es sehr schwer, wieder davon herunterzukommen. (*Anhaltende Unruhe*.) Ich glaube, die Wirkung auf die Bundesrepublik ist weniger durch das Faktum des Bundesparteitags sehr groß; sie kann aber groß sein, je nach dem, welcher Inhalt in den Beschlüssen liegt, die sich dann mit dem Namen dieser Stadt verbinden.

Es ist ein nicht unbeachtliches Risiko, wenn wir nicht von vornherein sagen, wir werden eine wunderbare Deutschlandpolitik machen, und deswegen auf nach Berlin!

---

65 Der Deutschlandtag der Jungen Union fand vom 17.–19. November 1967 in Berlin statt. Vgl. dazu auch Bundessekretariat der Jungen Union Deutschlands (Hg.): Beschlüsse des Deutschlandtages 1967 der Jungen Union Deutschlands. Bonn o. J.

66 Die Satzung von 1965 (vgl. Taschenkalender der JU für 1968 S. 87) nennt in § 2 Absatz (1) Satz 2 ein Höchstalter von 35 Jahren, um Mitglied zu werden. Bestehende Mitgliedschaften erlöschen spätestens mit Vollendung des 40. Lebensjahres, Absatz (3). Absatz (3) wurde in der Satzung, die zum 1. Januar 1970 in Kraft trat gestrichen zugunsten einer Neuformulierung des § 2, wonach bestehende Mitgliedschaften jenseits des 35. Lebensjahres bei Amtsträgern in der JU mit dem Ablauf der Amtszeit erlöschen.

Aber die Möglichkeit, mit diesem Namen eine Wirkung vom inhaltlichen Gewicht her zu erzielen, halte ich doch für beachtlich.

Ich würde also für Berlin plädieren. Wir sollten darüber einen Beschluß fallen, weil die Öffentlichkeit an den Erwägungen lebhaft beteiligt ist im Sinne Berlins.

*Kiesinger:* Ich nehme diese Frage der radikalen Gruppen doch etwas ernster als Sie. Wenn diese die Gelegenheit dazu benutzen wollen, um mit Massen vorzugehen wie beim Schah<sup>67</sup>, dann besteht doch die Gefahr, daß diese Ereignisse den ganzen Parteitag in der Publizistik überschatten. Ich sage das nicht, weil ich Angst habe, aber man muß sich klarmachen, was passieren kann.

Man ist beim Schah-Besuch auch nicht fertig geworden. Wie sich das weiter entwickelt, weiß ich nicht. Für diese Gruppen ist es doch eine Chance, ihre Anstrengungen darauf zu konzentrieren. Das kann schon mal gutgehen, Herr Kollege Stoltenberg, wenn Sie in der Freien Universität einen solchen Abend durchstehen, aber wenn die ihre Bataillone sammeln, dann muß man mindestens vorher das durchgedacht haben.

*Gerstenmaier:* Meine Damen und Herren! Als neulich im Präsidium davon geredet wurde – und in der Öffentlichkeit habe ich noch nichts davon gehört –, (*Zurufe:* Doch!) habe ich jedenfalls keine Bedenken dagegen angemeldet. Zu dem, was der Herr Bundeskanzler hier gesagt hat, kann ich nur sagen, wenn damit gerechnet werden muß, dann bin ich dafür, nach Berlin zu gehen, um sich dieser Gesellschaft zu stellen.

Ich halte nichts davon, in Anbetracht dieser Geschichten auch nur einen halben Schritt zurückzugehen. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Ich würde eher noch einen Schritt vorgehen! (*Beifall.*) Deshalb ist die Befürchtung des Herrn Bundeskanzlers für mich ein Grund, nun für Berlin zu plädieren.

*Kiesinger:* Das ist zwar ganz tapfer gesprochen, bloß nicht wir haben die Sache zu bestehen, sondern die Polizei Berlins in einem ernsthaften Fall. Wir müssen uns doch die Dinge für den schlimmen Fall vorstellen. Wir müssen uns vorstellen, daß diese Gruppen en masse in Erscheinung treten, daß sie lange vorbereitet sind und sagen, das ist nun eine günstige Gelegenheit.

Wieviel Unterstützung erwarten Sie sich von der Berliner Polizei? (*Unruhe und Bewegung.* – *Fricke:* Wasserwerfer!)

*Amrehn:* Herr Bundeskanzler! Sie bauschen jetzt eine Gefahr auf, die von heute aus gesehen gar nicht so groß ist. Wenn es 1.000 Randalierer sind – mehr waren es beim Schah auch nicht, mehr waren es auch beim Kurras-Prozeß<sup>68</sup> nicht –, dann ist das schon die obere Grenze für das, was sich überhaupt mobilisieren läßt. (*Gerstenmaier:* 4.000 bis 6.000 hat der Herr Dutschke<sup>69</sup> gesagt. – *Unruhe und Bewegung.*) Hat er gesagt, aber die hat er ja nicht. Wir haben neulich eine Veranstaltung gemacht. Herr Stoltenberg hat

67 Beim Berlin-Besuch von Mohammed Reza Pahlewi (1919–1980, 1941–1979 Schah von Persien) kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen „Jubelpersern“ und Demonstranten. Dabei wurde der Student Benno Ohnesorg von einem Polizisten erschossen.

68 Vgl. Anm. 67. Der Prozeß gegen den Polizisten Karl-Heinz Kurras endete mit einem Freispruch.

69 Vgl. Anm. 47.



1.500 Leute in seiner Versammlung gehabt. Darunter waren 400 Leute von der Jungen Union. Der SDS hat vielleicht knapp 400 Leute dort gehabt. Ich gehe mal von 1.000 aus. Aber damit werden wir schon alleine fertig. Damit wird erst recht die Polizei fertig. Ich gehe gar nicht davon aus, daß sich eine Aktion gegen den Bundesparteitag der CDU richten würde; die haben doch ganz andere Zielvorstellungen und Gegenstände ihres Protestes. Wenn man da überhaupt einen suchen könnte, dann wäre es doch ein SPD-Parteitag. Bei uns glaube ich das nicht. (*Anhaltende starke Unruhe.*)

*Kiesinger:* Ich sage noch einmal, ich bin der Letzte, der Furcht hat, sich zu stellen, aber einem Mob kann man sich nicht stellen. Ich fürchte, daß, wenn Tumulte gemacht werden in Berlin, diese große Schlagzeilen bekommen und den ganzen Bundesparteitag zudecken werden. Das sind meine Sorgen. (*Kohl:* Aber die Reaktion der Bürger wäre hier nicht negativ.)

*Stoltenberg:* Ich glaube, daß die Argumente doch dafür sprechen, daß wir uns entscheiden sollten, nach Berlin zu gehen, auch wenn man die Gefahr höher veranschlagt, was ich nicht in einem sehr starken Maße tun würde. Das Wintersemester fängt am 15. Oktober an. Wenn wir also aus einem anderen Grund vor dem 15. Oktober dort hingehen wollen, dann sind 80 % der potentiellen Radaubröder in der Bundesrepublik, so daß in der Zeit das Problem sowieso nicht besteht. Aber selbst dann, wenn wir nach dem 15. Oktober nach Berlin gehen, würde ich das Risiko eingehen. (*Klepsch:* Die Argumentation entwertet alles, was bisher gesagt wurde. – *Unruhe.*) Ach, Herr Klepsch, lassen wir doch endlich einmal leidenschaftslos darüber reden! Es hat doch keinen Sinn. Wenn hier Bedenken laut geworden sind, muß man doch die objektive Situation sehen. (*Anhaltende Unruhe.*)

*Gerstenmaier:* Wir können erst in der zweiten Hälfte des Monats Oktober dahingehen.

*Fay:* Ich habe Wiesbaden vorgeschlagen. Ich würde Wiesbaden empfehlen, wenn es sich um einen anderen Landesverband als gerade Berlin handelte. Wir waren aber 15 Jahre nicht in Berlin. Deswegen haben wir schon einen moralischen Grund, nach Berlin zu gehen. Ich warne aber dringend davor, die Universitätsferien maßgeblich sein zu lassen für den Termin unseres Parteitags. Der Herr Dutschke ist Berufsstudent. (*Zuruf:* Er ist in Amerika!) Sollte es Krawall geben, Herr Bundeskanzler, dann wären doch unsere Wähler verstärkt auf unserer Seite. (*Zuruf:* Alle!) Angst vor Krawallen sollten wir nicht haben; denn wenn Sie wollen, liefere ich Ihnen in Wiesbaden auch 1.000 Randalierer. Das ist gar kein Problem. Das können Sie in Wiesbaden und in Berlin haben.

*Kiesinger:* Ich habe die Sache vorgetragen, weil ich mich zu denjenigen zähle, die sich auch heute noch darüber klar sind, was das in unserem Verhältnis zu Berlin ausmacht. (*Anhaltende Unruhe.*) Ich habe gestern einen Bericht von einem führenden deutschen Wirtschaftler bekommen<sup>70</sup>, der unmittelbar vom Schah kam und sagte, die Beziehungen dieses Weltunternehmens dorthin seien unterbrochen, und zwar aus diesem Grund. (*Unruhe und Bewegung.*) Die Berliner Polizei hat sich doch diesen Randalierern

---

70 Bericht nicht zu ermitteln.

gegenüber als völlig hilflos erwiesen. Ich gebe zu, daß man es auch so sehen kann, daß man sagt: Gut, dann mag die sachliche Arbeit des Parteitags zugedeckt werden, aber was die Sympathie der Wähler anlangt, wird sich das zugunsten der CDU auswirken. – Wenn man das als einen Erfolg des Parteitags will, dann kann man es natürlich so machen.

Ich habe das nur gesagt, damit wir wissen, daß auch dieses Risiko drin ist. Alles andere spricht natürlich dafür, den Parteitag in Berlin abzuhalten. Das ist ganz klar. Es ist nur dieser eine Gesichtspunkt; und ich wollte als Parteivorsitzender nicht versäumt haben, unsere Aufmerksamkeit auf diese Möglichkeit hinzuweisen, damit uns nicht jemand sagen kann, ihr seid blind da hineingestürzt.

Es scheint also – so darf ich wohl die Meinung des Parteivorstands interpretieren – die Meinung zu bestehen, den Parteitag im Herbst 1968 in Berlin abzuhalten. – Kein Widerspruch! (*Amrhein*: Wir müssen den genauen Zeitpunkt festlegen.) Das können wir noch nicht. Wir können nur Herbst sagen. Die Berliner müssen ja jetzt einmal sehen, wie sie es machen. (*Anhaltende Unruhe*. – *Gerstenmaier*: Nur in der zweiten Oktoberhälfte geht es, und zwar aus zwingenden Gründen des Bundestags.)

*Fay*: Eine kurze Bemerkung zum Zeitpunkt! In Bayern, Hessen und in noch einem Bundesland sind Kommunalwahlen. Bei uns sind sie spätestens am 28. Oktober. Wahrscheinlich wird eine Einigung dieser drei Länder auf den 20. Oktober erfolgen.<sup>71</sup>

*Kiesinger*: Wir machen es so, daß wir den Zeitpunkt abklären, und zwar einmal mit unseren Berliner Freunden wegen der Räumlichkeiten, zum anderen im Hinblick auf diese Kommunalwahlen. (*Heck*: Das kann bis zur nächsten Sitzung vorbereitet werden.) Dann darf ich den Herrn Generalsekretär nunmehr bitten, die Sitzung zu Ende zu führen. (*Anhaltende starke Unruhe*.)

#### VERFAHREN BEI DER BERUFUNG DER BUNDESFACHAUSSCHÜSSE

*Heck*: Wir kommen zum Punkt 3 der Tagesordnung: Verfahren bei der Berufung der Bundesfachausschüsse. Der Vorgang ist folgender: Nach dem Statut und nach der Geschäftsordnung ist es Aufgabe des Bundesvorstands, die Ausschüsse zu berufen. Das ist zu dem Zeitpunkt, als wir noch einen Geschäftsführenden Vorsitzenden hatten unter unserem Freund Dufhues, folgendermaßen vom Vorstand geregelt worden: Der Vorstand hat dieses Recht auf das Präsidium delegiert. Das Präsidium hat dieses Recht und diese Aufgabe auf den Geschäftsführenden Vorsitzenden delegiert, weil es außerordentlich schwer praktikabel ist, Ausschußmitglieder durch den Vorstand zu berufen.

71 29. September 1968 Kommunalwahlen in Niedersachsen (SPD 41,7%, CDU 38,9%, FDP 9,2%, NPD 5,2%, BHE 1,4%, UWG 1,2%), vgl. AdG 1968 S. 14220; 20. Oktober: Kommunalwahlen in Hessen (SPD 49,9%, CDU 29,7%, FDP 10,4%, NPD 5,2%, BHE 2,5%), Kommunalwahlen in Baden-Württemberg (SPD 40,5%, CDU 32,5%, FDP 12%, NPD 3,7%) und im Saarland (CDU 39,8%, SPD 37,4%, FDP 8,5%, NPD 5,2%, FWG 4,2%), vgl. AdG 1968 S. 14266 f. In Bayern fanden 1968 keine Kommunalwahlen statt.

Ich habe dieses Verfahren und diese Gepflogenheit vorgefunden und bin in der Weise auch verfahren, nur mit dem Unterschied, daß ich das Präsidium an der Entscheidung beteiligt habe, d. h. ich habe den Vorschlag, den ich mit Herrn Kraske ausgearbeitet hatte, nach Rücksprache mit den Herren Etzel und Schmücker den Mitgliedern des Präsidiums zugesandt und gebeten, falls sie Änderungswünsche hätten, sie vorzutragen. Danach habe ich von mir aus die Berufung durchgeführt.

Gegen dieses Verfahren hat der Freund Schmücker Einspruch erhoben mit dem richtigen Hinweis, daß dieser Vorstand einen solchen Beschluß nicht gefaßt habe. Um was es also heute geht, ist, der Vorstand soll darüber entscheiden, ob künftig so verfahren werden soll, wie es vordem der Fall war, oder ob künftig dieser Vorstand die Ausschüsse berufen soll. Das zur Darstellung des Vorganges und zur Klarlegung dessen, was zu entscheiden ist!

*Schmücker:* Ich hatte von dem früheren Verfahren keine Kenntnis, als ich meinen ersten Einspruch einlegte. Ich bin auch heute noch der Meinung, daß wir dieses früher übliche Verfahren nicht fortführen sollten. In der Satzung steht, daß der Bundesvorstand die Partei leitet und daß er zu seiner Unterstützung und Beratung Fachausschüsse bilden kann. Nun weiß ich sehr wohl, daß ein solcher Kreis keine Beratungen darüber führen kann, wer diesen Ausschüssen angehört. Das müßte nicht im Präsidium, sondern in einem noch kleineren Kreise gemacht werden. Worauf ich aber hinaus will, ist folgendes: daß man uns diese Vorlage zur Genehmigung vorlegt. Das wird erhärtet durch die Erfahrungen, die ich in diesem Bereich mit dem Wirtschaftsausschuß gemacht habe. Der Wirtschaftsausschuß ist von Herrn Heck berufen worden nach Beratungen auch mit mir. Die Zusammensetzung ist aber so, daß er die Aufgaben, so wie ich sie sehe, nach meiner Meinung nicht erfüllen kann.<sup>72</sup>

Damit kommen wir zu dem zweiten Punkt, der dazu gehört, welche Aufgaben diese Ausschüsse überhaupt haben. Ich hatte in dem Wirtschaftsausschuß ein Instrument gesehen, die widerstreitenden Auffassungen innerhalb unserer Partei an einen Tisch und damit zum Ausgleich zu bringen. Andere sind der Meinung, daß dieser Wirtschaftsausschuß und die anderen Fachausschüsse ein hohes Sachverständigengremium seien, das nichts mit der Struktur unserer Partei zu tun habe oder nur sehr wenig, daß man also sozusagen, wie man sonst eine königliche Kommission bestellt, sich an diesen Fachausschuß wendet und von dorthin einen Rat bekommt. Diese Auffassung kann nicht richtig gewesen sein; denn früher, als diese Übung noch da war, war es Brauch, daß der Ausschußvorsitzende Mitglied des Vorstands war. Er sollte nämlich im Vorstand die Meinung seines Ausschusses zur Mitwirkung und Geltung bringen. Auf allen Ebenen sind die Ausschußvorsitzenden Mitglied des Vorstands gewesen. Die Arbeit ist praktisch auch so gelaufen, daß dort beraten worden ist, sozusagen als Vorbereitung für die Arbeit des Vorstands. Vorhin haben wir festgestellt, daß wir eine Reihe von Einzelfragen anschneiden und daß es doch wohl zweckmäßiger ist, sie vorab prüfen zu lassen. Nun frage ich Sie, von wem prüfen zu lassen? Natürlich von den Leuten, welche die unter-

---

72 Zur Zusammensetzung des Bundesfachausschusses Wirtschaft vgl. ACDP 07-004-071/1.

schiedliche Meinung vertreten – so ist meine Auffassung –, aber nicht etwa von Sachverständigen eines Quasi-Professorenkreises in einer Kommission.

Ich bleibe also dabei, daß es nach meiner Auffassung richtiger ist, die Ausschüsse so zusammenzusetzen, daß in ihnen die unterschiedlichen Auffassungen der Partei zum Zuge kommen. Das ist aber nach meiner Meinung nur gewährleistet, wenn der Vorschlag für die Zusammensetzung der Ausschüsse, erarbeitet vom Generalsekretär, uns zur Verabschiedung vorgelegt wird.

Als letzten Beweis für die Notwendigkeit dieses Verfahrens führe ich an, daß in diesem Wirtschaftsausschuß ein ganzer leibhafter Vertreter der Sozialausschüsse vertreten ist. Glauben Sie denn allen Ernstes, daß es möglich ist, die leider auch in den letzten Tagen lautgewordenen Verlautbarungen abzufangen und in eine vernünftige Form zu bringen, wenn die Herren nicht am Tisch sitzen? Ich habe manchmal sogar den Verdacht, sie wollen gar nicht an den Tisch, weil sie dann alleine weitermachen können. Das geht aber auf keinen Fall. Wir müssen sie zur Debatte zwingen.

Aus allen diesen Überlegungen meine ich, es wäre ganz gut, wenn der Vorstand eine Vorlage bekäme, die dann auch verabschiedet wird, die dann der Satzung gemäß ist und keineswegs die Kompetenz des Generalsekretärs oder des Präsidiums einschränkt, die aber vor allen Dingen die Möglichkeit gibt, daß in den Ausschüssen wirkliche Arbeit geleistet wird.

Ich darf noch einmal auf die Wirtschaftspolitik abheben. Wenn jeder Ausschuß für sich allein arbeitet, dann machen wir einen schlechten Eindruck nach außen, wie das seit einiger Zeit schon geschieht. Aber das geht einfach nicht. Wir müssen hier zu einer Zusammenarbeit kommen. Ich meine, ähnliches bahnt sich auch in anderen Bereichen an. Das, was ich über andere Ausschüsse gehört habe, deckt sich in weiten Bereichen mit der Befürchtung, die ich aus meiner leidvollen Erfahrung hier vortrage. Können wir uns denn nicht so verständigen, daß dieser Vorstand der Meinung ist, der Vorschlag wird vom Generalsekretär gemacht, hier vorgelegt und dann verabschiedet? Eine Beteiligung des Vorstands an der Berufung sollte mindestens erfolgen.

*Kraske:* Ich kann nur bestätigen, daß tatsächlich ein früherer Vorstand dieses Recht auf das Präsidium delegiert hat. Für diese Delegation spricht folgendes: Wenn ich mir die Praxis von Vorstandsentscheidungen ansehe, dann würde ich glauben, daß die Entscheidung immer bei dem liegt, der die Berufung vorschlägt, und nicht bei dem, der dann darüber Beschluß faßt; denn wenn eine fertige Liste in diesen Vorstand hineinkommt, dann würde ich glauben, daß das ein relativ formaler Akt ist, wenn der Vorstand darüber befindet.

Ich möchte nur zwei Dinge richtigstellen: 1. Auf Bundesebene haben die Ausschußvorsitzenden nie dem Bundesvorstand angehört; sie haben lediglich dem Bundesausschuß angehört. Jeder weiß, daß das nach dem neuen Statut ohnehin gar nicht mehr möglich ist. 2. Die Frage der königlichen Kommission! Die eigentliche Alternative bei unseren Fachausschüssen auf Bundesebene war immer die, die Ausschüsse als demokratisches Organ der Willensbildung in der Partei, d. h. delegiert von den Landesver-

bänden nach oben zur Bundespartei, oder Ausschüsse nach dem Kommissionsprinzip, berufen von der Bundespartei.

Wir haben uns bei der Verabschiedung der letzten Geschäftsordnung ausdrücklich zu dem zweiten Prinzip bekannt, da die Praxis zeigte, daß die Landesverbände in vielen Fällen nicht diejenigen Mitglieder in die Bundesfachausschüsse delegierten, die wirklich für die Arbeitsfähigkeit der Ausschüsse erforderlich sind. Deswegen ist der Vorstand oder das Präsidium, je nach dem, wer es in der Praxis macht, darauf angewiesen, die Landesverbände zu hören. Die Berufung liegt aber bei der Bundespartei, ohne daß die Bundespartei verpflichtet ist, die Delegation der Landesverbände zu berücksichtigen.

Nun hat sich bei dem Wirtschaftsausschuß eine ganz große Schwierigkeit daraus ergeben, daß in den letzten 15 Jahren die Ausschüsse sozusagen im Quadrat der Zeit gewachsen sind. Bei den durchschnittlichen Ausschüssen hat das zu einer Mitgliedschaft von etwa 50 Leuten geführt, beim Wirtschaftsausschuß waren es am Ende 90. Daß dieser Ausschuß funktionierte, lag nur daran, daß er von sich aus neben jeder Satzungsbestimmung einen Vorstand wählte und daß dieser Vorstand nun praktisch der Wirtschaftsausschuß war, der das Plenum einmal oder zweimal im Jahr zu irgendeiner feierlichen Veranstaltung einlud. (*Kohl*: Wann war denn das?) Wann das war, weiß ich nicht.

Eine zweite Voraussetzung für die Arbeitsfähigkeit war, daß die Mehrzahl der Ausschußmitglieder davon ausging, daß dieser Ausschuß mit 90 Leuten doch nicht arbeitsfähig war und deshalb an den Sitzungen gar nicht teilnahmen, so daß die Präsenz zwischen 15 und 25 lag. Wir haben vor der Wiederberufung des Wirtschaftsausschusses eine Liste der Mitglieder angefertigt und festgestellt, wie oft diese Mitglieder an den Sitzungen teilgenommen hatten.  $\frac{2}{3}$  der Mitglieder hatten an weniger als der Hälfte der Sitzungen teilgenommen. Ich glaube, daß dies ein zwingender Beweis dafür ist, daß eine Verkleinerung des Ausschusses erforderlich war. (*Schmücker*: Darüber ist kein Streit.) Ich weiß, aber ich komme jetzt auf Ihren Vorwurf: Das ist auf 30 beschränkt worden. Nun Ihr Beispiel Sozialausschüsse! Die Sozialausschüsse haben drei Mitglieder benannt, nämlich die Herren Russe, Hoffmann<sup>73</sup> und Orgaß<sup>74</sup>. Bei einer Reduktion auf 30 Mitglieder (*Dufhues*: Herr Russe ist von Westfalen genannt worden!) – aber auch von den Sozialausschüssen! – mußten erhebliche Kürzungen gegenüber den Landesverbänden vorgenommen werden. Da bereits aus Hamburg drei weitere Benennungen vorlagen und nicht weniger als 15 Rheinländer für einen Ausschuß von 30 Mitgliedern vorgeschlagen wurden, (*Lebhafte Heiterkeit*.) haben wir dann gesagt, es käme doch in dieser Frage nicht zu Abstimmungen. Deswegen soll man die Vertretung der Sozialausschüsse hier auf Herrn Russe beschränken. Man hätte zwei weitere Vertreter hineinnehmen können, aber es wäre dann an den Stellen, wo man dann auf zwei andere

---

73 Karl Heinz Hoffmann (geb. 1928), Kaufmann; 1948 CDU, 1952–1957 Sozialsekretär der CDA im rheinischen Braunkohlrevier, 1957–1960 Sozialsekretär der CDU Rheinland, 1960–1965 Referent in der Hauptgeschäftsstelle der Sozialausschüsse der CDA in Königswinter, 1968–1980 stv. Vorsitzender der Gewerkschaft ÖTV, 1979–1989 MdEP.

74 In der Vorlage: Orger.

verzichtet hätte, sicher zu denselben Konflikten gekommen. Es ist also, wie ich glaube, bei einem Rückgang von 90 auf 30 unvermeidlich, daß es ringsum Ärger und Verdruß gibt, aber wir haben bei der Vorbereitung dieser Berufung keine andere Möglichkeit gesehen. Ich glaube auch, eine Beschlußfassung in diesem Kreis hätte nicht annähernd alle Wünsche bei dieser Berufung gleichmäßig berücksichtigen können.

*Schmücker:* Das ist eine sehr hübsche Darstellung einer sehr leidvollen Geschichte, die ich mehr beklage als Herr Kraske. Ich darf noch hinzufügen, daß dieser Ausschuß seit einem Jahr nicht mehr getagt hat; bis dahin aber nur sehr sporadisch. Wären nicht der Wirtschaftsrat und die Mittelstandsvereinigung dagewesen, dann hätte man praktisch von der CDU über ökonomische Fragen kaum etwas gehört.

Herr Kraske, meine Sorge ist folgende: Die Partei beklagt sich darüber, daß die Vereinigungen zu stark werden, nämlich die Sozialausschüsse, der Wirtschaftsrat usw. Das liegt aber daran, weil die Partei selbst zu schwach wird, weil sie ihre eigenen Einrichtungen nicht genügend pflegt. (*Unruhe und Bewegung.*) So wie der Wirtschaftsausschuß jetzt zusammengesetzt ist, findet die notwendige parteipolitische Debatte nicht statt. Das ist meine Klage. Wir müssen den Ausschuß so zusammensetzen, daß die Mitglieder auch an den Tisch kommen und sich zusammenraufen. Aber das findet bisher nicht statt.

Wenn dieser Ausschuß so bleibt, wie er jetzt ist, dann wird das ein vornehmer Kreis, der hin und wieder tagt, der einen Vorsitzenden hat, aber dann wird das Schwergewicht beim Wirtschaftsrat liegen. Wenn es so gewünscht wird, gut, dann gehen wir auf diese Linie zurück und werden in den Vereinigungen arbeiten. Ich bin Vorsitzender einer Vereinigung<sup>75</sup> und sage, die Partei muß stärker werden, aber mit dieser Ausschußbesetzung, die Sie da vorgeschlagen haben – nehmen Sie es mir doch bitte ab, daß es nicht übel gemeint ist oder gar böswillig –, kriegen wir das nicht hin. Wir müssen den Ausgleich haben zwischen den widerstreitenden Gruppen in der Wirtschaftspolitik.

Es kann nicht weiter so sein, daß z. B. ein Unternehmerverband angegriffen wird als kapitalistischer Haufen aus unseren Reihen, daß dann die Mittelständler aufstehen ... (*Heck:* Das kommt aus einer Zeitschrift!<sup>76</sup> – *Starke Unruhe.*) Aber, lieber Bruno, ich will ja gerade diese Leute an einen Tisch bringen. Du weißt, daß ich mich seit langem darum bemühe. Ich habe geglaubt, das gegenüber dem Wirtschaftsausschuß zu tun. Wenn das aber die Partei nicht will, dann müssen wir einen anderen Weg finden. Aber dann muß ich darauf hinweisen, daß die anderen Institutionen, die unterhalb der Partei stehen, stärker werden in der Publizität und auch ein höheres Gewicht bekommen, als ihnen an sich eingeräumt wird. Darum wäre es meine Bitte, wir sollten zur Beratung dieses Gremiums Ausschüsse bilden, die die Aufgabe haben, diese Vorklärung im Parteiraum zu finden. Das geht aber mit der bisherigen Konstruktion nicht.

<sup>75</sup> Schmücker war von 1956–1970 Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung.

<sup>76</sup> Streit zwischen dem Bund Katholischer Unternehmer und den Sozialausschüssen, vgl. „Soziale Ordnung“ Nr. 11 vom 15. November 1967 „Partnerschaft oder Scheiterhaufen“; „Handelsblatt“ vom 28. November 1967 „Selbstzerfleischung“.

*Heck:* Die 30 Leute, die gebeten worden sind, sind ausgewählt worden auf Vorschlag der Herren Schmücker und Etzel und der Landesparteien. Wir haben uns überlegt, was sind wirklich gute Leute, die mitgearbeitet haben. Wenn diese 30 ein untaugliches Gremium sind, wie es gerade geschildert worden ist, dann wundere ich mich eigentlich, wie die auf einmal arbeitsfähig werden sollen, wenn noch fünf von den Sozialausschüssen dazukommen. Ich verstehe – offen gesagt – diese Argumentation nicht. (*Unruhe und Bewegung.*) Wir saßen neulich zusammen – Vertreter des Wirtschaftsrats, der Mittelstandsvereinigung, der Sozialausschüsse und des Wirtschaftsausschusses – und haben uns überlegt, welchen Weg man beschreiten müsse, um die notwendigen Koordinierungen durchzuführen. Wir haben beschlossen, daß sich dies Gremium – unabhängig davon, ob es etwas Konkretes anregt – auf alle Fälle alle Vierteljahr einmal zusammensetzen soll, um sich über die Arbeit zu informieren, und daß dieses Gremium zusammentreten soll, wenn aus akutem Anlaß es notwendig wird, daß die Arbeit von einer der Gruppen mit der Arbeit einer anderen konfrontiert wird und in Widerspruch gerät. Das war eigentlich nach unseren Vorstellungen der Gesprächskreis, der diese Aufgabe wahrnehmen soll.

Nun war neulich im Wirtschaftspolitischen Ausschuß eine ganz interessante Debatte.<sup>77</sup> Es ist auch die Frage aufgetaucht, hat es eigentlich einen Sinn, daß hier nur Wirtschaftler miteinander reden, wo es um Fragen geht, an denen auch unsere Freunde aus den Sozialausschüssen interessiert sind? Und da gab es zwei Meinungen. Die eine Meinung war die, daß man sagte, man muß dafür sorgen, daß deren Auffassung hier zu Gehör gebracht, d. h., daß sie mitberücksichtigt wird, aber man hielt es dann für verhältnismäßig unerheblich, ob diese Stimmen einmal oder fünfmal erhoben werden, zumal bei einer Beschlußfassung, wenn man die 30 als eine homogene Gruppe gegen fünf ansieht, es immer noch im Verhältnis 1:6 stünde. Das zur Sache!

Aber damit Klarheit herrscht, mir tun Sie einen großen Gefallen, wenn Sie es mir wieder abnehmen und auf den Vorstand zurückverlagern. Es war wirklich keine schöne Arbeit und hat mir viel Ärger mit guten Freunden, Freund Schmücker, gebracht, den Ausschuß von 90 auf 30 zu reduzieren. Mir tut niemand einen Gefallen, wenn das so bleibt, sondern ich habe es so vorgefunden. Ich finde es nach allen Argumenten auch als durchaus verständlich, daß der Vorstand sagt, so etwas kann man in einem so großen Kreis nicht machen. Aber ich halte es für möglich, daß man so verfährt, wie Schmücker vorgeschlagen hat, daß Kraske und ich die Dinge vorklären, daß wir dann darüber im Präsidium sprechen, daß dann, was sich als Vorschlag ergibt, den Mitgliedern des Vorstands schriftlich zugeleitet wird. Sie haben dann eine Frist von 14 Tagen oder vier Wochen, um sich zu äußern. Das ist vielleicht ein Weg, der den Mitgliedern des Vorstands

---

<sup>77</sup> Schon vor der konstituierenden Sitzung des neuberufenen Wirtschaftsausschusses am 20. November 1967 (Protokoll in ACDP 07–004–071/1) hatte Schmücker im Schreiben an den Parteivorsitzenden Kiesinger am 2. November 1967 (Ebd. sowie in 07–001–104/2) die Berufung durch das Präsidium (statt den Bundesvorstand) und die Tatsache kritisiert, daß unter den 30 Mitgliedern nur ein Vertreter der Sozialausschüsse wäre.

die Möglichkeit gibt, Gesichtspunkte noch anzumelden, die vielleicht übersehen worden sind.

*Von Hassel:* Ich habe eine Frage, Herr Kollege Schmücker. Es handelt sich doch darum, daß man noch einige Mitglieder hinzuziehen will. Sehe ich das richtig, oder sollen es 30 sein ... (*Sehr starke Unruhe.*)

*Schmücker:* Ich wollte sichergestellt haben, daß wir bei Ausschußsitzungen informiert werden, um damit einen Einspruch, wenn er gerechtfertigt ist, anzubringen. Das wird nun erledigt durch den Vorschlag von Heck.

Das zweite ist die Frage der Aufgabe der Ausschüsse. Mir ist die Aufgabe der Ausschüsse etwas zu sehr nach unten abgestuft. Ich würde sie lieber in einer höheren politischen Ebene tätig werden lassen. Das wollen aber sehr viele Ausschußmitglieder nicht. Herr Etzel hat die Auffassung, daß es sich hier um eine Fachkommission handelt, die sozusagen Fachberatungen macht. Ich bin der Meinung, daß es sich um ein politisches Gremium handelt, in dem sich die widerstreitenden Kräfte zusammenraufen. Darüber müßte nach meiner Meinung entschieden werden.

Gehen wir den Weg von Etzel, dann ist es natürlich relativ uninteressant, sich im Ausschuß politisch zu betätigen. Ich wollte noch darauf hinweisen, daß von den 30 nur elf gekommen sind bei der konstituierenden Sitzung. (*Lebhafte Heiterkeit und Bewegung.*) Das liegt doch einfach daran, daß der „Verein“ keine Wirkungsmöglichkeit hat. Die Tätigkeit der Wirtschaftspolitiker liegt beim Wirtschaftsrat und bei der Mittelstandsvereinigung. Sie liegt auch bei dem Diskussionskreis in der Fraktion.<sup>78</sup> Hier ist aber nichts mehr los. Darüber ärgern wir uns, weil die Partei auseinandermanövriert wird. Darum wollen wir das gerne aufwerten. Das war also die zweite Frage.

Um 15.30 Uhr ist eine Kommission in meinem Hause, die das Ergebnis dieses Vorstands weiterbesprechen soll, um zu sehen, welche Vorschläge wir an den Ausschuß geben. Auf jeden Fall muß nach meiner Meinung dieser Ausschuß sehr stark aktiviert werden. Wie die Lage zur Zeit ist, scheint mir das doch sehr fragwürdig zu sein.

*Kohl:* Was zum Organisatorischen zu sagen ist, ist durch den Vorschlag von Generalsekretär Heck ganz befriedigend geregelt. Es ist eigentlich schade, daß wir die Debatte zum Wahlgesetz nicht unmittelbar vorher gehabt haben. Viele von denen, die so lautstark eine Wahlrechtsänderung fordern, haben den zweiten Denkprozeß noch nicht vollzogen, daß die Partei nach einer solchen Wahlrechtsreform eine andere Partei sein wird wie heute. Die Frage, wie diese Partei mit ihrem Pluralismus – wenn man das Schlagwort gebrauchen soll – fertig werden wird, muß ich bei dem inneren Zustand der CDU als Bundespartei mit einem großen Fragezeichen versehen.

---

78 Der Diskussionskreis Mittelstand wurde im Verlauf der 1. Legislaturperiode des Bundestags auf Drängen von Konrad Adenauer gebildet, der den Mittelstand berücksichtigt wissen wollte (Vorsitzende: Kurt Schmücker 1956/57, Alfred Burgemeister 1957–1965, Heinrich Gewandt 1965–1975). Vgl. Christoph KONRAD: Der Mittelstand in der politischen Willensbildung. Geschichte, Organisation, Einfluß und Politik der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU unter besonderer Berücksichtigung des Zeitraumes 1963–1987. Diss. Bonn 1990.



Wenn Wirtschaftspolitik in einem Fachausschuß der Partei gemacht wird, dann ist das kein Ausschuß von Wirtschaftsleuten oder von Mittelständlern, sondern das ist ein Fachausschuß der Partei, der Politik zu machen hat. Ich verstehe die Äußerung oder die Definition des Freundes Etzel überhaupt nicht; denn das sollte eine Art Clearingstelle für die politische Auseinandersetzung sein, die an sich hier im Bundesvorstand zu erfolgen hätte. Wenn es schon nicht im Bundesvorstand sein soll, dann aber in irgendeinem Gremium, das insgesamt als Führungsgremium gewählt ist.

Die Tatsache, daß wir uns in der Mitbestimmungsfrage jetzt öffentlich auseinandermanövrieren, auch im Hinblick auf das, was in der Sozialordnung mit Für und Wider geschieht, ist für uns doch alles andere als nützlich. Wenn eine Vereinigung wie der Bund Katholischer Unternehmer<sup>79</sup> – über den man seiner Idee nach geteilter Meinung sein kann – jetzt öffentlich apostrophiert wird, dann haben Sie hier die Konsequenz, daß viele Leute sich diese Fragen stellen. Wir werden alle diese Leute für den Bundestagswahlkampf brauchen. Es wird sich also auch von dorthier diese Frage stellen. Es muß dann halt untersucht werden, wer nun den „kleinen Marx“<sup>80</sup> im Ohr hat, um das „berühmte“ Zitat aus dieser Auseinandersetzung hier einmal zu bringen. (*Bewegung und lebhaft Unruhe.*) Meine Herren! Lassen Sie mich noch etwas sagen! Ich habe den Eindruck, daß die amtliche Bundespartei immer noch – das ist gar keine Frage – der Generalsekretär ist; denn der Bundesvorstand gibt doch hier keine Unterstützung. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Aber es ist doch so! Wir fordern immer zu Beginn der Sitzung eine – ich wiederhole es – Auseinandersetzung über Sachfragen, aber dann, wenn das Mittagessen erfolgt ist, ist der Bundesvorstand – wie auch jetzt – nicht mehr beschlußfähig. Das ist doch der Regelzustand hier bei uns. Wenn Sie weit aus der Provinz anreisen, wird es Sie sicher mißlich stimmen, und Sie werden sich auch die Frage stellen, warum komme ich eigentlich hierher? Wenn die allgemeine „Luftablassung“ vorbei ist, teilt sich das Ganze auf; zum großen Teil geht man in andere Sitzungen. (*Anhaltende Unruhe.*) Deswegen bin ich mit Ihnen, Herr Schmücker, der Auffassung, man sollte – es ist ja kein Dogma mit den 30 Leuten – ein paar Leute aus den Sozialausschüssen hineintun. Die sollen dann dort einmal in der Sachdebatte ihre Anliegen auf den Tisch legen.

Ich habe noch eine Bitte! In Braunschweig sind zu meinem Erstaunen viele Dinge in die Diskussion geraten, die ich nicht als relevant ansehe. Und die wirklich relevanten Punkte sind vom Parteitag ohne jede nähere Betrachtung übernommen worden! (*Unruhe und Bewegung.*) Dazu gehörte auch ein Kassenprüfungsrecht des Generalsekretärs; wobei ich jetzt nicht unserem Freund Heck eine Sache aufbürden will, die man ihm besser nicht aufbürdet, wenn man mit ihm – wie ich – befreundet ist. Aber es ist doch einfach eine nicht gute Sache, daß so in der Partei gehandelt wird! Es ist doch so, daß diese oder jene Gruppe nun von diesem oder von jenem Bereich Geld bekommt. Lassen Sie mich das jetzt einmal offen ansprechen. (*Unruhe und Bewegung.*) Da gibt es ver-

---

<sup>79</sup> Gegründet 1949. Vgl. LEXIKON S. 443 f.

<sup>80</sup> Karl Marx (1818–1883), deutscher Philosoph und Politiker.

schiedene Konten. Da gibt es beispielsweise das offizielle Konto einer Vereinigung; dann gibt es Stiftungen – oder wie sie auch heißen mögen. Und da ist wiederum Geld drin.

Es grassiert das Gerücht, daß bestimmte Kreise daran interessiert sind, den einen oder anderen „Zipfel“ der Partei abzukaufen. (*Unruhe und Bewegung.*) Ich will es einmal sehr hart und sehr pointiert hier formulieren. Dies ist ein Krebsübel für die innere Situation der Partei. Wir müssen uns darüber sehr ernst unterhalten. Es liegt in der Natur der Sache, daß eine Vereinigung wie die unseres Freundes Scheufelen, nämlich die Wirtschaftsvereinigung, Geld hat. Aber es ist eine nicht glückliche Sache, daß bei den hauptamtlichen Leuten beinahe sagenhafte Berichte umlaufen. Wenn die eine Vereinigung zusammenkommt, dann gibt es nichts an äußerer Ausstattung, wenn aber die andere zusammenkommt, dann gibt es dafür um so mehr. Das Beispiel zeigt zumindest, daß man dort – trotz Parteiturteil in Karlsruhe<sup>81</sup> – zwar nicht im Schlaraffenland, aber immerhin doch recht, recht gut lebt. (*Unruhe und Bewegung.*) Und das, meine Herren, ist eine ganz schlechte Sache. Hier werden Emotionen erzeugt. Die Sachen werden dann immer umfangreicher, wenn sie kolportiert werden. Man hört davon, daß in dem einen Fall die Gelder fließen, im anderen Falle aber gar nichts.

Es wäre schon interessant, hier einmal zu hören, Herr Kollege Heck, wer was gekriegt hat und wie eigentlich die finanzielle Situation aussieht.

Ich habe jedenfalls im Zusammenhang mit der Mitbestimmungsfrage – ich sage das ganz hart und brutal – das ziemlich tiefe Mißtrauen, daß bei uns in bestimmten Kreisen der Partei Geld von außen hineinkommt, das ich als nicht kontrollierbar und als nicht erträglich bezeichnen möchte. Wir sollten über diese Dinge rechtzeitig reden und nicht alles stillschweigend hinnehmen! (*Unruhe und Bewegung.*) Deswegen meine ich, daß man hier im Sinne dessen, was Herr Schmücker gesagt hat, den einen oder anderen aus dem Bereich der Sozialausschüsse hinzunehmen soll; denn was wir jetzt haben, Herr Schmücker, daß wir einen Arbeitskreis der Fraktion hier sehen, dagegen muß ich mich entschieden wehren. Es geht auch nicht, daß die Landwirtschaftspolitik in einem Arbeitskreis der Fraktion gemacht wird. Die Fraktion hat überhaupt kein Mandat, in bestimmten Fragen über diese Legislaturperiode hinaus – denken Sie an bestimmte Vorstellungen im Zusammenhang mit der Mitbestimmungsfrage – hier tätig zu werden. Das ist ein Auftrag, der nur die Partei letzten Endes angeht. Später kommen wir auch nicht ohne Parteitagsbeschluß herum, auch wenn es dem einen oder anderen schwerfallen wird.

Ich beobachte jedenfalls in unserem Bereich, wie man immer stärker auf den Tatbestand aufmerksam gemacht wird, daß in der Partei die natürliche Spannung, die sein muß, etwa Sozialausschüsse : Wirtschaftsrat, eine Form annimmt, die anfängt, der Partei zu schaden, indem man sich öffentlich austauscht mit Formulierungen, die unter Parteifreunden nicht üblich sein sollten.

---

81 BVerfG-Urteil vom 19. Juli 1966 (2 BvE 1/62; 2/64; 1/65; 2/65, S. 56–134).

Ich habe eben die Sache mit dem Bund Katholischer Unternehmer gebracht, mit dem „kleinen Marx“ im Ohr und alle diese Dinge. Wir sollten uns hier im Bundesvorstand dieser Diskussion nicht entziehen. Diese Diskussion ist keine Sache eines Fachausschusses, sondern sie kann dort nur vorberaten werden, aber die politischen Entscheidungen müssen durch das Führungsgremium gefällt werden. Das Führungsgremium ist nach der Satzung der Bundesvorstand. Das ist auch nicht die Bundestagsfraktion. Das muß man ganz klar sagen. (*Unruhe und Bewegung.*)

Der Einwand heute morgen – ich glaube von Ihnen, Herr Meyers – war ganz berechtigt, als Sie sagten, es wäre ja noch schöner, wenn die Partei etwas entschieden hat, daß da ein Abgeordneter kommen wollte und sagen würde, ich mache das aus irgendwelchen Gründen nicht mit. Das ist eine Grundsatzfrage der Politik.

Ich kann nur sagen, wenn wir jetzt nicht ein Zweiparteiensystem CDU und CSU in der Bundesrepublik in die Wege leiten, und zwar mit alledem, was dann notwendigerweise noch an Ausweitung des Parteipotentials in personaler Hinsicht auf uns zukommt, dann ist es mir schleierhaft, wie wir das in Zukunft machen wollen. Das muß jetzt angefangen werden.

*Heck:* Ich möchte zur Klärung eine Zwischenbemerkung machen. Es ist nicht Sache des Bundesvorstands, Satzungsänderungen vorzunehmen. In dem Statut heißt es, daß der Bundesvorstand zu seiner Unterstützung und Beratung Fachausschüsse bilden kann. Unter Fachausschüssen ist natürlich kein wissenschaftliches Beratungsgremium gemeint. Bei den Herren Scheufelen, Etzel usw. – ich könnte sie der Reihe nach nennen – wird doch niemand bestreiten, daß das Fachleute im Sinne der Wirtschaftspolitik und nicht der Wissenschaft sind. Das Problem, um das es hier geht, ist folgendes: Ich habe 90 Mitglieder in diesem Gremium gehabt. Nun mußte ich ausscheiden. Ich glaube, daß viele ausgeschieden worden sind, die einen ausgesprochen guten wirtschaftspolitischen Sachverstand mitbringen, der über dem zu werten ist, die hineinkämen, wenn ich von den Sozialausschüssen fünf oder sechs hinzunähme. Daß die Meinung der Sozialausschüsse bei den Beratungen gesagt werden muß – darüber gibt es keinen Zweifel –, das ist einfach nützlich. Die Frage lautet nur, sollten es mehr oder sollten es weniger sein?

Man darf nicht übersehen, wie man so in der Partei denkt. Man sagt in der Partei: Die Sozialausschüsse machen ihre Tagungen und verabschieden Programme. Da sind andere gar nicht beteiligt. Wie oft melden sich eigentlich die Sozialausschüsse in der Partei zu Wort? Sie melden sich bei den Sozialausschüssen zu Wort; sie melden sich in den Fachausschüssen zu Wort; sie melden sich in den Kreisverbänden zu Wort; sie melden sich in den Landesverbänden zu Wort. Das ist manchen Leuten in dieser Partei auch ein bißchen viel! (*Kohl:* Das macht der Wirtschaftsbeirat auch.) Moment! Bei denen ist es nicht sehr viel anders. (*Kohl:* Es ist genauso! – *Lebhafte Unruhe.*) Ich habe nun das „dankbare“ Geschäft, mich nach beiden Seiten hin anzulegen. Den ersten Krach habe ich mit denen gehabt. Der flaut nun langsam ab, aber der zweite ist im Gange.

Konkret ist zu dieser Frage zu sagen, wenn diejenigen, die für den Ausschuß verantwortlich sind gegenüber dem Bundesvorstand, es für notwendig oder nützlich halten, daß ein paar Leute dazukommen, dann bitte schön, warum eigentlich nicht! Nur meine

ich, man darf den Wirtschaftspolitischen Ausschuß als Fachausschuß nicht insofern umwandeln wollen, als man ihm prinzipiell eine Koordinierungsaufgabe zuweist; denn für diese Aufgabe haben wir eigentlich dieses Dachgremium, das die Mittelstandsvereinigung, den Wirtschaftsrat, den Sozialpolitischen Ausschuß und den Wirtschaftspolitischen Ausschuß umfassen soll. (*Starke Unruhe.*)

*Kraske:* Ich möchte dringend für das votieren, was Herr Dr. Heck zum Schluß vorgeschlagen hat. Die Ausschüsse sind nicht die Drehscheiben innerhalb der Partei, wo wir die Meinungsverschiedenheiten ausgleichen wollen, sondern sie sind die Basis für eine sachliche Diskussion, wo allerdings mehrere Gruppen der Partei beteiligt sind. Wenn Sie in den Wirtschaftspolitischen Ausschuß über das jetzige Mitglied der Sozialausschüsse weitere vier hinzunehmen, bekommen Sie die soziale Symmetrie auch nicht zustande. (*Kohl:* Die will ich auch nicht!) Das war ein Vorschlag von Herrn Schmücker. Sie bekommen nur die Illusion einer solchen Symmetrie. Deswegen würde ich sagen, wenn Sie Ausgleichsfunktionen haben wollen, dann können Sie es nur machen, indem Sie aus allen Gruppen, Ausschüssen und Vereinigungen jeweils die Vorsitzenden nehmen und hier einen Gesprächskreis am runden Tisch machen, weil hier die einzelnen Strömungen gleichmäßig vertreten sind.

*Scheufelen:* Wir waren im Wirtschaftspolitischen Ausschuß auf die Größe von 30 gekommen. Der Wirtschaftspolitische Ausschuß hat eine ganze Zeit lang gut gearbeitet. Wichtig scheint mir bei den Ausschüssen zu sein, dafür zu sorgen, daß nicht nur ein Vorsitzender da ist, der etwas tut, sondern auch ein Stellvertreter. Ich war die ganze Zeit Stellvertretender Vorsitzender. Da haben die Sitzungen stattgefunden, ob nun der Vorsitzende da sein konnte oder nicht. Nachdem ich weggegangen war, gab es noch zwei Stellvertreter, die aber nie gekommen sind. Und dann hat sich der Ausschuß totgelaufen. (*Heiterkeit und starke Unruhe.*) Ich war damals als einziger Vertreter aus der Wirtschaft Mitglied des Sozialpolitischen Ausschusses. Ich kann nicht sagen, daß es in diesem Ausschuß so gehandhabt wurde, daß sich hier die Meinungen 1:20 gegenüberstanden, sondern man hat das als Ansichten genommen. (*Zuruf:* Was ist das für ein Unterschied? – *Unruhe.*) Nur ist es für einen etwas zuviel. Es müßten in einer bestimmten Gruppe mindestens zwei oder drei da sein, damit die Präsenz einigermaßen sichergestellt ist. (*Anhaltende sehr starke Unruhe.*) Wo soll denn das gewesen sein, Herr Kohl? (*Kohl:* Was denn, ich weiß überhaupt nicht, was Sie meinen?) Wo soll der Wirtschaftsrat eine Mammutveranstaltung gehabt haben außerhalb der Wirtschaftstagung der CDU? (*Anhaltende Unruhe.*)

*Heck:* Kann man das nicht in einem Zwiegespräch klarstellen? (*Anhaltende Unruhe.*)

*Schmücker:* Ich bin nicht der Auffassung, daß es sich hier um ein reines Beratungsgremium handeln darf. Dieses Beratungsgremium, wenn es unter die Satzung abgestuft wird, wird ohne politischen Einfluß sein. Was aber die Wirtschaft sehr stark beklagt, ist doch, daß sie mit der CDU kaum reden kann.

Lieber Bruno, wenn das so gemacht wird mit dem Wirtschaftsausschuß, dann bleibt uns im Wirtschaftsrat nichts anderes übrig, als genauso laut und deutlich in der Öffentlichkeit aufzutreten und die Anlaufstelle für die Wirtschaft zu werden. Wir werden

dann die organisatorische Form finden, um das hinzukriegen. Aber dann möge der Parteivorstand hinterher nicht kommen und sich über uns beklagen. Das möchte ich aber ausdrücklich sagen.

*Heck:* Dieses Statut ist in Braunschweig auf dem Parteitag verabschiedet worden und ist für mich das Grundgesetz meiner Arbeit. Solange in dem Statut steht, daß die Ausschüsse Fachausschüsse zur Beratung des Vorstands sind, habe ich die Pflicht und Schuldigkeit, das zu vertreten. Ich kann mir durchaus vorstellen, daß man anderer Meinung ist, dann muß man dieses Statut auf dem nächsten Parteitag ändern.

*Kohl:* Das ist das Problem. Herr Heck hat feststellen lassen, das ist ein Fachausschuß. (*Heck:* Ein politischer Fachausschuß.) Es muß in der Tat eine Stelle geben, wo die Meinungen ausgetauscht werden können. (*Zuruf:* Im Bundesvorstand!)

*Heck:* Ich habe schon darauf hingewiesen, wir sind zu diesem Zweck zusammengekommen, wobei wir zu dem Ergebnis kamen, daß dieser Gesprächskreis, zwei oder drei von jeder Gruppe, unabhängig davon, ob etwas Konkretes ansteht, sich alle drei Monate zusammensetzt, um sich zu informieren. (*Anhaltende Unruhe.*)

*Kohl:* Das spricht nur für den Generalsekretär. Das ist aber eine neue Verpflichtung für ihn. Das wollen wir mal festgestellt haben; (*Unruhe und Bewegung.*) denn an sich würde die Clearingstelle für alle diese Angelegenheiten hier der Bundesvorstand sein.

*Heck:* Meine Herren! Darf ich mal um etwas Ruhe bitten! Es ist wahrscheinlich nützlich für den Vorstand, wenn hier in einer Frage die Meinungen auseinandergehen, einmal zu versuchen, in diesem „Kränzchen“ die Dinge abzuklären, obwohl der Vorstand ohnedies zu entscheiden hat. (*Starke Unruhe. – Stingl:* Es wird höchste Zeit, daß wir diesen Kreis wieder einberufen.) Ich glaube, daß das, was mit diesem Tagesordnungspunkt angesprochen war, jetzt insofern geregelt ist, als Herr Schmücker das, was er für notwendig hielt für den Vorstand, vorgetragen hat, und daß er sich einverstanden erklärt, daß wir so verfahren. (*Unruhe und Bewegung.*) Ich muß allerdings sagen, es ist durch Vorstandsbeschluß die Grenze auf 30 gesetzt worden. Das ist kein heiliges Gebot, und über diese Grenze kann man hinausgehen. Ich habe nichts dagegen, daß ein paar Leute von den Sozialausschüssen hinzukommen. (*Schmücker:* Mir kommt es darauf an, welche Aufgabe er hat.) Das Ergebnis der Beratungen der Fachausschüsse ist noch nicht politisch autorisiert für die CDU. (*Kohl:* Da liegt aber der Hund begraben!) Darüber muß man sich im klaren sein, zu den Zeiten, wo der Wirtschaftsausschuß vorzüglich gearbeitet hat, hatte der Vorstand mit der Arbeit nichts zu tun. Er hat sich nie mit einem Satz damit beschäftigt, was die erarbeitet haben, sondern es ging damals direkt in die Fraktion hinein und in die Regierung, weil wir das Wirtschaftsministerium innehatten.

Im übrigen wird auch heute ein Teil der Arbeit direkt über die Fraktion laufen. Das ist überhaupt nicht zu vermeiden. Das ist vielleicht sogar manchmal geboten und durchaus vernünftig.

Aber es kommt auch hinzu, der Vorstand muß dann gewisse Aufträge formulieren; er muß dann von sich aus als Führungsorgan auch tätig werden wollen. Er muß beispielsweise sagen: In zwei Jahren steht das und das Problem an. Wir hätten gern die

Meinung des Fachausschusses dazu gehört. – Auf der anderen Seite ist hier die Unterscheidung getroffen. Die ständischen Ausschüsse sind Ad-hoc-Ausschüsse. Bei diesen ständischen Fachausschüssen ist es so, daß sie das Initiativrecht haben, d. h. sie sollen alles aufgreifen, was gerade aktuell ist und wozu eine Meinung der Partei gesagt werden muß.

Das Ganze läßt sich einfach politisch nicht so verabfolgen, daß die Arbeiten aus dem Fachausschuß in die Bundesvorstandssitzung kommen und diese dort im einzelnen beraten werden. (*Unruhe und Bewegung.*) Das ist allerdings Theorie, und deshalb wird man es in der Praxis flexibel machen müssen. Bei allen aktuellen Fragen, wozu eine Stellungnahme erforderlich ist, muß sich der Fachausschuß vermutlich des Präsidiums bedienen. Man kann dann anschließend dem Bundesvorstand berichten. Die Erfahrung zeigt doch – wir erleben es immer wieder –, im Grunde genommen hat es nur einen Sinn, in einer Vorstandssitzung nur eine Frage oder höchstens zwei Fragen gründlich zu diskutieren. Über tausend Dinge zu reden, hat keinen großen Sinn. Ich meine, wir könnten jetzt so einmal weiterarbeiten. (*Von Hassel:* Gibt es auch andere Fachausschüsse, bei denen Probleme dieser Art aufgetreten sind?) Überhaupt nicht! Die Probleme sind nur aufgetaucht, weil wir von 90 auf 30 reduzieren mußten. Das war bei den übrigen nicht der Fall. (*Lebhafte Unruhe.*) Kann ich den Punkt als abgeschlossen betrachten? Oder muß ich ihn noch einmal auf die nächste Tagesordnung setzen? (*Schmücker:* Ich halte diese Linie nicht für richtig. Sie wird dahin führen, daß die Arbeit der wirtschaftspolitischen Initiative bei uns im Wirtschaftsrat und in der Mittelstandsvereinigung landet. Wir haben aber nicht die Zeit, um das alles doppelt und dreifach zu machen.) Dann ist das ein Problem, wo einfach die Wirklichkeit der Partei mit dem Statut nicht mehr übereinstimmt. (*Schmücker:* Ich meine, unser Anliegen würde dadurch nicht ausdrücklich gedeckt.) Ich habe ja nur gesagt, es muß mit dem übereinstimmen. (*Schmücker:* Wir werden dann hinübergehen zum Arbeitskreis und dem das sagen. – *Unruhe und Bewegung.*) Wir kommen dann zu Punkt 4 der Tagesordnung:

#### ETAT DER BUNDESPARTEI FÜR 1967

*Kraske:* Nach dem § 46 unseres Statuts haben der Generalsekretär und der Bundesschatzmeister den Etat aufzustellen und vom Bundesvorstand beschließen zu lassen. Eine Finanzordnung unserer Partei aus dem Jahre 1959, die in den meisten Punkten etwas überholt ist, regelt dieses Verfahren etwas genauer und gibt dafür auch die einzelnen Daten an. Die Bundespartei bzw. der Bundesschatzmeister und der Bundesgeschäftsführer haben in früheren Jahren häufiger einen Anlauf gemacht, den Vorstand mit den Etatproblemen der Partei zu befassen. Das ist in früheren Jahren immer am Veto des Parteivorsitzenden gescheitert. Es liegt also nicht an der Geschäftsführung in Bonn, wenn der Vorstand bisher in die Geheimnisse der Etatgebarung der Bundespartei kaum einen Einblick hatte.

In diesem Jahr haben sich ganz andere Probleme gestellt. Wir haben für dieses Jahr im vergangenen Herbst einen Etat aufgestellt, den ich damals mit dem damaligen Geschäftsführenden Präsidialmitglied abgestimmt habe. Dieser Etat war aber ein reiner Wunschetat, weil bis tief in das Jahr 1967 hinein die Einnahmeseite des Etats überhaupt nicht zu fixieren war, weil es deswegen auch auf der Ausgabenseite zwar eine ganze Reihe von Ansätzen gab, ich aber mit meinen Mitarbeitern gemeinsam jeden dieser Ansätze so weit zusammendrücken mußte, wie es möglich war, weil eben die Ausgabenseite dafür nicht gesichert war.

Wir haben im Grunde genommen erst im Laufe des Herbstes für dieses Jahr einen Überblick über die Einnahmeseite bekommen. Deshalb haben Sie aus dem zweiten Blatt unserer Aufzeichnung<sup>82</sup> entnehmen können, daß die Etatbewegungen bis zum August ganz anders waren als vom September bis zum Dezember, d. h. nämlich, daß wir uns eben nicht nach vorausgegangenen Etats richten konnten, sondern daß wir zunächst bis zur Verabschiedung des Parteiengesetzes eisern sparen mußten und seit dem September – Neuherausgabe von „Union in Deutschland“ seit 1. Oktober – langsam beginnen konnten, wieder aufzubauen und auszubauen. Wir können für heute also eigentlich nur bitten, nachträglich diesen Etat zur Kenntnis zu nehmen. Es hat sich zwangsläufig aus der politischen und finanzpolitischen Entwicklung des Jahres 1967 ergeben, und zwar auf eine Weise, die am unbefriedigtesten für die Geschäftsführung war, weil er irgendeine Planung praktisch nicht zuließ.

Ähnliches gilt in der Begründung für unseren Etat für 1968. Auch hier ist bis heute die Einnahmeseite in keiner Weise sichergestellt. Wir werden den Etat für 1968 selbstverständlich früher vorlegen können, aber es wird auch für 1968 nicht möglich sein, den Etat bereits vor Beginn des Jahres 1968 hier vorzulegen. Das hängt u. a. auch damit zusammen, daß wir, wie wir hoffen, im Januar durch den Bundesausschuß einen neuen Bundesschatzmeister wählen werden, man aber vorher nicht bereits den Etat hier einbringen sollte.

*Kohl:* Es ist das erstmal, daß uns ein Etat vorgelegt wird. Das kann man gar nicht hoch genug einschätzen. Darf ich dazu mal etwas fragen? (*Kraske:* Zu jeder Zeit.) Da steht: für das Rechnungsjahr 1967 102.000 DM an die Vereinigungen. Wer hat das bekommen? Unter III steht „Ausschüsse und Sitzungen insgesamt 30.000 DM. Für Präsidium, Vorstand, Landesvorsitzenden- und Geschäftsführerkonferenz“. Ist das dies, was wir hier auch essen im Bundeskanzleramt oder nicht? (*Unruhe und Bewegung.*) Was bedeutet VII? Bei uns geht ja eine große Pietät um, aber vor lauter Pietät weiß man nie, was los ist. Es wäre ganz interessant, eine Antwort darauf zu bekommen, wie sich das verhält. Hier werden ja zwei Namen genannt. Wenn wir es nicht erfahren, dann weiß es kein Mensch.

*Kraske:* Darf ich die Fragen beantworten: 1. Die Zuschüsse an die Vereinigungen waren in dem vorgesehenen Etat für 1967 wie folgt: Exil-CDU monatlich 2.000 DM, jährlich 24.000 DM. Junge Union monatlich 5.000 DM, jährlich 60.000 DM. RCDS ab

---

82 Tischvorlage in ACDP 07-001-025/1.

1.3. monatlich 2.000 DM, jährlich 24.000 DM. KPV monatlich 2.500 DM, jährlich 30.000 DM. Sozialausschüsse 5.000 DM, jährlich 60.000 DM. Tatsächlich gezahlt wurde an die Exil-CDU bis zum 1.9. nichts, ab 1.9. monatlich 1.750 DM; an die Junge Union bis zum 31.8. nichts, für den Rest des Jahres 44.000 DM; an den RCDS vom 1. Januar bis 31. August monatlich 1.600 DM, ab 1. September monatlich 3.000 DM; an die KPV die ersten 8 Monate monatlich 1.900 DM, ab 1. September monatlich 3.000 DM; für die Sozialausschüsse seit 1. Januar 1967 nichts. Das sind die Vereinigungen.

*Stingl:* Es wird bisher kein Pfennig für den Landesverband Oder/Neiße gezahlt. Ich habe Gelder zusammengebettelt. Ich mache ernsthaft darauf aufmerksam, der Fall Kostorz<sup>83</sup> ist überbewertet; er kostet uns nichts. Ich bin im Grunde genommen nicht böse, daß er weg ist. Das ist letztlich darauf mitzurückzuführen, daß ich in meinem Landesverband keine Vorstandssitzungen gemacht habe, weil das Geld nicht da war. Die Leute müssen anreisen, und das ist ganz anders als bei den anderen Landesverbänden. Ich bitte sehr darum, daß man den Landesverband Oder/Neiße hier einschließt.

In Bayern hat man jetzt endlich einen Schritt unternommen und mit dem dortigen Vorsitzenden eine Art Union der Vertriebenen aufgebaut<sup>84</sup>, um diejenigen, die aus diesen Gründen abwandern wollen, zu halten. Das müssen wir auch hier tun. Ich bitte sehr darum, daß man mir die Schulden, die ich in diesem Jahre gemacht habe – es sind etwa 6.000 DM – abnimmt und daß man mir für nächstes Jahr wenigstens einen Betrag in Höhe wie auch bei der Exil-CDU zubilligt.

*Heck:* Darf ich dazu etwas sagen! Generell bitte ich doch zu berücksichtigen, daß wir bis zum 1.9. auf Kredite gelebt haben. Das ist die Ursache dafür, warum rigoros gestrichen wurde und keine Zuschüsse gezahlt worden sind. Wir hatten etliche Millionen Schulden, (*Stingl:* Ich bin noch nie gekommen! Es ist aber so, daß ich nicht einmal genannt werde in der Aufstellung!) und die mußten zusätzlich abgearbeitet werden. Das war eigentlich das erste Amtsgeschäft, das ich erledigen mußte, nicht nur die Sache mit dem Parteiengesetz, (*Anhaltende starke Unruhe.*) sondern das ganze Spendenschema war zusammengebrochen, und das mußte auch wieder aufgebaut werden.

Herr Kraske und ich haben intern schon über die Sache gesprochen, daß der Verband Oder/Neiße wieder partizipieren soll. Wir legen natürlich großen Wert darauf, daß die Vereinigung Exil-CDU-Oder/Neiße möglichst bald erfolgt. (*Unruhe und Bewegung.* – *Zuruf:* Satzungskommission!) Das muß ja vorbereitet werden. Es gibt ja auch die Exil-CDU. Ich brauche beide zusammen. Ich wollte nur sagen, wir hatten es intern schon besprochen.

*Kraske:* Noch ein Wort dazu, Herr Stingl! Es liegt ein Antrag von Ihnen vor. Weil ich aber noch nicht mit dem Generalsekretär habe darüber sprechen können, kann ich von

83 In der Vorlage: Kostert. – Gemeint ist Helmut Kostorz (1912–1986), Vorstandsmitglied des LV Oder/Neiße (im November 1967 aus der CDU ausgetreten). Vgl. Nr. 12 Anm. 42.

84 Im August 1947 gründete sich unter dem Vorsitz von Hans Schütz die „Union der Ausgewiesenen und Flüchtlinge“ (UdA), die sich 1953 in „Union der Vertriebenen“ (UdV) umbenannte. Ernst Glaser (1904–1990) war von 1960–1973 Vorsitzender des Bezirksverbands München der UdV. Vgl. Nr. 21 Anm. 19.



mir aus hier auch kein Ergebnis vortragen. Der Landesverband Oder/Neiße unterscheidet sich von allen genannten Vereinigungen dadurch, daß die gesamten Infrastrukturkosten von der Partei getragen werden, sowohl die Bürokosten als auch die Personalkosten.

Deswegen ist also der indirekte Zuschuß beim Landesverband Oder/Neiße wahrscheinlich seit dem 1. Januar höher gewesen als an die anderen genannten Vereinigungen. Man sollte ehrlicherweise, lieber Freund Stingl, dann auch dazu sagen, daß es so ist, damit wir nicht in den Geruch kommen, wir seien Oder/Neiße-feindlich, was wir nicht sind. (*Stingl*: Deshalb habe ich auch immer geschwiegen!) Ja, aber doch nur, weil Sie hier nicht geschwiegen haben! (*Anhaltende Unruhe*.)

*Heck*: Lassen Sie Herrn Kraske doch weiter vortragen zu den Fragen, die gestellt worden sind. Dann kann ja weiter diskutiert werden.

*Kraske*: Die zweite Frage zu III: Ausschüsse und Sitzungen! Unter dem Abschnitt III sind erfaßt: 1. Die Kosten für die Fachausschüsse. 2. Die Kosten für Präsidiumssitzungen, Vorstandssitzungen, Landesvorsitzenden- und Landesgeschäftsführerkonferenz, Parteifinanzausschuß. Die Vorstandssitzungen haben stattgefunden, wie Sie wissen, wenn auch mit sehr starker Reduktion der Bewirtung gegenüber den früheren Jahren. Das schlägt sich in den niedrigeren Zahlen nieder. Wir mußten bis zum 31. August rigoros sparen bei den Fachausschußsitzungen. Das hat tatsächlich dazu geführt, daß einzelne Fachausschüsse zwischen dem Herbst 1966 und dem Herbst 1967 gegen unseren Einspruch nicht tagen konnten, weil wir bei dem Etat nach dem Karlsruher Urteil nur das ausgeben konnten, was dringend erforderlich war. (*Kohl*: Was ersetzen Sie bei den Fachausschüssen?) Wir ersetzen die Reisekosten. Bei ganztägigen Sitzungen mit weiten Reisen ersetzen wir ein Übernachtungsgeld und sonst entweder ein Tagegeld oder ein Essen. Das ist auf das Mindestmaß reduziert. Bei der Eisenbahn ersetzen wir in der Regel die 2. Klasse. (*Sehr starke Bewegung und Unruhe*. – *Stingl*: Ich habe es mit dem Sozialpolitischen Ausschuß im letzten Jahr so gehandhabt, daß ich keine Kostenersatzung in Anspruch genommen habe, sondern eine Informationstagung des Presse- und Informationsamtes damit verbunden und somit die Partei entlastet habe.) Herr Stingl, dafür habe ich dem Ausschuß meinen Dank bei der Neukonstituierung ausdrücklich ausgesprochen. (*Stingl*: Ich wollte nur sagen, daß man solche Sachen auch benützen kann. Das ist eine Anregung für die anderen!) Die dritte Frage von Herr Kohl war die zum Absatz VII. Unter diesem Abschnitt sind erfaßt: 1. Die Kosten für das Büro unseres verstorbenen Ehrenvorsitzenden Dr. Adenauer, die mit auslaufenden Kosten bezahlt wurden bis zum Juni und die sich ausschließlich auf Personalkosten und effektiv nachgewiesene Bürokosten bezogen. 2. Eine Unkostenpauschale für den Bundesvorsitzenden Professor Dr. Erhard, die gezahlt worden ist bis einschließlich Mai. 3. Ein Zuschuß an die „Politisch-Soziale Korrespondenz“. 4. Das Büro des Evangelischen Arbeitskreises mit Bürokosten, einem Geschäftsführer und einer Sekretärin und 5. die Kosten für die Beiträge zum Versorgungswerk für die Vereinigungen der Partei bzw. die dort beschäftigten hauptamtlichen Mitarbeiter. (*Kohl*: Warum steht das nicht unter I? – *Fay*: Was ist unter IV geregelt? Wie hoch sind die Kreditzinsen in der Globalsumme?)

*Meyers:* Zur Geschäftsordnung! Es hat doch keinen Sinn, daß wir hier dauernd neue Punkte ansprechen. Es wäre doch sinnvoll, wenn wir zu den einzelnen Punkten zu nächst einmal eine erschöpfende Auskunft bekämen. (*Klepsch:* Wir können ja mit I anfangen! – *Starke Unruhe.*)

*Heck:* Zunächst hat Herr Kohl drei Punkte aufgegriffen. Wird zu den drei Punkten noch das Wort gewünscht?

*Meyers:* Ich habe folgende Fragen: 1. Wie werden die Zuschüsse an die Vereinigungen ermittelt? Sind die so überkommen, über den Daumen gepeilt, und insbesondere, wie kommt der Zuschuß an die KPV zustande?

*Kraske:* Der Zuschuß an die KPV wird gezahlt an die Bundes-KPV, die in Bonn eine Geschäftsstelle hat mit einem Bundesgeschäftsführer der KPV – das ist Herr Leser<sup>85</sup> –, mit einem juristischen Mitarbeiter – das ist Herr Böttcher<sup>86</sup> – und mit einer oder zwei Sekretärinnen, die ein entsprechendes Büro haben. Es wird also nur an die Bundes-KPV gezahlt.

Die Zuschüsse an die Vereinigungen werden dadurch ermittelt, daß die Vereinigungen ihre Etats einreichen, Anträge stellen auf Zuschüsse aus der Bundespartei und über diese Zuschüsse verhandelt wird mit dem Bundesschatzmeister, früher dem Geschäftsführenden Vorsitzenden, jetzt dem Generalsekretär, dem Bundesgeschäftsführer und dem jeweiligen Vertreter der Vereinigung.

In früheren Jahren war es so, daß sich diese Zuschüsse innerhalb der einzelnen Vereinigungen von Jahr zu Jahr weiter entwickelt haben, die meistens im Wahljahr aufgestockt, aber nach dem Wahljahr wieder gesenkt wurden. In der Zeit zwischen dem Sommer 1966 (Karlsruher Urteil) und dem Herbst 1967 sind – wie Sie auch aus meinem Vortrag entnommen haben – die Zuschüsse drastisch reduziert und beschränkt worden auf die unerläßlichen Personalkosten. Wir haben deshalb den Vereinigungen erklärt, die Bundespartei habe ihr Personal um etwa die Hälfte reduziert, sie habe ihre Publikationen praktisch eingestellt, deswegen könnten in dieser Zeit den Vereinigungen auch maximal diese Kosten ersetzt werden. Das hat dann zu diesem Bild zum bis September geführt.

*Meyers:* Ich komme nur wegen der schlechten Finanzlage der Partei darauf. Die Frage ist, sollte man nicht überlegen, ob beispielsweise die Bundes-KPV von den Landes-KPV genauso Beiträge bekommt wie die Bundespartei von den Landesparteien oder von den Kreisparteien. Die kriegen doch Etats. Denen geht es gar nicht schlecht. Ich bin 1952 im Rat der Stadt gewesen, und seitdem bezahle ich monatlich einen Beitrag an die KPV. Das wird noch in vielen anderen Fällen so sein. Ich weiß das auch von meinen Ratsmitgliedern. Deshalb bitte ich zu überlegen – ich sage das nicht gegen die KPV,

---

85 Dr. Fritz Leser (1902–1992), 1948–1951 Geschäftsführer des KV Goslar, 1951–1954 Geschäftsführer des LV Braunschweig, 1952–1956 Geschäftsführer der CDU in Niedersachsen, 1956–1958 Geschäftsführer der Politischen Akademie Eichholz, 1958–1970 Bundesgeschäftsführer der KPV.

86 Dr. Alexander Böttcher (1911–1974), 1963–1971 Justitiar der KPV. Vgl. „Kommunalpolitische Blätter“ Nr. 11 vom 15. November 1974.

sondern wegen der schlechten Finanzlage der Partei –, ob man nicht ein solches Finanzierungssystem einführen kann, wie wir es haben.

*Kraske:* Zur Aufklärung! Herr Dr. Meyers, das hat – wenn Sie so wollen – einen politisch-psychologischen Hintergrund. Die KPV hat in früheren Jahren der Bundespartei keinen Pfennig gekostet. Da saß sie in Recklinghausen in einer Etage des Verlags Bitter und wurde aus den Überschüssen der „Kommunalpolitischen Blätter“ allein finanziert. Darauf haben unter dem Geschäftsführenden Vorsitzenden Dufhues Verhandlungen stattgefunden – mit dem Wechsel im Vorsitz von Bitter<sup>87</sup> auf Jansen –, die KPV nach Bonn zu überführen. Das hat heftigen Widerstand innerhalb bestimmter Kreise der KPV gegeben. Dieser Beschluß konnte damals nur durchgesetzt werden, indem die Bundespartei sich verpflichtet hat, dann auch die laufenden Bürokosten zu übernehmen, weil eben von einigen Landesverbänden argumentiert wurde, ein Umzug nach Bonn käme nicht in Frage, weil dann die Einnahmen aus dem Verlage Bitter entfielen.

Die KPV bekommt bis heute Zuschüsse entweder aus ihren Landesverbänden oder – was wir glauben – aus den „Kommunalpolitischen Blättern“; aber diese Zuschüsse reichen allein nicht aus, (*Kohl:* Aus den Landesetats bekommen sie Geld.) um die Aufgaben in der Bundes-KPV zu finanzieren. Wenn Sie aber daran denken, was ich vorhin an Personal aufgezählt habe, werden Sie zugeben, daß das ohnehin aus 1.900 DM und jetzt aus 3.000 DM im Monat überhaupt nicht zu finanzieren ist, so daß es sich hier tatsächlich nur um einen Zuschuß der Bundespartei handelt.

*Kohl:* Ich meine auch das, was Herr Meyers sagte, die KPV könnte aus den KPV-Landesverbänden mehr Geld bekommen. (*Zuruf:* Leichter gesagt als getan! – *Unruhe.*) Ich weiß, daß in einer Reihe von Ländern ähnlich wie bei uns der Staat – Etat des Innenministeriums – Geld zur Verfügung stellt für kommunalpolitische Schulungsarbeit. Das sind Beträge, die immerhin dazu führen, daß sich die KPV – im Gegensatz zu anderen Vereinigungen der Partei – eine gewisse Selbstdarstellung, eine Repräsentation, geben kann. Das ist nicht zu bestreiten. Insofern ist der Hinweis berechtigt.

Herr Kraske, Sie haben gesagt, die Etats der Vereinigungen liegen uns vor. Ist das wirklich so, haben Sie den Etat aller Vereinigungen gesehen? (*Kraske:* Ja, auch der Sozialausschüsse! – *Heck:* Wenn die Vereinigungen ihren Etat für das Jahr 1968 nicht vorlegen, werden wir keine Zuschüsse dazu geben.) Können wir denn eine Definition finden, was ein Etat ist? (*Heiterkeit und Bewegung.*)

*Kraske:* Das ist natürlich der Punkt! Ich habe mit dem Etat der Sozialausschüsse nicht den Etat der „Sozialen Ordnung“ gemeint. (*Starke Unruhe.*) Die „Soziale Ordnung“ wird herausgegeben von der Jakob-Kaiser-Stiftung e. V.<sup>88</sup> Das ist ein unabhängi-

87 Wilhelm Bitter (1886–1964), Verleger; 1911–1933 Sekretär der Zentrumspartei, 1945 Mitgründer der CDU, 1946–1948 Oberbürgermeister von Recklinghausen, 1946/47 MdL Nordrhein-Westfalen, 1948–1964 Bundesvorsitzender der KPV. Vgl. LEXIKON S. 196; Jörg-Dieter GAUGER: Wilhelm Bitter, in: CHRISTLICHE DEMOKRATEN GEGEN HITLER S. 94–99.

88 Träger der Bildungsstätte der Sozialausschüsse der CDA in Königswinter, die 1961 aus dem Verein „Arbeiterwohl“ hervorgegangen war. Der CDA-Vorsitz war satzungsmäßig nicht an den Stiftungsvorsitz gekoppelt, aber bis 1977 war der CDA-Vorsitzende auch Stiftungsvorsitzender, vgl. Themenheft 3 der „Sozialen Ordnung“ 1986 S. 6f.

ger Rechtsträger. Wenn Sie also Vollständigkeit so verstehen, hat mir der Etat nicht vorgelegen.

*Klepsch:* Ich würde sagen, lieber Freund Kohl, wenn der Etat, wie ihn die Junge Union abgibt, als Maßstab genommen würde, denn wären wahrscheinlich alle Ihre Kriterien erfüllt, auch was die Prüfung durch die Wirtschaftsprüfer angeht. Dann gäbe es auch keine Beanstandung darüber, ob die Beschlüsse tatsächlich gefaßt worden sind. Das ist bis ins Detail gegliedert. Es ist eine Frage, die einem großen Kreis nicht so bekannt sein wird wie einem kleinen Kreis, der die eigentliche Bewilligung ausspricht. Es mögen die meisten anderen Kreise solche Etats abgeben wie wir in bezug auf die Vollständigkeit, aber in bezug auf das, was sie an Wünschen und Begründungen einreichen, werden sicher strenge Maximen vom Bewilligungsgremium ausgesprochen werden.

Mich würde zum Punkt VII interessieren, wie sich das aufgliedert? Was ist in dem Versorgungswerk verborgen?<sup>89</sup> Wie hoch ist der Betrag? Was kostet das Büro?

*Kraske:* Das will ich gerne machen. Ausgegeben wurden im Jahre 1967 für das Büro Dr. Adenauer 70.800 DM; für das Büro Prof. Dr. Erhard 8.800 DM; für das Büro des Evangelischen Arbeitskreises 31.200 DM; für die „Politisch-Soziale Korrespondenz“ 48.000 DM; für das Versorgungswerk der Vereinigungen auf Bundesebene 22.800 DM. Summe 181.600 DM.

*Meyers:* Was haben wir eigentlich für einen Einfluß auf die „Politisch-Soziale Korrespondenz“? Zu meiner Zeit war das die publizistische Hausmacht von Heinrich Krone. (*Heiterkeit und Unruhe.*) Der ist aber heute nicht mehr auf eine Hausmacht bedacht. (*Starke Unruhe.*)

*Heck:* Jedes Konzept einer Nummer, die herausgebracht werden soll, muß vorher vorgelegt werden. (*Sehr starke Unruhe.*) Es müssen auch die Beiträge vorgelegt werden. (*Meyers:* Das ist schon etwas!) Es sind auch Pannen passiert, aber die „Politisch-Soziale Korrespondenz“ ist in etwa konzipiert in der gleichen Zielrichtung im katholischen Raum wie im evangelischen Raum. Wir können die Mittel, die das Presse- und Informationsamt zur Verfügung stellt, nicht auslassen, wenn nicht ... (*Meyers:* Also, ich bin politisch zufrieden, wenn Sie das machen und überwachen. Es war ja hier die unangenehme Geschichte, daß da Druckerzeugnisse erschienen, die nicht mit dem anderen übereinstimmten.)

*Kohl:* Ich frage jetzt, selbst auf die Gefahr hin, daß ich mich unbeliebt mache: Gibt es einen Pauschalbeschluß dafür, daß für ein Büro im Monat 12.000 DM aufgewendet werden?

*Kraske:* Herr Kohl, ich frage Sie, ob es einen Sinn hat, daß jetzt alles im einzelnen zu diskutieren? (*Kohl:* Doch!) Dann darf ich sagen, Herr Kohl, alle diese Kosten gehen zurück auf Beschlüsse oder Anforderungen des Parteivorsitzenden Dr. Adenauer, (*Starke Unruhe.*) der für sein Büro als Parteivorsitzender die und die Anforderungen gestellt

---

<sup>89</sup> Die Einrichtung eines Versorgungswerks auf Rentenbasis für die hauptamtlichen Mitarbeiter der CDU wurde am 21. Juni 1963 vom Präsidium beschlossen. Vorsitzender wurde Peter Mültenbach (Statut und weitere Akten in ACDP 01-764-002/4, 07-001-53/1 sowie 07-001-509).

hat. Diese Anforderungen sind ihm nie bestritten worden. Und bei der allgemeinen Stimmung in der Partei nach dem Rücktritt Konrad Adenauers vom Amt des Parteivorsitzenden ist keiner hergegangen und hat gesagt: Nun wollen wir ihm aber den persönlichen Referenten streichen.

Wenn Sie sich überlegen – das wissen Sie aus der Landespolitik, aber auch aus der Bundespolitik –, was ein Ministerialdirigent an Bezügen bekommt, wenn Sie wissen, daß wir bis zum Tode von Konrad Adenauer Herrn Selbach<sup>90</sup> aus unserer Partei bezahlt haben, und zwar mit dem effektiven Ersatz der Bezüge, die er sonst vom Bund bekommen hätte, dann können Sie sich vorstellen, wie schnell das zusammengelassen ist. (*Lebhafte Unruhe und Zuruf: Warum denn nicht vom Bund?*)

*Dufhues:* Darf ich dazu folgendes klarstellen: Die Frage ist mit mir seinerzeit als dem Geschäftsführenden Vorsitzenden besprochen worden. Ich habe diese Sache ausdrücklich gebilligt. Das war einfach notwendig, wenn nicht eine Diskussion entstehen sollte, die ich für verhängnisvoll gehalten habe. Also, ich bin dafür verantwortlich. Es war nicht nur eine Anforderung – um das klarzustellen –, sondern wir haben dabei mitgewirkt. (*Kohl: Das Problem ist, daß im Bundeshaus diese Zahlen kursieren. – Starke Unruhe.*)

*Heck:* Wir sind an sich davon abgegangen, daß wir für Ehrenvorsitzende künftighin solche Ausgaben machen.

*Kraske:* Man muß dazu noch folgendes sagen, Herr Kohl. Sie sollten das wissen, um solchen Gerüchten, von denen Sie gesprochen haben, entgegentreten zu können. Der Bundeskanzler Konrad Adenauer hätte in dem Augenblick seines Rücktrittes vom Amt des Bundeskanzlers ohne jede Sekretärin und ohne jeden Fahrer dagestanden, wenn wir es nicht gemacht hätten. Anders war es drei Jahre später bei Bundeskanzler Erhard. (*Kohl: Das hätte doch auch die Bundesregierung damals regeln können!*) Das haben wir oft genug versucht. Das ist leider damals nicht durchgegangen. (*Unruhe und Zurufe: Warum denn nicht?*) Anders war es bei Bundeskanzler Erhard, der einen persönlichen Referenten, einen Fahrer und eine Sekretärin gehabt hat und der zusätzlich eine Unkostenpauschale angefordert hat für allgemeine Reisekosten usw. Diese Unkostenpauschale finden Sie hier in diesem Betrag. Das Präsidium hat sich in seiner letzten Sitzung auch mit dieser Frage beschäftigt, weil sie wieder aufgetaucht ist. Und da weder der Vorsitzende noch der Generalsekretär irgendeine Unkostenpauschale bekommt, ist beschlossen worden, daß selbstverständlich im Falle effektiver Aufwendungen, die sich aus dem Amt des Ehrenvorsitzenden ergeben, diese ersetzt werden, aber keine Pauschale.

*Kohl:* Mir geht es darum überhaupt nicht. Ich bin total mißverstanden worden, mir das jetzt posthum nachzurechnen. Aber man sollte auch aus der Vergangenheit gelegentlich lernen. Ich verstehe nicht, daß die Selbstdarstellung deutscher Demokratie nicht fähig ist, so etwas im staatlichen Bereich zu lösen. Und da haben wir nicht irgendeine Partei anzuklagen, sondern die CDU selbst. So etwas ist in der angelsächsischen

---

90 Vgl. Nr. 14 Anm. 97.

Demokratie selbstverständlich möglich. Denken Sie an Churchill und Kennedy. Kennedy war nur eine ganz kurze Zeit amerikanischer Präsident; aber sehen Sie einmal, was der amerikanische Haushalt dazu heute noch enthält. Hier haben wir also einen Nachholbedarf! Das hat etwas mit dem Thema zu tun, daß wir vorhin diskutiert haben. (*Amrehn*: Denken Sie an die Briefmarken!)

*Dufhues*: Ich bitte darum, das, was Herr Kraske mitgeteilt hat über den Beschluß des Präsidiums bezüglich der Pauschale für Herrn Erhard nicht zu verwerfen. Ich bin gestern gebeten worden, in der Frage zu vermitteln. Ich werde versuchen, einen Weg zu finden, um wirklich jedenfalls den Wünschen von Herrn Erhard Rechnung zu tragen. Ich möchte nicht, daß dort eine Stimmung aufkommt. (*Kohl*: Was kriegt Herr Erhard von seiten des Staats?)

*Heck*: 84.000 DM für Bürokosten. (*Kohl*: Ich meine an persönlichen Kosten!)

*Kraske*: Er kriegt außerhalb seines Ruhegeldes und seiner Diäten 85.000 DM. Das sind praktisch Personalkosten für den persönlichen Referenten, den Fahrer, die Sekretärin und für das Kraftfahrzeug. Ob ein Mietzuschuß dabei ist, weiß ich nicht. (*Von Hassel*: Kriegt er die bar auf den Tisch?) Das kann ich nicht genau sagen. (*Starke Unruhe und Bewegung*.)

*Heck*: Meine Herren! Darf ich fragen, wird sonst noch das Wort gewünscht? (*Fay*: Ich habe schon gefragt, wie hoch die Kreditzinsen bei IV sind? – *Anhaltende Unruhe*.)

*Kraske*: Die Kreditzinsen für das Jahr 1967 werden voraussichtlich 151.000 DM betragen. Dieses Bild ist aber irreführend, weil die CDU selber nicht alle Zinsen bisher bezahlt hat, sondern die Zinsen unmittelbar von anderer Seite übernommen worden sind. Wie weit wir in der Lage sind, bis zum Ende des Jahres die Kredite zu tilgen, ist noch nicht ganz entschieden. Wir könnten es, wenn wir dafür die zur Verfügung gestellten Wahlkampfmittel auf 1969 hin in Anspruch nähmen, aber das ist eine interne Frage hinsichtlich zukünftiger Spenden. Es ist also noch nicht entschieden. (*Klepsch*: Zu VI! Es fällt mir auf, daß die Bundestagung der Sozialausschüsse nicht unter den Vereinigungen aufgeführt ist, sondern unter „Sonderausgaben“ steht. Wie werden solche Zuschüsse für Bundestagungen von Vereinigungen gegeben?) Die werden dann als Sonderausgaben verbucht, wenn sie besonders beantragt werden. Die Sozialausschüsse haben zu dieser Tagung einen Zuschuß bekommen. Ich erinnere mich, daß in früheren Jahren auch die Junge Union gelegentlich einen Sonderzuschuß für eine Veranstaltung bekommen hat, z. B. für den Internationalen Kongreß, der nicht in dem monatlichen Zuschuß enthalten ist, sondern extra unter „Veranstaltungen“. (*Klepsch*: Wie hoch war der Zuschuß ungefähr?) Der Zuschuß war nicht ungefähr, sondern exakt 40.000 DM für die Tagung. Dafür haben aber die Sozialausschüsse als einzige das ganze Jahr überhaupt keinen Zuschuß bekommen. Und das ist auch darauf verrechnet worden. (*Lebhafte Unruhe*.)

*Heck*: Wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Der Etat kann nicht verabschiedet werden; er ist jetzt einfach der Ordnung halber vorgetragen worden. Wir werden in der nächsten Sitzung im Januar den Haushalt 68 ...

*Kraske:* Ich würde vorläufig noch eine Frist ausbitten. Weil wir erst nach der nächsten Sitzung den Bundesschatzmeister wählen, würde ich in diesem Falle fragen, ob es nicht dem neuen Bundesschatzmeister gegenüber – wer immer es ist – fair wäre, ihm noch ein Mitwirkungsrecht zu geben, um den Etat erst in der dann folgenden Vorstandssitzung vorzulegen?

*Heck:* Einverstanden! Nur glaube ich, daß es richtig ist, im ersten Vierteljahr 1968 den Haushalt für 1968 zu verabschieden. (*Kraske:* Natürlich!)

*Kohl:* Mir fällt auf, da gibt es Vereinigungen, die auftreten, und es gibt solche, die nicht auftreten. Nach der These von Bertolt Brecht „Die im Dunklen sieht man nicht“<sup>91</sup> verstehe ich das beispielsweise ...

*Kraske:* Welche treten nicht auf? (*Kohl:* Die Frauen!) Die Frauenvereinigung ist, ähnlich wie der Landesverband Oder/Neiße, voll etatisiert im Etat der Bundesgeschäftsstelle. Sämtliche Gehälter, der Frauenreferentin, der Sekretärin usw. sind Bestandteile des Etats der Bundesgeschäftsstelle. (*Kohl:* Haben die gar keine Aktivitäten – um das schreckliche Wort des Bundesjugendplanes hier zu gebrauchen?)

*Heck:* Die Münchener Tagung ist anderweitig finanziert worden.<sup>92</sup>

*Kraske:* Die haben ihre Aktivitäten in diesem Jahr mit Rücksicht auf unsere Etatsituation wesentlich beschnitten. Die Münchener Tagung ist durch direkte Zuschüsse finanziert worden.

*Heck:* Über den Bundeshaushalt und über den Münchener Haushalt. Wir kommen nun zum Punkt 6:

#### VERSCHIEDENES

Ich kann mitteilen, daß neben dem Wirtschaftsausschuß, der halb konstituiert ist, vier weitere ganz konstituiert sind und die Wahlen des Vorsitzenden durchgeführt worden sind. Das Statut sagt, daß die Gewählten vom Vorstand bestätigt werden müssen.

Das ist für den Bundesfachausschuß Öffentlicher Dienst der Bundestagsabgeordnete Ulrich Berger<sup>93</sup>, für den Bundesausschuß für Gesundheitspolitik der Bundestagsabgeordnete Dr. Gerhard Jungmann<sup>94</sup>, für den Bundesausschuß für Sozialpolitik der Bundestagsabgeordnete und Präsident in spe Josef Stingl, für den Bundesausschuß für Agrarpolitik das Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen Gustav Niermann. Wir schlagen vor, diese vier Wahlen zu bestätigen. Bestehen Bedenken? – Das ist nicht der Fall.

91 „Denn die einen sind im Dunkeln und die andern sind im Licht. Und man siehet die im Lichte, die im Dunkeln sieht man nicht.“ Zitat aus der 1928 uraufgeführten „Dreigroschenoper“ von Bertolt Brecht (1898–1956).

92 7. Generalversammlung der Europäischen Frauen-Union 4.–10. September 1967 in München, vgl. ACDP 04–003–037/2.

93 Ulrich Berger (1921–2003), Verwaltungsbeamter; 1957–1961 und 1964–1980 MdB (CDU, 1957–1980 Mitglied des Innenausschusses), 1963–1987 stv. Bundesvorsitzender des Deutschen Beamtenbundes, 1974–1975 Bundesvorsitzender der Komba Gewerkschaft.

94 Dr. Gerhard Jungmann (1910–1981), Arzt; 1956–1961 MdL Niedersachsen (CDU), 1961–1972 MdB, 1963–1965 und 1968–1973 Vorsitzender des Verbandes der Ärzte Deutschlands/Hartmannbund.

Von mir aus habe ich zum Punkt „Verschiedenes“ nichts mehr vorzubringen.

*Kraske:* Darf ich noch um eine Zustimmung bitten, daß wir nämlich nach dem vorhin gefaßten Beschluß den Vorstandsmitgliedern in den nächsten Tagen die Namenslisten dieser Ausschüsse und des Wirtschaftsausschusses – soweit er bisher berufen worden ist – zuschicken, damit jedes Vorstandsmitglied die Möglichkeit hat, sich dazu zu äußern. Ich mache allerdings darauf aufmerksam, daß die jetzt berufenen Mitglieder bereits eine formelle Berufung in der Hand haben, so daß es kaum möglich sein wird, ihre Berufung rückgängig zu machen. Man kann also höchstens um zusätzliche Berufungen übereinkommen, was dann aber zahlenmäßige Probleme aufwirft.

*Kohl:* Ich habe eine Frage, die ich schon mehrmals gestellt habe. Ich hatte mir zunächst selbst die Frage gestellt, ob ich sie auf dem nächsten Bundesparteitag vorbringen soll, nämlich über die Arbeitsweise des Bundesvorstands und auch über die Arbeitsmentalität seiner Mitglieder. Ich bin heute früh um 6.00 Uhr in Ludwigshafen weggefahren. Ich habe für den heutigen Tag eine Reihe von wichtigen Besprechungen im Lande absagen müssen. Wenn ich mich jetzt umgucke, sitzen hier mit Ausnahme des Herrn von Hassel, des Herrn Generalsekretärs und des Herrn Kraske – das sind drei, die man als „Bonner“ bezeichnen kann – nur noch einige hier, die von ganz weit her kommen. Die anderen sind einfach weggegangen. Ich halte es auf die Dauer für unerträglich, daß wir, wenn wir eine Bundesvorstandssitzung mit einer solchen Tagung haben, nachmittags nicht mehr beschlußfähig sind. Dann wird bei uns geschimpft auf den Herrn Dutschke, der öffentlich erklärt hat, die Parteien seien gar nicht mehr in der Lage, ihre innerparteiliche Demokratie zu repräsentieren. Da kann ich dem Herrn Dutschke nur recht geben in diesem Punkt, was den Bundesvorstand betrifft.

Wir sind überhaupt nicht mehr beschlußfähig! Wir sind in keiner Sitzung nach 14.00 Uhr mehr beschlußfähig! Da sind nämlich Zusammenkünfte zwischen Vereinigungen bereits verabredet; das haben wir doch eben gehört. Dann tagt natürlich der Fraktionsvorstand! Dann tagen alle Gremien so, als gäbe es diesen Bundesvorstand überhaupt nicht!

Ich mache den anwesenden Herren – das wäre auch ganz töricht – natürlich keinen Vorwurf, ich meine aber ... (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.* – *Meyers:* Das wäre so, wie bei dem Pastor, der die Anwesenden beschimpft hat, weil die anderen nicht kommen. – *Lebhafte Heiterkeit.*) Meine Bitte wäre, daß wir als Punkt 1 der Tagesordnung in der nächsten Sitzung eine kurze Aussprache über diese Angelegenheit haben. (*Amrehn:* Bei Punkt 1 fehlen dann dieselben Leute auch noch! – *Lebhafte Heiterkeit.*) Ich muß Ihnen ganz offen sagen, wenn man gesehen hat, mit welcher Verbissenheit in Braunschweig um jeden Sitz im Bundesvorstand gekämpft wurde, dann aber sich hier den Vorstand ansieht, dann verstehe ich das nicht. Das ist im Präsidium keinen Deut anders! Ich muß wirklich sagen, wie wir das alles bewältigen wollen, ohne eine Veränderung der Partei mit diesem Führungspersonal und -potential, das ist mir völlig schleierhaft.

Ich möchte wenigstens für meine Person das hier ausgesprochen haben, weil ich die feste Absicht habe, diese Sache in die öffentliche Diskussion der Partei zu bringen, wenn es nicht abgestellt wird, weil es für jeden Kollegen, der hier seine Verpflichtun-



gen einhält, auf die Dauer eine Zumutung wird! Wenn man draußen in der Partei irgendeine Sache vorträgt oder es passiert etwas, dann heißt es: Es ist doch ein Bundesvorstand da! – Man darf ja gar nicht sagen, wie wir im Bundesvorstand arbeiten. Das würde doch kein Mensch für möglich halten!

Ich beobachte immer, wenn die Doktoranden kommen, etwa der politologischen Disziplin – die Parteien sind ja im Augenblick sehr interessant als Gegenstand des Themas –, die herauszukriegen versuchen, wie eine politische Meinung gebildet wird. Und da ist der Bundesvorstand eine sehr willkommene Institution, die sich besonderer Betrachtung erfreut. Wenn man aber hier die Praxis sieht, dann ist das wirklich deprimierend.

Ich will Ihnen nicht den Schwarzen Peter zuspielen. Ich bin gerne bereit, das von mir aus aufzunehmen und – ich kann keinen Antrag stellen, wir sind ja nicht beschlußfähig – anzuregen, um das bei der nächsten Bundesvorstandssitzung im Beisein des Bundesparteivorsitzenden und anderen in der Partei anzusprechen. Wie es jetzt ist, ist es wirklich eine Zumutung. Man kann ja zu einer Regelung kommen, die wir in den Landesverbänden seit langem haben. Die Sitzung dauert von dann bis dann. Es kommt natürlich nicht darauf an, ob die Sitzung eine halbe Stunde länger oder kürzer dauert. Aber wenn man sagt, die Sitzung dauert beispielsweise bis 16.00 Uhr, dann muß man eigentlich annehmen, daß die Mitglieder des Bundesvorstands auch dabei sind. Daß jeder von uns einmal fortgehen muß, ist ebenso klar, aber es müßte doch mindestens einmal mehr als die Hälfte da sein.

*Kraske:* Ich stimme Ihnen natürlich aus vollem Herzen zu, Herr Kohl. Ich mache nur auf folgendes aufmerksam: Das Problem liegt ein bißchen an unserer Anfangszeit. Es ist einfach für viele nicht sicher – auch nach der Erfahrung der Vergangenheit –, ob die Sitzung nun bis 2.00 Uhr, 3.00 oder 5.00 Uhr dauert. Deshalb fangen die Leute an, sich auf Termine festzulegen. (*Kohl:* Aber auf der Tagesordnung sieht man es doch!) Wir kämen natürlich leichter zu Rande, wenn wir die Vorstandssitzungen auf morgens 9.00 Uhr ansetzten und sie bis 14.00 Uhr hielten. Anschließend könnte es dann einen kleinen Imbiß geben. Nur fallen dann, wenn wir nicht barbarisch sein wollen, in der Regel die Montagssitzungen aus. Ich bin dann einem Sturm der Entrüstung ausgesetzt, daß man schon am Abend vorher anreisen müsse.

Leichter wäre es jedenfalls, wenn wir das auf einen ausgedehnten Vormittag oder auf einen ausgedehnten Nachmittag verlegen würden. Schwierig sind immer die Termine, die so halb über das Mittagessen hinübergehen. Deshalb meine Frage, ob Sie glauben, daß wir einen günstigeren Termin vereinbaren können?

*Kohl:* Ich würde sagen, in Gottes Namen, machen wir es eine Stunde früher. Nur sehe ich nicht recht ein, warum immer diejenigen, die weit von draußen kommen, die Zechen bezahlen müssen zugunsten derer, die ohnehin hier sitzen. Diejenigen, die von draußen kommen, sind nämlich überwiegend hier, während diejenigen, die nur eine kurze Anfahrtszeit haben, in der Regel nicht da sind. Das ist ja immer so, wenn man nach Bonn kommt. Das ist in allen Gremien so.

Mir geht es nicht darum, daß der eine oder andere fehlt. Die gleichen Leute fehlen auch dann, wenn wir um 9.00 Uhr anfangen. Das ist auch im Bundestag so eingerissen. Ich bin der Meinung, wenn der Bundesvorstand bloß alle Vierteljahr einmal tagt, dann sollte an diesem Tag keine Fraktionsvorstandssitzung sein.

*Heck:* Ich neige dazu, daß wir dieses Thema erörtern sollten, wenn der Bundesvorstand einigermaßen vollständig zusammen ist. Wir werden dazu wohl in der nächsten Sitzung kommen. Im Augenblick ist es nicht zweckmäßig.

*Klepsch:* Ich bin der Meinung, daß auf dem Hintergrund des Memorandums des Herrn Schütz<sup>95</sup> sich der Bundesvorstand Gedanken darüber machen sollte, wie lange das noch so weitergehen soll. Ich habe das Memorandum zufällig lesen können und bin hier der Auffassung, es ist ein ganz schreckliches Papier, auch was die dahintersteckenden Gedankengänge anbetrifft. Es ist klar, daß dieser Mann nicht unser Mitglied ist, obwohl er bei vielen draußen als unser Mitglied gilt. (*Unruhe. – Zuruf:* Wieso ist es denn klar?) Das Entscheidende ist doch, daß dieses Kuratorium, je länger es existiert, für uns zu einer immer größeren Belastung wird, weil es quasi als eine überparteiliche Einrichtung von uns gilt.

Wir sollten uns einmal über das Kuratorium und die Mitgliedschaft in diesem Verein unterhalten, um entsprechend die Aktivität dieses Vereins in die Nähe des Nullpunktes zurückzuführen – das scheint mir das beste zu sein –, oder aber, wenn das nicht drin ist, daß wir uns ernsthaft überlegen, ob wir da noch länger Mitglied bleiben können. In den sogenannten Basisorganisationen dieses Kuratoriums sammelt sich alles an, was der Bundeskanzler die Anerkennungspartei nennt, nur zwei Zähne weiter links. Ich will das cum grano salis sagen; denn es gibt auch Organisationen, die ganz rechts stehen. Insgesamt aber sitzen dort die querulantischen Elemente, die in den Parteien nicht zum Zuge kommen, die aber dann auf Konferenzen, die wir mit staatlichen Mitteln finanzieren, zur Aussagekraft werden, und zwar quasi als eine uns überwölbende Organisation auftreten. Das erschreckt mich auf das äußerste.

Aufgrund der Veröffentlichungen von Schütz in der Vergangenheit hat es eigentlich ununterbrochen Krach gegeben, genau wie jetzt. Zum Glück ist diesmal auch Herr Wehner der Meinung, daß es so nicht weitergehen kann. (*Zuruf:* Er ist vorsichtig!) Sicher ist er sehr vorsichtig; denn er hat seinen ganzen Apparat umgestellt auf Förderung des Kuratoriums. Dort ist jetzt das viele Geld hineingeflossen, seitdem er Minister für gesamtdeutsche Fragen ist. Ich möchte nur bitten, daß das auf der nächsten Bundesvorstandssitzung besprochen wird oder, wenn dies nicht möglich ist, zumindest im Präsidium.

*Heck:* Wir haben in der letzten Sitzung des Präsidiums darüber gesprochen. Das Thema dieser Denkschrift über das deutsche Schicksal wird in der nächsten Sitzung des Präsidiums sorgfältig behandelt. Herr von Hassel hat es übernommen, einleitend zu referieren.

---

95 Vom 20. November 1967, vgl. AdG 1968 S. 13640f. Schütz ging davon aus, daß es zwar staatsrechtliche, aber keine völkerrechtlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR geben könne. Vgl. auch Anm. 11.

Für mich war eigentlich erregender die sphinxhafte Stellungnahme des Herrn Wehner; denn sie erweckt den Eindruck, als ob er sich etwas distanzieren, aber im Grunde genommen war diese Stellungnahme als ein Ja zu deuten, das vielleicht im Augenblick nicht ganz opportun ist. So habe ich die Sache gehört. Das hat mich nachdenklich gemacht.

Die Möglichkeit, den Hahn zuzudrehen, hat ausschließlich der Herr Wehner in der Hand. Wir werden den Hahn gegen den Willen von Herrn Wehner mit Sicherheit nicht zudrehen können. Zunächst haben wir es für vorteilhaft gehalten hineinzugehen. Ich bin in das Präsidium hineingegangen, weil ich festgestellt habe, daß das Kuratorium Unteilbares Deutschland in der Zwischenzeit regional auf Kreisebene bestimmte Kräfte entwickelt hat und wir uns um die Geschichte wesentlich mehr kümmern müssen.

Ich habe den Schütz angerufen und ihn gefragt, was er für Vorstellungen habe, wer der Nachfolger von Paul Löbe<sup>96</sup> werden solle als Präsident? Ich habe dann erfahren, man wolle künftig keinen Präsidenten mehr, sondern nur noch ein Präsidium. (*Zuruf: Was möchte er haben?*) Er möchte gar nichts haben, nur ein Präsidium ohne Vorsitzenden; er ist der Geschäftsführende Vorsitzende. Wir werden auf alle Fälle verlangen, daß dieses Präsidium einen Vorsitzenden wählt. Ob der nun Präsident oder Erster Vorsitzender heißt, ist mir völlig gleichgültig. Ich weise nur darauf hin, um aufzuzeigen, daß diese Machtstellung, die der Schütz sich aufgebaut hat, noch weiter ausgebaut werden soll. Und so etwas ist mit Sicherheit im einzelnen im Einvernehmen mit Herrn Wehner gemacht worden.

Ich habe ja keinen Grund, hier gegen Herrn Wehner vorzugehen, aber eines muß ich sagen, das Kuratorium Unteilbares Deutschland wird von Herrn Wehner ausschließlich dirigiert; denn der Schütz ist nicht viel mehr wie ein Instrumentarium in diesem Umkreis. (*Kohl: Wer finanziert das?*) Der gesamtdeutsche Minister natürlich. Wenn heute Herr Wehner es für wichtig und notwendig hält, gibt es niemand, der Einspruch dagegen erhebt. (*Kohl: Kann man eine Aufstellung darüber bekommen, wie sich dieses Kuratorium organisatorisch zusammensetzt?*) Das wollte ich zur Orientierung in dieser Sache sagen.

*Amrehn:* Solange ich den Schütz kenne, habe ich ihn für einen sozialdemokratischen Parteigänger gehalten. Anders kenne ich ihn gar nicht in seiner politischen Grundhaltung. Vor drei Jahren habe ich mich entschlossen, nicht mehr an der Jahrestagung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland teilzunehmen. Dann aber bin ich mehr oder weniger im vergangenen Jahr und auch in diesem Jahr verpflichtet worden, die CDU auf dieser Jahrestagung zu vertreten. Damit stellt sich nun doch wirklich ein sehr konkreter Punkt zur Entscheidung. Ich bin dem Freunde Klepsch dankbar, daß er das Thema hier aufgeworfen hat.

---

<sup>96</sup> Löbe war am 3. August 1967 verstorben. – Paul Löbe (1875–1967), Redakteur; 1895 SPD, 1904–1919 Stadtverordneter in Breslau, 1915–1920 Mitglied des Provinziallandtags Schlesiens, 1920–1933 MdR, 1949–1953 MdB (Alterspräsident), 1949–1954 Präsident des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung, 1954–1967 Präsident bzw. Ehrenpräsident des Kuratoriums Unteilbares Deutschland. Vgl. auch Anm. 101.

Es gibt mehrere vakante Stellen in dem Präsidium, aber wir sind auch sonst sehr repräsentativ vertreten durch Herrn Gerstenmaier, durch Herrn Barzel, durch Herrn Lemmer und durch Herrn Gradl. Und diese Mitglieder des Präsidiums, das vielleicht acht Personen umfaßt ... (*Zuruf*: 15!) So! Also, diese vier Herren haben wir immer drin. Seit mindestens zwei Jahren diskutieren wir über die Frage, ob wir noch dabeibleiben können. Vor einem Jahr ist beschlossen worden, daß sich das Präsidium der CDU mit dem Präsidium des Kuratoriums Unteilbares Deutschland treffen sollte, um all die Unstimmigkeiten zu beheben, aber dieses Treffen hat nicht stattgefunden. Ein Vorgespräch, das Herr Gerstenmaier mal führen wollte, um eine Vorklärung zu erreichen, ist entweder nicht abgehalten worden, oder es hat keine Ergebnisse gegeben. Wir sind seit langem in der Situation, daß wir die Politik, die Schütz dort treibt, nicht mehr unterstützen können. Ich bin nicht ganz sicher, ob wirklich Herr Wehner dieses Instrument weiter und noch mehr finanzieren kann, wenn die CDU zu dem Ergebnis kommen soll: Hier können wir nicht mehr mitmachen. Nun habe ich heute morgen etwas Hoffnung geschöpft, daß Herr Schütz durch seine letzte Arbeit und durch die Distanzierung auf sozialdemokratischer Seite seine eigenen Kompetenzen zu weit überzogen hätte und es vielleicht nun an der Zeit wäre, ihn abzulösen. Aber mir hat jemand vorher am Tische gesagt, was der Schütz veröffentlicht oder der Bundesregierung zugeschickt habe, sei doch alles mit Herrn Brandt abgestimmt. (*Von Hassel*: Wer hat das gesagt?) Das ist mir hier am Tisch heute gesagt worden. (*Von Hassel*: Von gut informierter Seite?) Ich kann nur sagen, daß das genauso kolportiert wird wie die Dinge hier in Bonn. Ich halte es nicht für unglaublich, daß das mit ihm abgestimmt sei. Ich habe seit langer Zeit den Verdacht, daß die Betonung der Nichtanerkennung als Ausgang für die nicht völkerrechtliche Anerkennung noch einen anderen Hintergrund hat als nur den einer weiteren Ergänzung des Wortes „Nichtanerkennung“. Ich habe vor vier oder fünf Wochen Herrn Wehner öffentlich gefragt bei einer Diskussion in Berlin. Da ist es nicht deutlich geworden, was nun eigentlich gemeint sei. Er meinte, wir komplizierten das Problem, wenn wir danach fragten.

Schütz kommt jetzt zu dem Ergebnis: Selbstverständlich ist die DDR ein Staat, es ist ein deutscher Gliedstaat. Beide Gliedstaaten bilden Deutschland. Die können untereinander nur innerstaatliche oder innerdeutsche Beziehungen haben; selbstverständlich keine ausländischen Beziehungen. – Damit kriegt die Arbeit, (*Starke Unruhe und Bewegung*.) wenn da noch eine gewisse Unterstützung von Wehner oder Brandt kommt, eine ganz hochpolitische Bedeutung, von der man nur sagen kann, sie wird am Sonnabend auf dem Kuratorium diskutiert ... (*Heck*: Hast Du die Stellungnahme von Wehner gesehen?) Nein, ich habe sie noch gar nicht gesehen. (*Anhaltende Unruhe*. – *Klepsch*: Ich muß Herrn Heck recht geben, was Herrn Wehner angeht.) Ja, sie ist sehr gewunden.

Nun stellt sich doch die Frage, können wir denn an dem Sonnabend – da geht das doch wohl vor sich, oder findet die Berufung von Heck ins Präsidium einfach so statt – das einfach so machen, indem wir ihm dann noch eine zusätzliche Unterstützung ge-

ben. Ich darf sagen, ich bin von einem Untergeschäftsführer, dem Herrn Honsálek<sup>97</sup>, angerufen worden, ob ich damit einverstanden sei, daß meine Wahl ins Präsidium auf die Tagesordnung gesetzt wird. Ich habe gesagt: Um Himmels willen, ich habe gar nicht solche Absichten, aber ehe ich überhaupt eine Erklärung dazu abgebe, muß ich mit meinen Freunden über den ganzen Komplex sprechen. – Ich bin noch immer nicht geneigt, da nun eine solche Verantwortung zu übernehmen, weil wir die Dinge selbst nicht mehr steuern können.

Nun bin ich wieder in der glücklichen Situation, am Sonnabend die CDU auf einem Kongreß zu vertreten, der nichts anderes ist als die Repräsentation der Anerkennungs-partei. Ich spreche dann vor einem Kreis, wo ich schon beim Erscheinen mit Buh-Rufen empfangen werde, und nach dem vierten oder fünften Satz bekomme ich sehr viel Ablehnung, obwohl ich nichts anderes sage als das, was von der Bundes-CDU und vom Bundeskanzler vertreten wird. In dieser Situation sind wir, und insofern ist es nützlich, daß wir uns noch einmal miteinander austauschen.

*Dufhues:* Ich teile alle Bedenken, die hier geäußert worden sind, und bin dankbar dafür, daß wir uns demnächst mit den Fragen beschäftigen werden. Aber zwei Dinge haben aktuelle Bedeutung. Ich halte es nicht für angenehm, daß der Generalsekretär der Christlich-Demokratischen Union jetzt nach der Veröffentlichung des Geschäftsführenden Präsidialmitgliedes des Kuratoriums Unteilbares Deutschland diesem Präsidium beitrifft. Zunächst muß Klarheit darüber geschaffen werden, welche Bedeutung und welches Gewicht dieses Memorandum haben soll und wie das Kuratorium Unteilbares Deutschland zu dieser Frage steht.

Überall ist oder wird bekannt, daß wir heute als Bundesvorstand der Christlich-Demokratischen Union zusammengesessen haben. Wir können nicht völlig an der Veröffentlichung vorbeigehen; wir müssen dazu Stellung nehmen. Zumindest würde ich bitten, daß wir Herrn Dr. Rathke ermächtigen und beauftragen, eine Erklärung abzugeben oder einen Pressekommentar herauszugeben, in dem wir uns ganz klar und eindeutig distanzieren, zumindest aber unsere sehr nachdrücklichen Bedenken geltend machen. Wir können daran nicht ohne weiteres vorbeigehen. (*Heck:* Uns klar distanzieren, würde ich sagen.)

*Kraske:* Zu unserer Überraschung, Herr Dr. Heck, gibt es neuerdings gedruckte Bögen des Kuratoriums Unteilbares Deutschland, wo Herr Dr. Heck ohne sein Wissen bereits im Präsidium drinsteht. Daran sieht man, was das für eine Muschelei ist. (*Heck:* Es hat noch keine Wahl stattgefunden!) Es ist eine reine Muschelei. Herr Heck hat eines Tages – vor Wochen oder Monaten – mit Herrn Schütz gesprochen und Andeutungen gemacht, daß er eventuell bereit sei, für die CDU mitzumachen. Daraufhin schreibt Herr Schütz ohne jede Rückfrage in sein gedrucktes Briefpapier in alphabetischer Reihenfolge: Dr. Bruno Heck. – So steht das da.

Ich bin überzeugt, wenn wir nicht aufpassen, werden wir eines morgens in der Zeitung lesen, wer anstelle von Paul Löbe plötzlich Präsident geworden ist, ohne daß die

---

<sup>97</sup> Gerhard Honsálek (1924–1992), SPD, Referent beim Kuratorium Unteilbares Deutschland, Leiter der Berliner Geschäftsstelle. Vgl. MEYER S. 75.

CDU auch nur einmal danach gefragt worden ist. Deswegen ist es dringend nötig, uns geschlossen im Präsidium noch vor Weihnachten mit dieser Frage zu beschäftigen. Wir werden auch weiterhin ... (*Amrehn*: Ich gucke jetzt erst nach. Die Einladung für Sonnabend enthält bereits: Dr. Bruno Heck.) Dies ist der Text, den ich meine. (*Von Hassel*: Auf dem Briefpapier steht es auch. Da steht das Präsidium unten.)

*Kohl*: Im Präsidium sind: Barzel, Gerstenmaier, Gradl, Heck, Lemmer, Leverenz<sup>98</sup>, Mende, Klaus Schütz, W. Wolfgang Schütz, Stephan<sup>99</sup>, Stücklen und Wehner.

*Heck*: Ich möchte dem Bundesvorstand vorschlagen, daß wir wieder der Ordnung nach jeweils bei einer Worterteilung sprechen.

*Von Hassel*: Es ist sehr bedauerlich, daß das Präsidium nicht vor der Tagung in Berlin eine Stellungnahme hat beziehen können. Das lag z. T. daran, daß ich selber nicht dazu kam. Diese Denkschrift ist so entsetzlich, daß man sich gar nicht hart genug und weit genug von ihr distanzieren kann. Es ist leider so, daß das Kuratorium Unteilbares Deutschland weithin in deutschen Landen eine angesehene Institution ist, aber auch sehr stark unterwandert ist von Leuten des Typus Leverenz, der weiter nach links abtrübselt.

Es gibt nur zwei Möglichkeiten, entweder wir bringen das Ganze mit zu Fall, oder wir gehen mit hinein und arbeiten dort. Mein Votum im Präsidium, Herr Dr. Heck, wird sein, wir können es gar nicht so torpedieren, daß draußen in der Öffentlichkeit nicht uns der Schwarze Peter zugeschoben wird, daß wir nun auch das Kuratorium Unteilbares Deutschland zu einem Ende bringen wollen. Deshalb müssen wir ernsthaft überlegen, wie wir auf sämtlichen Ebenen mitarbeiten können. Das bedeutet aber einen Haufen Arbeit. Mein Votum besteht weiter darin, daß sich Herr Schütz mit dieser Studie so unmöglich gemacht hat, daß wir längerfristig eine Auswechslung vornehmen müssen.

*Heck*: Ich würde doch vorschlagen, daß sich der Vorstand über dieses Problem erst abschließend bespricht, wenn sich das Präsidium darüber unterhalten hat. (*Anhaltende Unruhe*.)

*Klepsch*: Alle diese Überlegungen, die Herr von Hassel vorgetragen hat, hat der Deutschlandrat der Jungen Union in Zusammenarbeit mit dem Präsidium schon einmal gemacht. Ich möchte aus meinen Erfahrungen dazu sagen, Ausgangspunkt war ein furchtbarer Krach über eine Jahrestagung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland, zu der wir auch eingeladen waren, weil uns ein Kontingent von 20 Mann zugewiesen wur-

---

98 Bernhard Leverenz (1909–1987), Jurist; 1952–1963 Vorsitzender der FDP Schleswig-Holstein, 1954–1958 MdL Schleswig-Holstein, 1954–1967 Justizminister, ab 1957 1. Vorsitzender des Landeskuratoriums Unteilbares Deutschland, 1958–1964 stv. Bundesvorsitzender der FDP.

99 Günter Stephan (geb. 1922), Buchhändler; 1952 Bezirkssekretär der Gewerkschaft HBV in Koblenz, 1953–1958 DGB-Kreisausschußvorsitzender in Neuwied, 1958–1961 DGB-Ortsausschußvorsitzender in Essen, 1962–1982 Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB. – Vertreter des DGB im KUD, vgl. MEYER S. 425.

de.<sup>100</sup> Und da wurden unsere Leute von 150 Teilnehmern linkerster Prägung fertiggemacht. Das alles wurde mit staatlichen Mitteln finanziert.

Die Referenten waren so zusammengesetzt, wie man das dort zu tun pflegt. Das Ergebnis war: Wir arbeiten mit euch nicht mehr zusammen. Das war dem Herrn Schütz sehr unangenehm. Daraufhin kam es zu Gesprächen. Es hieß, die politischen Jugendverbände müßten zu Konzessionen bereit sein. Es wurde gesagt, daß wir nicht genügend mitmachten; wir müßten Leute zur Verfügung stellen; wir müßten uns einig sein und so fort. Was war das Resultat? Es wurden Tagungen der Jungsozialisten und der Jungen Union bilateral durchgeführt, die einigermaßen honorig über die Bühne gingen, aber nur deshalb, weil sie unter unserem Einfluß standen. Das Ergebnis war aber, an der Arbeit des Kuratoriums vermochten wir auch nicht das allergeringste zu ändern. Wir kennen doch die Lage der Partei. Es sollte sich niemand der Illusion hingeben, daß wir plötzlich, wo wir die Leute für unsere eigene Parteiarbeit dringend gebrauchen, die Leute zur Verfügung haben, die das Kuratorium in die Hand nehmen und sich darum kümmern. Die haben wir doch nicht.

Man hat uns angeboten, die drei Vorsitzenden der politischen Jugendverbände sollten jeder einen Sitz im Präsidium kriegen. Das ist dann gescheitert, weil ich das abgelehnt habe; sonst würde ich auch auf diesem gedruckten Kopf stehen. (*Kohl*: Sie nehmen doch teil. Das steht ja drin! – *Lebhafte Heiterkeit*. – *Unruhe*.) Ich warne Sie dringend, Herr von Hassel, den Gedanken dem Präsidium zu empfehlen; alle drei Jahre nehmen wir einen Anlauf und sagen, wir müssen in dem Kuratorium die Dinge in Ordnung bringen. Wir bringen sie nicht in Ordnung! (*Unruhe und Bewegung*.)

*Heck*: Herr Klepsch, ich muß Ihnen widersprechen. Ich glaube, daß wir jetzt bei der Wahl eines neuen Präsidenten durchsetzen können, daß Ernst Lemmer Präsident wird. Den können die einfach nicht ablehnen.<sup>101</sup> Und der Ernst Lemmer und der Schütz, das ist das herrlichste Gespann der Welt. (*Lebhafte Heiterkeit*. – *Unruhe und Bewegung*.) Ich teile die Beurteilung mit Herrn von Hassel. Wir könnten uns zurückziehen, aber vermutlich werden wir in der öffentlichen Meinung keinen Beifall bekommen, wenn wir uns zurückziehen. Die Geschichte wird bleiben. Es würde sich kein Jota ändern. Wir würden uns jeglicher Möglichkeit, hier Einfluß zu nehmen, begeben.

*Kraske*: Ich möchte noch auf eines aufmerksam machen, was das unterstreicht. So föderalistisch die CDU organisiert ist, könnte das Präsidium oder der Vorstand sogar beschließen, daß wir uns nicht mehr beteiligen. Aber auf der unteren Ebene würden sofort viele Leute sagen: Ich stehe zu dieser großen deutschen Bewegung. – Das ist der eine Punkt. (*Unruhe und Bewegung*.) Der zweite Punkt! Ich gebe zu, Herr Klepsch, es ist

---

100 Das Kuratorium Unteilbares Deutschland führte im Januar 1965 mit verschiedenen Vertretern jugendpolitischer Organisationen und Gewerkschaften eine Tagung zum Thema „Die junge Generation im geteilten Deutschland“ durch. Vgl. BULLETIN Nr. 6 vom 13. Januar 1965 S. 47.

101 Wahlen fanden offenbar nicht statt, vgl. Schreiben Lemmers an Kiesinger vom 9. Dezember 1968 über die Jahrestagung des KUD (ACDP 07–004–105/3), in dem er über den „gemäßigten, harmonischen Verlauf“ berichtet. Von den Unionsparteien, die „jetzt deutlich am dritten Platz“ stünden, waren nur Gradl und Lemmer anwesend.

sehr schwer, sich da durchzusetzen. Wenn prominenteste CDU-Mitglieder mir erstaunt sagen – nachdem sie bereits sechs Jahre diesem Präsidium angehören –, sie wüßten gar nicht, daß sie dem Präsidium angehörten, dann kann man doch daraus schließen, wie „ernst“ wir den geringfügigen Einfluß genommen haben, der uns satzungsmäßig bisher zugestanden hat. (*Lebhafte Bewegung und Unruhe.*)

*Fay:* Ich bin der Meinung, wir dürfen nicht hinausgehen. Dieses Privatunternehmen des Herrn Schütz hat er aufgebaut, wie vor dem Ersten Weltkrieg der Deutsche Flottenverein aufgebaut wurde. Es steht jetzt sehr viel Sympathie hinter dem Unteilbaren Deutschland, trotzdem kann sich kein Mensch recht vorstellen, was das eigentlich ist. (*Kohl:* Kerzenaktion!<sup>102</sup>) Ja, Kerzenaktion, und all dieser Tinnef, anders kann ich es nicht nennen. Es wäre aber falsch, hinauszugehen. Was getan werden muß, ist folgendes: Herr Schütz muß eine ganz klare Abfuhr bekommen. In der Zeitung steht, daß ein Sprecher der CDU dazu etwas gemeint habe.<sup>103</sup> Es ist gar nicht dumm, was er gemeint hat, aber es muß viel deutlicher und klarer herauskommen, als es in der Zeitung abgedruckt ist. Wer das war, weiß ich nicht. (*Kohl:* Herr Rathke!) Deswegen ist es richtig, daß sich der Bundesvorstand damit beschäftigt.

Im übrigen habe ich immer die Meinung vertreten, daß das ein ziemlich linker Haufen ist. Ich habe immer eifrig mitgewirkt, weil ich dann Gelegenheit hatte, vor einem Kreis von Menschen zu sprechen, die ich sonst nicht erfassen kann.

Ich darf im übrigen vorlesen, was in der heutigen „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ über das steht, was Herr Wehner gesagt hat: „Der sozialdemokratische Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Wehner, erklärte, bei allem Respekt vor den ehrenhaften Absichten des Verfassers müßte gesagt werden, daß nicht alle Gesichtspunkte der Ausarbeitung von Schütz der gegenwärtigen Lage des gespaltenen Deutschlands gerecht würden.“<sup>104</sup>

Das läßt aber auch alles offen, jeden Denkvorgang. Ich darf noch ein Wort sagen. Es gab auch heute Mitglieder, die hier saßen, die waren anderer Meinung. Die waren der Meinung, man müsse jedem seine Freiheit lassen, solche Sandkastenspiele in aller Öffentlichkeit zu betreiben. Deshalb halte ich es für dringend notwendig, daß dieses Thema in diesem Bundesvorstand behandelt wird.

*Amrehn:* Zunächst ist es aber Aufgabe der Mitglieder, die dort im Präsidium sitzen, solche Dinge entsprechend aufzufangen. Die wären vielleicht nicht passiert, wenn die vier Mitglieder des Präsidiums sich schon vor einem Jahr gegen die Methoden von Schütz ernsthaft gewandt hätten.

Ich habe mich seit vier Wochen bemüht, von unserer Bundespartei zu erfahren, wer auf Kreisebene und auf Landesebene in dem Kuratorium sitzt und zur Berliner Tagung erscheint, damit ich da nicht alleine sitze. Ich wollte unsere Leute vorher zusammen-

102 Diese Aktion, Kerzen in die Fenster zu stellen, fand jeweils zu Weihnachten statt, vgl. MEYER S. 272–282.

103 Rathke hatte erklärt, die Gedankengänge von Schütz seien falsch und würden von den CDU-Mitgliedern im Kuratorium nicht geteilt. Vgl. dpa vom 3. Dezember 1967.

104 Vgl. FAZ vom 4. Dezember 1967 „Erstaunen über neue Schütz-Vorschläge“.



bringen und sie ein bißchen aufklären. Aber es ist nicht möglich gewesen, die CDU-Teilnehmer für die Berliner Tage in einer Liste zu bekommen. Ich gehe also quasi ganz alleine hin. Ich kann nur sagen, daß wir aus der Berliner Jungen Union und der übrigen Partei vielleicht ein halbes Dutzend Leute zusammenbekommen. Aber die muß ich einzeln anflehen, sie möchten daran teilnehmen. So sieht es zur Zeit aus! (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.* – *Klepsch:* Rheinland-Pfalz ist das einzige Land, wo Herr Schütz immer gesagt hat, die CDU soll es machen.)

*Heck:* Ich warne davor, jetzt einen Beschluß anzustreben. Wir haben das für die nächste Präsidiumssitzung vorgesehen. Dem Herrn Schütz muß bedeutet werden, daß er als Geschäftsführender Vorsitzender seine Meditationen zwar in seine Tagebücher schreiben kann, aber wenn er etwas verschickt an offizielle Persönlichkeiten, dann muß es vorher die Billigung des Präsidiums gefunden haben. (*Anhaltende Unruhe.*) Und wenn solche Zusagen nicht gemacht werden, dann stellt sich für uns die Frage, ob wir hier nicht einer Institution angehören, die nach der Methode der Buridanschen Esel<sup>105</sup> Politik betreibt. (*Kohl:* Wobei noch hinzukommt die unmögliche Berufungsmethode.) Wer nimmt denn an der Präsidiumssitzung teil? (*Amrehn:* Nicht mehr als drei! – *Sehr starke Unruhe.*) Diese ganzen Methoden sollten auch zur Sprache kommen. Ich würde aber vorschlagen, daß wir diese Angelegenheit jetzt abschließen.

Wird sonst noch zum Punkt „Verschiedenes“ das Wort gewünscht? (*Fay:* Wann ist die nächste Sitzung und welches Thema kommt zur Sprache?) Herr Fay, ich habe den Vorschlag schon gemacht. Wir müssen uns in der nächsten Sitzung konzentrieren auf erstens: Mehrheitswahlrecht (Wahlgesetz), zweitens auf die Grundgesetzänderungen, die zu diskutieren sind im Rahmen der Einführung des Mehrheitswahlrechts und der Verankerung des Mehrheitswahlrechts im Grundgesetz. Ich glaube, daß das ein Thema ist, das eine ganze Sitzung ausfüllt.

Ich habe weiter vorgeschlagen, daß wir uns in der übernächsten Sitzung mit dem Thema Erziehungs- und Bildungswesen beschäftigen. (*Kohl:* Ist das übrigens zwingend – ich wollte heute früh nicht widersprechen –, daß man diese Debatte koppelt mit den anderen Verfassungsänderungen?) Wir müssen es deswegen koppeln, weil die SPD das Thema anders gar nicht diskutiert. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Ich habe schon klipp und klar gesagt, daß das konstruktive Mißtrauensvotum zum Mehrheitswahlrecht nicht paßt. Wenn man das Mehrheitswahlrecht einführt, muß man auch – wie in Großbritannien – die Möglichkeit schaffen, einer Regierung das Mißtrauen auszusprechen. Das ist ja keine Verfassungsfrage. Sie wird auch – das habe ich aus diesen Bemerkungen, die am Rande gefallen sind, erfahren – sämtliche Probleme, die sich überhaupt aufgrund der Verfassungsänderungen ergeben im Zusammenhang mit der Verankerung des Mehrheitswahlrechts, zur Sprache bringen. Deswegen müssen wir die Dinge beraten haben. (*Kohl:* Das ist ganz neu. Das ist bisher nicht gesagt worden.) Herr Dr. Kohl, das

---

105 Moralphilosophisches Gleichnis, nach dem ein Mensch nicht zwischen zwei gleich großen Gütern wählen könne, ähnlich einem Esel, der sich für einen von zwei gleich großen Heuhaufen entscheiden kann und deshalb verhungert. – Johannes Buridan (ca. 1295–ca. 1366), französischer scholastischer Philosoph.

Thema ist für uns folgendes: Der Schwarze Peter muß auf der anderen Seite sein. (Kohl: Einverstanden. – *Starke Unruhe.*)

*Kraske*: Ich möchte dann noch den Anwesenden den geringen Vorteil geben, daß wir mit Ihnen den Termin für die nächste Sitzung abstimmen. (Kohl: Das ist ein großes Entgegenkommen! – *Heiterkeit.*) Es ergibt sich folgendes: Die Sitzung soll im Januar stattfinden, und zwar in Verbindung mit der Sitzung des Bundesausschusses zu dem Thema: Wahl des Bundesschatzmeisters, – was ich nicht gern über den Januar hinaus verschoben sehen möchte. Es gibt eine Schwierigkeit: Der Bundestag wird im Januar eine neue Tagesordnung (*Zuruf*: Vielleicht!) – wahrscheinlich sogar – haben, wonach die Wochen vom 14. bis 20. und vom 21. bis 27. voll ausgefüllt sind einschließlich der Samstage. Danach wäre die Woche vom 28. Januar an sitzungsfrei. Ich frage, ob man den Bundesvorstand und den Bundesausschuß am Montag, dem 29. Januar, zusammenkommen lassen soll, und zwar den Vorstand morgens um 9.00 Uhr?

*Heck*: Den Vorstand morgens um 9.00 Uhr einzuberufen, verursacht eine besondere Schwierigkeit. (Kohl: Dann ist der Bundesparteivorsitzende noch nicht da. Das wollen wir doch offen aussprechen.)

*Kraske*: Herr Kohl, wenn wir den Bundesausschuß am nächsten Tage nehmen, ist der Bundesvorstand in diesem Bundesausschuß nicht mehr vertreten. Und das gibt eine solche Verärgerung ...

*Heck*: Sagen wir doch von 10.00 bis 15.00 Uhr Bundesvorstand. (Kohl: Dann können Sie keine Sitzung des Bundesausschusses mehr machen.) Warum nicht? (Kohl: Aber lieber Herr Heck, jetzt muß ich doch einmal sagen, man nimmt nur auf die Bonner Rücksicht. Unsere Leute des Bundesausschusses, die aus der Bundesrepublik anreisen, müssen das aus ihrer Tasche bezahlen. Das sind zum allerwenigsten Leute, die das ersetzt bekommen.) Auf uns braucht man keine Rücksicht zu nehmen. (Kohl: Man sollte den Termin voneinander trennen.) Uns macht das nichts aus, wenn es am anderen Tage stattfindet. (Kohl: Ich bin der Meinung, wenn wir eine ernsthafte Sitzung im Bundesausschuß machen wollen, dann müssen Sie dafür einen eigenen Termin vorsehen.)

*Kraske*: Wir können den Bundesvorstand für Freitag, den 26. Januar, nachmittags, und den Bundesausschuß für Samstag, den 27., 14.00 Uhr, vorsehen. (Kohl: Dazu ist der Wirtschaftsrat eingeladen, sehe ich in meinem Kalender. – *Fay*: Am 25. und 26. nach Saarbrücken.<sup>106</sup> – *Starke Unruhe.* – Kohl: Der Bundesvorstand könnte am Montag tagen und ein paar Tage später der Bundesausschuß.)

*Heck*: Ich neige eigentlich auch dazu. Man hat es doch gesehen, wie es mit den Vorstandssitzungen ist. Wenn der Vorstand wirklich ernst arbeiten will, dann kann er nicht nur zwei oder drei Stunden zusammenkommen. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Allein der Überblick über die Lage benötigt mindestens eine Dreiviertelstunde. Dann muß dieses und

---

<sup>106</sup> Der Wirtschaftsrat tagte am 25./26. Januar 1968 in Saarbrücken, vgl. „Stuttgarter Zeitung“ vom 27. Januar 1968 „CDU-Wirtschaftsrat: Europäischer Bundesstaat bleibt Fernziel“; „Saarbrücker Zeitung“ vom 27./28. Januar 1968 „Hallstein: Europapolitik braucht neuen Schwung“. Der Bundesvorstand tagte am 29. Januar (vgl. Nr. 17). Die erste Sitzung des Bundesausschusses war am 20. Februar 1968.

jenes dazu gesagt werden. Und ein Thema gründlich zu diskutieren, kostet mindestens auch zwei bis drei Stunden Zeit. Daran ist nichts zu machen. Nun haben wir heute auch nicht geschwätzt, sondern ganz ordentlich diskutiert. Ich meine also, daß es richtig ist, Herr Kraske, daß wir zwei Tage getrennt nehmen. Die brauchen ja nicht so dicht zusammenzuliegen. Nehmen wir Montag, den 29. Januar, für den Bundesvorstand. (*Kraske*: Ich würde es gern in der Woche machen. Können wir den Bundesausschuß nicht am Samstag vormittags tagen lassen?) Den Parteiausschuß kann man an einem Samstag sehr wohl machen; vermutlich sogar ausgesprochen gut. (*Mehrere Zurufe*: Sehr richtig.)

*Kraske*: Vom Bundesausschuß würde das sicher begrüßt. Ich frage nun, soll es am Samstag wie am Montag um 9.00 Uhr sein? (*Zurufe*: Jawohl.) Wir können dann Samstag, den 3. Februar, ins Auge fassen.

*Von Hassel*: Bei dem neuen Rhythmus, den der Bundestag einführen wird, sind die Fraktionskollegen, soweit sie dem Bundesausschuß angehören, hier in Bonn am Sonnabend, dem 20., weil es am Montag gleich wieder losgeht. Sie müssen dann wieder hier sein vom Montag, dem 5.2., bis Sonnabend, dem 17.2. Holen wir sie am Sonnabend noch einmal hierher, dann kann ich mir vorstellen, daß das ziemlich Ärger verursacht.

*Heck*: Nun, an allen Schwierigkeiten kommen wir leider nicht vorbei, und irgendeinen Termin müssen wir schon nehmen.

*Kraske*: Ich würde hier dem Herrn Kohl recht geben, wenn sich nämlich Bundestagsabgeordnete in den Bundesausschuß wählen lassen, dann müssen sie auch wissen, daß das nicht etwas ist, was so nebenher erledigt werden kann. Es ist auch mal ein Opfer erforderlich. (*Von Hassel*: Muß der Bundesvorstand vor dem Bundesausschuß tagen?)

*Heck*: Ja! (*Anhaltende Unruhe*.) Damit darf ich die Sitzung schließen und Ihnen für Ihre Mitarbeit danken.